

Digitales Brandenburg

hosted by Universitätsbibliothek Potsdam

Europa im Zeitalter der französischen Revolution

Österreich und Preußen gegenüber der französischen Revolution bis zum
Abschluß des Friedens von Campo Formio

Hueffer, Hermann

Bonn, 1868

Zweites Buch

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-6517

Zweites Buch.

Die Praeliminarien von Leoben.

Erstes Kapitel.

Die späteren Ereignisse des Jahres 1795.

Die eben erwähnten Vorfälle in Deutschland, dann die letzten Tage des französischen Convents, welcher im Herbst 1795 dem Directorium Platz machte, bilden den Schluß des Sybelschen Werkes. Auch Vivenot geht nur in einzelnen Streifzügen über die Gränzen dieses Jahres hinaus. Für die spätere Zeit ist Häußers deutsche Geschichte dasjenige Buch, welches vorzugsweise die allgemeine Anschauung bestimmt, also vor andern Berücksichtigung verlangt. Wenn ich aber an diesem Werke allerdings Einiges aussetzen muß, so bleibt mir vorerst hier anzuerkennen, daß ich ihm Vieles verdanke. Von allen Büchern, die mit jener Zeit sich beschäftigen, ist es das gründlichste und brauchbarste, besonders seitdem es in der dritten Auflage durch die umfassende Benutzung des preussischen Staatsarchivs an Werthe wesentlich gewonnen hat. Bei einer Erzählung, die über einen langen Zeitraum und eine Fülle der bedeutendsten Ereignisse sich verbreitet, wird im Einzelnen immer Einiges auszustellen sein. Dazu kommt noch, daß gerade der Abschnitt über „Leoben und Campo Formio“ vielleicht die meisten Schwächen zeigt und zeigen muß, weil man ohne Benutzung der österreichischen Archive über jene Verhandlungen eine genügende Kenntniß sich gar nicht erwerben konnte. Im Uebrigen

mache ich die Erfahrung, daß dies Buch bei längerem Studium eher gewinnt als verliert. Gerade da ich jetzt zum Zweck dieser Zeilen nach längerer Zeit, und nachdem ich selber das Berliner Archiv benutzen konnte, die ersten Bände wieder durchgehe, finde ich, daß sie meistens diese Probe recht wohl ertragen. Es sind nicht so sehr die Thatfachen selbst, als die Beurtheilung der Thatfachen, und nicht ganze Abschnitte, sondern einzelne Stellen, die, soweit ich entscheiden kann, der Verbesserung bedürften, und auch diese verlieren insofern an Gefährlichkeit, als Häuffer durch genaue Angabe seiner Quellen und längere Auszüge dem Leser eigenes Urtheil und Untersuchung wenigstens erleichtert hat.

Hervorbringend ist auch bei diesem Schriftsteller eine leidenschaftliche, häufig ungerechte Abneigung gegen Alles, was von der österreichischen Regierung ausgeht, ein Fehler, der jedoch einigermaßen durch den Mangel ausreichender Quellen entschuldigt wird. Denn abgesehen von dem Wenigen, was gedruckt vorliegt, mußte die Darstellung beinahe gänzlich auf Caesars und Lucchesinis Berichte gegründet werden. Allerdings sind nun diese Berichte von hoher Bedeutung. Mag Jemand von Lucchesinis Charakter halten, was er will, es läßt sich nicht bestreiten, daß er ein ausnehmend kluger Mann, ein feiner und scharfer Beobachter gewesen ist. Seine zahlreichen Verbindungen führten ihm von allen Seiten bedeutende Nachrichten zu, man darf sagen, daß nicht leicht ein politisches Ereigniß vorüberging, bei dem er sich nicht thätig erwies, oder von dem er nicht wenigstens Nachricht erhalten und gegeben hätte. Alle diese Vorzüge erkennt man bald in seinen Mittheilungen; für den, der sie zu gebrauchen versteht, sind sie von unschätzbarem Werth. Nur darf man ihm nicht unbedingten Glauben schenken und insbesondere nicht vergessen, daß er, seit vielen Jahren Oestreichs entschiedener Feind, das Bündniß sobald als möglich zu zerreißen wünschte, um dann nicht allein den Frieden, sondern auch eine engere Vereinigung mit der Republik, selbst auf die Gefahr eines offenen Krieges gegen den Kaiser herbeizuführen. Gerade für diesen Zweck sind seine Mittheilungen wesentlich berechnet, und es läßt sich denken, daß sie dadurch weder zu-

verlässiger noch für den Wiener Hof günstiger geworden sind. Dazu kommt noch, daß Thugut seine politische Thätigkeit, insbesondere die späteren Verhandlungen mit Frankreich so geheim zu halten mußte, daß selbst Lucchesini nur wenig, oder doch wenig Zuverlässiges davon zu erfahren möglich war. Um so mehr hat er dann auf bloße Gerüchte und Muthmaßungen sich beschränken müssen, und wie sollten sie zum Vortheile seines persönlichen und politischen Gegners ausgefallen sein? Alles, was er nun Ungünstiges zu melden weiß, findet in Häußers Darstellung einen Wiederhall, nur daß der Bearbeiter die in einer Fluth von Depeschen zerstreuten Ingredienzen zu einem Extract zusammengezogen hat, kräftig genug, um, wie wir zuweilen in Märchen lesen, einen gewöhnlichen Menschen, geschweige einen Minister, in ein Ungeheuer zu verwandeln. Denn so zeigt er uns Thugut, gleich wo er ihn zum erstenmale auftreten läßt¹⁾, „zwar als einen Mann von Geist und Talent, aber ohne sittliche und politische Grundsätze, cynisch in der Schätzung der Menschen wie in der Wahl seiner Mittel, der die Neigungen eines orientalischen Beizers mit der jacobinischen Rücksichtslosigkeit eines plebejischen Emporkömmlings verbindet. Die Neigung zur Gewaltthätigkeit bis an die Gränze des Frevels und Verbrechens, die unverhüllteste Selbstsucht und ein unüberwindlicher Hang zur Intrigue, eine Art von Leidenschaft für künstliche Verstrickung der Verhältnisse, das Alles war nach Häußers Ansicht zugleich in diesem Manne repräsentirt, und drängte sich auf eine Reihe von Jahren in die österreichische Politik ein, bis diese Staatskunst Katastrophen herbeiführte, welche die Existenz des Staates selbst in Frage stellten.“ Aus diesem Zustande der Verdammniß gibt es auch keine Erlösung; so vielmals von Thugut später noch die Rede ist, mit sehr wenigen Ausnahmen muß er diese Ehre durch heftige Vorwürfe entgelten; man könnte glauben, er würde nur deßhalb wieder aufgeführt, um allen seinen Nachfolgern als abschreckendes Beispiel zu dienen.

Ich habe diesen Mann auf den vorstehenden Seiten schon so

1) Vgl. Deutsche Geschichte, I, 483.

oft genannt, und auf den folgenden tritt er so sehr in den Vordergrund, daß man einigen Bemerkungen über seine Persönlichkeit hier wohl eine Stelle gönnt.

Er war 1736 zu Linz geboren, in niederm Stande, es heißt als der Sohn eines armen Schiffmeisters, dessen Namen Thunichtgut Maria Theresia später in Thugut veränderte. Seine gelehrte Bildung erhielt er von den Jesuiten, trat 1754 zu Wien in die orientalische Akademie und wurde ein Jahr später bei der Internuntiaturn in Constantinopel angestellt. Glänzende Fähigkeiten verschafften ihm rasche Beförderung, schon 1770 wird er zum Residenten, 1771 zum Internuntius ernannt, 1774 in den Freiherrnstand erhoben. Im folgenden Jahre gelang es seiner diplomatischen Geschicklichkeit, die Pforte zur Abtretung der Bukowina zu bewegen und dadurch Ungarn und die neu erworbene Provinz Galizien abzurunden. Nach Deutschland zurückgekehrt wurde er von Maria Theresia mit mehreren wichtigen Sendungen betraut; er war es, der 1778 ohne Wissen Josephs II. mit Friedrich dem Großen eine Unterhandlung führte, welche den Streit um die bairische Erbfolge zum Austrag bringen sollte. Dann findet man ihn als Gesandten in Paris, Warschau und Neapel, 1790 während des Türkenkrieges erscheint er als Hofcommissar bei der Armee des Prinzen von Koburg. Gerade befand er sich in den Laufgräben der Citadelle von Giurgewo, als die Türken am 9. Juni den Ausfall machten, der das Ende der Belagerung herbeiführte. Während Koburg abwesend, die obersten Befehlshaber getödtet, und Alles in Schrecken und Verwirrung befangen war, behielt einzig Thugut Ruhe und Geistesgegenwart; mit gezogenem Degen ermutigte er die Seinigen und gab die treffendsten Anordnungen. Im nächsten Jahre rief ihn die französische Revolution auf einen anderen Schauplatz. Mit wichtigen Aufträgen nach Brüssel und Paris gesendet, setzte er sich dort mit Mirabeau in Verbindung; Pellenc, den vertrauten Secretär des französischen Staatsmannes, nahm er später in seine Dienste. Nach dem Ausbruch des Krieges, 1792 begleitet er das preussische Heer, nimmt Theil an den Verhandlungen in Merle und Luxemburg, endlich

im folgenden Frühjahr wird ihm, wie man sich erinnert, die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übertragen.

Beinahe acht Jahre ist er dann, mit einer kurzen Unterbrechung im Frühling 1798, in dieser hohen Stellung geblieben; kurz vor dem Frieden zu Luneville, zu Ende des Jahres 1800, trat er zurück und beschränkte sich seitdem auf einen kleinen Kreis von Freunden in Preßburg und zuletzt in Wien, vornehmlich mit orientalischen Studien, besonders der persischen Litteratur beschäftigt. So erlebte er noch die Niederlagen der folgenden und den Umschwung des Jahres 1813; erst am 28. Mai 1818 ist er der Schwäche eines zunehmenden Alters erlegen.

Ich entnehme diese Einzelheiten dem Nekrolog, der nicht lange nach seinem Tode im „Oestreichischen Beobachter“ vom 9. September durch den Grafen Franz Dietrichstein veröffentlicht wurde. „Thuguts große Eigenschaften,“ heißt es am Schluß, „wird die Geschichte würdigen. Alle, die ihn kannten, besonders die unter ihm arbeiteten, leisten ihm das Zeugniß eines unermüdeten Dienst-eifers, der äußersten Sorgfalt bei Verwaltung der ihm übertragenen Staatsgeschäfte, sowie der verschiedentlich damit verbundenen Staats-gelder, und einer Thätigkeit, die ihn für alle, seinem großen Wirkungskreise fremden Gegenstände, selbst für sein eigenes Interesse unempfänglich machte. . . Die, welche dereinst die Geschichte des Zeitraums, in welchem er gewirkt hat, der Nachwelt zu überliefern berufen sind, werden die Aufgabe, die er zu lösen, die Schwierigkeiten, mit welchen er zu kämpfen hatte, den Zweck, der ihm vor Augen schwebte, und sein beharrliches, wenn auch nicht immer vom Glücke gekröntes Streben nach großen und würdigen Resultaten mit Gerechtigkeit darzustellen wissen.“

Diese Hoffnung ist bisher nicht in Erfüllung gegangen; es stände übel um Thugut, wenn das Wenige, das über ihn geschrieben ist, eine gerechte Beurtheilung enthielte. Nicht viele Staatsmänner haben in der neueren Geschichte ein so ungünstiges Andenken hinterlassen. Die Ursache kann man, abgesehen von seiner eigenen Verschuldung, schon in äußern Umständen finden. Die ganze Zeit, in welcher er die Staatsgeschäfte leitete,

beinahe acht Jahre sind ausgefüllt durch einen wechselvollen, aber meistens für Oestreich unglücklichen Krieg. Thugut schien und war in der That die eigentliche Triebfeder der kriegerischen Politik; er mußte zurücktreten, als die letzte Hoffnung glücklichen Erfolges geschwunden war, und so hat sich alles Unheil eines langen Zeitraums beinahe mit Nothwendigkeit an seinen Namen geknüpft. Ihm, der aus niederem Stande zu den höchsten Würden emporgestiegen war, der die Macht und das unbegrenzte Vertrauen des Kaisers mit Niemandem theilen wollte, hat der Adel niemals verziehen. Er selbst, wie es scheint, hat auf das Urtheil seiner Zeitgenossen nur geringen Werth gelegt und Nichts gethan, um die Nachkommen günstiger für sich zu stimmen. Abgesehen von dem Zeitungsblatte, dessen ich erwähnte, blieb bis vor wenigen Jahren eine Episode in Hormayrs Lebensbildern (I, 317) beinahe das Einzige, was ausführlicher von ihm Nachricht gäbe. Diese Aufzeichnung ist in der That nicht ohne Lebendigkeit und von eigenthümlicher Schärfe der Charakteristik; sie wird in einzelnen Punkten, zuweilen beinahe wörtlich bestätigt durch die Bruchstücke der Memoiren, die aus dem Nachlasse des geistvollen Fürsten von Ligne vor einigen Jahren herausgegeben wurden. Nur zeigt doch gerade die Vergleichung, wie grelle Farben Hormayr aufzutragen geneigt ist. „Wenn Heinrich IV.“ sagt einmal der Fürst von Ligne¹⁾, „nicht König von Frankreich und Navarra, sondern König der Juden gewesen wäre, wenn statt eines freien, liebenswürdigen und heiteren Lächelns Bitterkeit und Spott, Uebermuth und Verachtung auf seinen Lippen gewohnt hätten, so würde der Freiherr von Thugut ihm geglichen haben.“ Hormayr sagt dafür, er habe ausgesehen wie ein „faunischer Mephistopheles“. Was beide Schriftsteller ihm am Heftigsten vorwerfen, ist die Rücksichtslosigkeit, mit welcher er seinen Willen zur Geltung gebracht und den unglücklichen Krieg gegen Frankreich fortgesetzt habe. Durch seine „weltverheerende, unsinnige Hartnäckigkeit,“ äußerte auch der Fürst Karl

1) Vgl. Mémoires du prince de Ligne par Albert Lacroix, Bruxelles, 1860, S. 130 fg.

Schwarzenberg, sei Oestreich an den Rand des Verderbens geführt. In neuester Zeit ist ihm, wie man gesehen hat, gerade der entgegengesetzte Vorwurf gemacht, er habe bei jeder Gelegenheit und sogar auf die schmachvollsten Bedingungen mit Frankreich sich einigen wollen. Es wird später deutlich werden, welche von beiden Ansichten und in wiefern ein Vorwurf gegen Thugut dadurch begründet ist; nur über seine persönlichen Eigenschaften, so weit sie auf die diplomatische Wirksamkeit sich beziehen, möchte ich noch ein Wort hier beifügen.

Nach dem, was mir aus Büchern über ihn bekannt geworden war, muß ich gestehen, daß ich selbst mit einem ungünstigen Vorurtheil die Arbeit angefangen habe. Aber je weiter ich gekommen bin, je mehr ich von Thuguts Hand gelesen habe, um so mehr hat die ungünstige einer günstigeren Meinung weichen müssen. Schon die Form der Depeschen gewinnt für ihn; sie sind meistens vortrefflich geschrieben, klar, bestimmt, kein Wort zu viel oder zu wenig; nie, auch in der gefährlichsten Lage nicht, mangeln ihm Fassung und Geistesgegenwart, immer, sei es im schriftlichen Ausdruck oder im Gespräche, zeigt er die Ruhe und Gemessenheit, die im diplomatischen Verkehr vor Allem unentbehrlich sind. Man könnte schon daraus schließen, daß er vielseitig, insbesondere auch litterarisch gebildet war, daneben hat es auch Hornmahr bezeugt, und es finden sich noch manche Beweise. Gleich seinem preußischen Collegen Diez war er Einer der Ersten, welche in Deutschland orientalische Litteratur geschätzt und gefördert haben. Johannes v. Müller, der im December 1792 nach Wien in die Staatskanzlei berufen war, hat während der folgenden Jahre zahlreiche Briefe an den jungen Hammer nach Constantinopel gerichtet. Immer von Neuem redet er seinem Freunde zu, nur recht viel über orientalische Litteratur mitzutheilen, es gebe keinen besseren Weg, sich die Gunst und Unterstützung des Ministers zu erwerben.

In seiner Art zu arbeiten war manches Eigenthümliche; Einiges hat noch der berühmteste seiner Nachfolger sich zum Muster genommen. Man erinnert sich vielleicht aus Barnhagens Denkwür-

digkeiten der Unterredung mit Metternich, in welcher der Fürst ausführlich über seinen Charakter, seine politischen Ansichten, insbesondere auch über die Art, wie er Depeschen anzufertigen gewohnt war, sich verbreitete. „Ist in dem Niedergeschriebenen eine Dunkelheit,“ sagte er, „fühle ich, daß dem Leser eine Stelle nicht ganz deutlich sein könnte, so folge ich hiebei dem Rath eines alten gewiegten Praktikers, des Barons Thugut, der mir einst die Lehre gegeben, in solchem Falle solle ich nicht versuchen, eine andre und neue Wendung zu finden, den Gedanken umzustellen, oder von einer andren Seite vorzudringen, sondern lediglich darauf bedacht sein, in der dunkeln Stelle alles nur irgend Entbehrliche wegzustreichen, gewöhnlich drücke das Uebriggebliebene den verlangten Sinn vollständig und sicher aus. Und so find' ich es in der That; das Einfache steht auf sich selbst, die Stützen und Hülfsmittel sind meist das Verdunkelnde 1).“

Am Meisten setzte mich in Verwunderung, daß ich von der Treulosigkeit und Verstellung, die für neuere Schriftsteller beinahe sprichwörtlich geworden ist, keine Beweise finden konnte. Alles, was Lucchesini von ihm hörte, was in späteren Zeiten englische und französische Diplomaten berichten, stimmt völlig mit dem überein, was er selbst thut und im Gespräch oder in seinen eigenen Depeschen als seine Gesinnung kund gibt. Dieser wegen seiner Falschheit verrufene Mann ist beinahe der einzige Diplomat in jener Zeit, dem ich eine Unwahrheit nachzuweisen nicht im Stande wäre. Daraus folgt gewiß nicht, daß er niemals einen Fehler dieser Art sich habe zu Schulden kommen lassen; ich kenne zu wenig von seiner Wirksamkeit, um mir ein solches Urtheil zu erlauben, und zu viel von der Diplomatie des vorigen Jahr-

1) Vgl. Denkwürdigkeiten und vermischte Schriften von Barnhagen von Ense, Leipzig 1859, VIII, 112. Barnhagen bemerkte dagegen, „auch er habe die unvergleichliche Lehre von Thugut unbewußt schon oft mit Erfolg angewandt, die jetzt zum Bewußtsein erhobene werde ihm nur um so fruchtbarer sein.“ Noch in seinen letzten Lebensjahren wiederholte Metternich einmal, daß er von Thugut diese Regel angenommen habe, wollte ihn aber im Uebrigen nicht als Muster gelten lassen.

hundertz, um es für wahrscheinlich zu halten, aber für einen beträchtlichen Zeitraum, unter schwierigen, gefährlichen Verhältnissen ist er mir gerade von dieser Seite nicht zu seinem Nachtheil erschienen. Wir sind schon auf den früheren Blättern zwei Fällen begegnet, in denen eher eine zu rasche, rücksichtslose Offenheit, als verstecktes Wesen und zweideutiges Hinhalten auffallen könnte. Im Herbst 1793, als Preußen für das Verweilen seiner Truppen am Rhein von Oestreich, oder durch seine Vermittlung vom Reiche Subsidien forderte, was hätte vortheilhafter scheinen können, als die Sache hinzuziehen, Preußens Geneigtheit durch halbe Versprechen zu täuschen, die sich dann später unter den endlosen Formen einer Reichsverhandlung mit Leichtigkeit rückgängig machen ließen? Wir finden Nichts von Allem; gleich in der ersten Unterredung mit Caesar erklärt Thugut eben so offen als bestimmt, er wüßte zwar aufs lebhafteste Preußens Beihülfe, aber zur Bezahlung von Subsidien sei der Kaiser schlechterdings außer Stande, man solle darauf keine Rechnung machen; genau wie dann auch Neuß und Lehrbach in Berlin, und endlich Thugut abermals sich aussprachen. Ganz ähnlich verfährt er, als im August 1794 Preußen ein Hülfscorps von 20,000 Mann zur Belagerung Warschaws forderte. Auch hier wäre doch Nichts leichter und nützlicher gewesen, als zu zögern, zu versprechen, die Truppen des General Harnoncourt, etwas verstärkt, für die vertragsmäßige Unterstützung auszugeben, vor- und rückwärts zu gehen, ohne etwas Entscheidendes vorzunehmen, ungefähr wie der Marschall Mollendorf am Rhein. Aber auch hier schwankt und zögert er nicht einen Augenblick mit der Erklärung, das Corps könne nicht aufgestellt werden, selbst auf die Gefahr, durch den Rückzug der preussischen Truppen vom Rheine sich einem höchst empfindlichen Nachtheil auszusetzen. Aehnliche Beispiele ließen sich aus Lucchesinis Berichten noch manche aufführen; insbesondere befestigt mich auch Häusser in meiner Ansicht, denn ich glaube in den sichersten Dokumenten den Beweis zu finden, daß wenigstens für die schwere Zeit von 1795 bis 1797 seine Anschuldigungen beinahe sämmtlich auf Mißverständnissen oder mangelhafter Kenntniß beruhen.

Hormayr hat schon getadelte und Häuffer mit großer Bitterkeit wiederholt, er habe nur unselbstständige, geistlose Menschen, Creaturen, die er nach Willkür wieder habe stürzen können, zu Geschäften herangezogen und in seiner Nähe geduldet. Dabei sollte man doch in Anschlag bringen, daß der österreichische hohe Adel dem bürgerlich geborenen Minister sich immer fern hielt, und schon deßhalb keine große Auswahl bleiben konnte. Es würde zu weit und über den Kreis meiner Kenntnisse hinaus führen, den Vorwurf in Beziehung auf die gesammte Staatsverwaltung zu prüfen; für die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten finde ich ihn nicht bestätigt. Der Mann, den Thugut am meisten begünstigte und zu den wichtigsten Geschäften verwandte, der auch auf seine Entschlüsse von sehr bedeutendem Einfluß gewesen ist, war der Graf Franz von Dietrichstein, unstreitig einer der talentvollsten Staatsmänner Oestreichs und vielleicht der unabhängigste Charakter der gesammten österreichischen Aristokratie 1). Auf der Höhe der Macht, und was mehr bedeutet, nach der Abdankung blieb Thugut für ihn der Gegenstand beinahe enthusiastischer Verehrung; unter keinem Andern wollte er ein Amt annehmen, und nicht zufrieden mit jenem schriftlichen Denkmal, dessen wir erwähnten, hat er ihm auch auf seinen Gütern in seiner eigenen Familiengruft eine Grabstätte bereitet. In Petersburg finden wir den Grafen Ludwig Cobenzl. in Brüssel den Grafen Mercy, beide zwar nicht von Thugut erhoben, aber durch sein vollstes Vertrauen geehrt; den ersteren werden wir noch kennen lernen, der zweite ist durch seine Verhandlungen mit der Königin von Frankreich bekannt genug, und, so viel ich weiß, seine Befähigung und sein Charakter noch von Niemandem angegriffen. Den Freund Mercys und Mirabeaus, den Grafen von la Mark, habe ich schon einmal genannt. Nach Mercys Tode im August 1794 wurde er von Thugut nach Wien berufen und mit Vorliebe für diplomatische Sendungen verwendet. Es wird interessant sein zu hören, wie dieser Mann mehr

1) Vgl. die Abhandlung: Das fürstliche und gräfliche Haus Dietrichstein von Hoffinger, Oestreichische Revue 1866, Heft II, S. 33; und die Biographie des Bruders, Grafen Moritz v. Dietrichstein, von Weidmann, Wien 1867.

als zwanzig Jahre später, nachdem seine Stellung, seine Verhältnisse sich völlig geändert hatten, über Thugut urtheilte. „Ich hatte den Freiherrn von Thugut,“ schreibt er, „in meiner Jugend kennen gelernt, in Brüssel bei meinem Vater, zu dem er häufig kam. Damals hatte ich mich an ihn angeschlossen, er war ein Mann von Geist und Charakter. Trotz der Verschiedenheit des Alters suchte er mich auf und schien Gefallen zu finden, mit mir umzugehen und sich mit mir über Frankreich zu unterhalten, für das er eine Vorliebe hegte. Er empfing mich sehr gut, als ich gegen Ende 1794 in Wien anlangte. Der Freiherr von Thugut, welcher unter dem Kaiser Franz zum Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten aufstieg, genoß das vollkommene Vertrauen seines jungen Souveräns, und man kann sagen, daß er in den acht Jahren von 1793—1800 eben so mächtig war, als der Kaiser selbst. Seit vielen Jahrhunderten giebt es in der Geschichte Europas keine Epoche, die diesen acht Jahren rücksichtlich der Wichtigkeit der politischen Ereignisse gleichkommt. Trotz seines umfassenden Geistes und trotz der Stärke seines Charakters kann man Herrn von Thugut vorwerfen, daß er viele Fehler gemacht hat, aber man muß zugleich anerkennen, daß er damals der einzige energische Kopf (tête forte) in ganz Oestreich war. Er wurde verabscheut von allen Großen des Landes, die, was er that, beinahe immer mit Unrecht tadelten, und die zu seinem Sturze im Jahre 1800 mehr beigetragen haben, als die Unglücksfälle, von welchen die österreichische Monarchie damals heimgesucht wurde ¹⁾.“

Mir scheint dies ruhig verständige Urtheil eines weder zu nahe noch zu fern stehenden Mannes durchaus beachtenswerth. Und es ist keineswegs das einzige dieser Art. Ich erwähnte schon einmal einen englischen Diplomaten, den Obersten Craufurd; so viel seinen Briefen sich entnehmen läßt, ist er ein unbefangener Beurtheiler. Am 29. April 1793, kurz nachdem die Ernennung Thuguts ihm zu Ohren kam, schreibt er aus Brüssel an Lord

1) Vgl. Correspondance entre le comte de Mirabeau et le comte de la Mark I, 269. La Mark nennt jedoch irrig die Jahreszahlen 1794—1802.

Auckland: „Ich bin seit mehreren Jahren genau mit ihm bekannt. Seine Talente und seine Befähigung als Minister werden Ihnen, ich getraue mich, es auszusprechen, nicht lange verborgen bleiben. In seinem Privatcharakter erschien er mir beständig als ein aufrichtiger, durchaus ehrenhafter Mann, zurückhaltend gegen Fremde, aber seinen Freunden gegenüber mittheilsam genug“¹⁾. Uner-schöpflich in seinem Lobe ist der langjährige englische Gesandte in Wien, Sir Morton Eden; er nennt Thugut den Pitt Oestreichs, den fähigsten Mann im Lande, vielleicht den einzigen, welcher den Schwierigkeiten der Lage gewachsen sei. Er lebt mit ihm in den besten Verhältnissen; ihre Freundschaft, schreibt er, werde immer inniger²⁾, niemals sei er von Thugut getäuscht worden. Diese Aeußerungen mögen weniger bedeutend scheinen; ein Diplomat wird immer geneigt sein, denjenigen günstig zu beurtheilen, welcher mit ihm gleiche Interessen fördert, und Eden hatte gewiß allen Grund, sich dem Manne verpflichtet zu fühlen, der mit unbeugsamer Festigkeit beinahe allein die Verbindung mit England zusammenhielt. Aber die Art, wie Eden sich ausdrückt, zeugt in der That von einer warm empfundenen Hochachtung, auch stand er doch in so mannichfachen Beziehungen, zuweilen mit so verschiedenen Interessen dem österreichischen Minister gegenüber, daß ihm die Gelegenheit, sich ein richtiges Urtheil zu bilden, nicht fehlen konnte. So weit ich sehen kann, ist er auch von Thugut niemals hintergangen; er zeigt sich vortrefflich unterrichtet, und man muß nur bedauern, daß in der Correspondenz des Lord Auckland, seines Bruders, nicht mehr Briefe von ihm zur Mittheilung gekommen sind.

Selbst in den Berichten politischer Gegner, in Lucchesinis Depeschen und in der Charakteristik des Fürsten von Signe tritt doch bei aller Abneigung gegen Thugut die Anerkennung seiner bedeutenden geistigen Eigenschaften hervor. Sie tadeln seine verderbliche Hartnäckigkeit, seinen Eigensin und seine Herrschsucht, die Undankbarkeit gegen seine Freunde, denen er das Vertrauen des

1) Vgl. Correspondence of Lord Auckland, III, 44.

2) Vgl. Correspondence of Lord Auckland, III, 106, 144, 316.

Kaisers und jeden Einfluß auf die Geschäfte entzogen habe; Vigne nennt ihn gewöhnlich den Bezier; er ist noch persönlich erbittert, weil der Befehl des italiänischen Heeres nicht ihm, sondern statt seiner drei wenig befähigten Invaliden übertragen sei. Aber Vigne sowohl als Lucchesini und Caesar erkennen doch seine Vorzüge, seine Charakterfestigkeit, seinen überlegenen Verstand, seine Uneigennützigkeit in Geldsachen; „mit nicht mehr Geist als er besitzt“ und freilich viel übeln Eigenschaften weniger, sagt Vigne, „hätte er ein großer Minister sein können.“

Am meisten haßten ihn die neuen Gebieter Frankreichs, denen er auch seinerseits ein unverjöhnlicher Gegner war. Es giebt keine Beschuldigung, die sie nicht gegen ihn geschleudert hätten. Vor Allem groß war ihr Frohlocken, als sie in alten Gesandtschaftspapieren den Beweis zu finden glaubten, er sei bestechlich, er habe als Internuntius zu Konstantinopel in den Jahren 1772 und 1773 dem französischen Botschafter St. Priest und dem Herzog von Aiguillon Papiere und sogar die Chiffern seiner Gesandtschaft verkauft. In einer großen Zahl von Depeschen wird diese Angelegenheit besprochen; sie erlangt nicht nur eine persönliche, sondern eine politische Bedeutung. Denn zu wiederholten Malen wird der Minister bedroht, man werde die Papiere veröffentlichen und ihn zu Grunde richten, wenn er den Ansprüchen der Franzosen sich ferner widersetze. Es ist nicht möglich, über diese Beschuldigung ein bestimmtes Urtheil auszusprechen, ohne die entscheidenden Urkunden vor Augen zu haben, die vielleicht in einem französischen Archive noch verborgen liegen. Offenbar glaubten die Franzosen in der That etwas Anstößiges, für Thugut Gefährliches gefunden zu haben. Aber Jeder weiß, wie leicht und wie leichtfertig sie dergleichen Anklagen gegen die verschiedensten Personen vorzubringen pflegten. Und warum ließen sie es Thugut gegenüber immer bei bloßen Drohungen bewenden? Warum ist niemals von jenen Papieren Etwas veröffentlicht, auch dann nicht, als während des Raftadter Congresses jede Schranke und Rücksicht gefallen war, und die französischen Blätter von den heftigsten Schmähungen gegen Thugut wiederhallten? Nur dem Bruder des Kaisers, dem Großherzog von

Toskana, ist einmal von dem Inhalt der Papiere Kenntniß gegeben, und durch diesen hat dann höchst wahrscheinlich auch der Wiener Hof davon erfahren. Aber ohne allen Erfolg. Im Gegentheil, Freunde und Gegner stimmen darin überein, daß dem Minister Gewinnsucht und Geldinteressen etwas ganz Fremdes waren. Vielleicht mit Rücksicht auf die oft wiederholte französische Beschuldigung hebt der Nekrolog besonders hervor, er habe in der Verwaltung öffentlicher Gelder die äußerste Sorgfalt gezeigt und über den öffentlichen Angelegenheiten sei er für seine eigenen Interessen ganz unempfänglich geworden. „Diese Gemüthsstimmung,“ fährt Dietrichstein fort, „dauerte auch bis zu seinem Tode. Nur den treuen und aufmerksamen Händen, denen die Verwaltung seines durch Sparsamkeit erworbenen Vermögens anvertraut war, ist es zuzuschreiben, daß dieses nicht noch mehr herabgeschmolzen ist, als es nach seinem Tode sich gezeigt hat.“ In der That lebte der Minister ohne jeden Aufwand, einfach, in einem bescheidenen Privathause; nicht einmal die Hofkanzlei wollte er beziehen. Es ist nichts in seinem Wesen, das auf Habsucht oder nur auf den Wunsch und das Bedürfniß großen Besizes hindeuten könnte. Auch Hormayr meint, die Anschuldigung, daß er sich unrechtmäßig bereichert habe, verdiene keine Widerlegung. „Er hat das Glück gehabt, verläumdete zu werden,“ schreibt der Fürst Signe, „vielleicht ist er der Einzige, dem es nützlich gewesen ist. Man hat gesagt, bald er sei durch England, bald er sei durch Frankreich bestochen; er hat über die unwissende Bosheit gelacht, und Alles hat nur zum Beweise gedient, daß er, statt gewinnlüchtig zu sein, zweihunderttausend Gulden nicht einmal angenommen hat, die sein Herr ihm schenken wollte.“

Ich weiß, alles dies sind nur einzelne Bemerkungen, vielleicht zum Verständniß des Folgenden nicht ohne Nutzen, aber zu einer Charakteristik keineswegs hinreichend. Auch bin ich ein abschließendes Urtheil auszusprechen nicht im Stande, weil meine eigenen Untersuchungen den letzten Theil seiner Wirksamkeit noch nicht umfassen. So viel ist aber doch unzweifelhaft, daß man in diesem Manne eine Persönlichkeit von entschiedener Bedeutung, einen

Geist von seltener Schärfe und einen Willen von eiserner Festigkeit erkennen muß. Daß er Fehler gemacht habe, ist auch von La Mark nicht verschwiegen, und ich selbst habe schon einige hervorheben müssen; doch scheint mir, im Allgemeinen ist es mehr Oestreichs innere Verwaltung, als die äußeren Angelegenheiten, über die man einen Tadel auszusprechen berechtigt ist. Hier bliebe nun immer noch zu untersuchen, inwiefern man Thugut dafür verantwortlich machen darf, ob er wirklich die Allmacht besaß, die ihm gewöhnlich zugeschrieben wird. Indessen in diesem Punkte stimmen doch alle Zeugnisse, La Mark, Lucchesini, Ligne und Hornayr mit einander überein, und es scheint allerdings in Thuguts Charakter ein entschiedener Zug alleingebietenden Willens nicht verkennbar. Der lange Aufenthalt in den Hauptstädten zuerst des türkischen Despotismus, dann der französischen Demagogie konnte ihm unmöglich Reigung und Verständniß für eine frei und selbstständig gestaltende nationale Entwicklung einflößen. Nicht daß er verkannt hätte, man müsse den leidenschaftlich aufgeregten Kräften Frankreichs auch ein nationales Element entgegensetzen. Er hat es recht wohl eingesehen, in Deutschland, so weit er vermochte, dahingestrebt, und in Oestreich mit Entschiedenheit danach gehandelt. Aber darin liegt noch keine, wenigstens keine ausreichende Entschuldigung für ihn. Wer die Geschichte Oestreichs in den letzten Jahrhunderten verfolgt, wird sich nicht verbergen können: was diesem Staate von Allem am meisten geschadet hat, ist der Druck, der auf dem geistigen Leben lastete, der jede freie Entwicklung verhinderte, durch die Absonderung von deutscher Wissenschaft und Litteratur die fruchtbarsten Keime der Bildung erstickte, und die Empfänglichkeit für würdige und ernste Dinge in dem Behagen eines sinnlichen Wohlseins mehr und mehr verschwinden ließ. Unter Maria Theresia hatte dies System wenigstens mildere Formen angenommen, von Joseph II. war es in seinem Grunde erschüttert. Erst unter Franz II. konnte es wieder zur vollen Herrschaft gelangen und hat dann, je länger desto verderblicher, mit kurzen Unterbrechungen der Monarchie tiefere Wunden als irgend ein verlorener Feldzug geschlagen. Es kann nicht

für Thugut einnehmen, wenn man findet, daß sein Ministerium während dieser unheilvollen Rückwendung ins Leben trat; sollte er sie, wie es wenigstens den Anschein hat, nicht gehindert sondern sogar gefördert haben, so lastet vollends auf seinem Namen schwere Schuld. Indessen es gehört nicht zur Aufgabe dieses Buches, die innern Verhältnisse Oestreichs im Einzelnen darzustellen. Was die äußere Politik betrifft, so muß man vor Allem die heftige Abneigung gegen Preußen beklagen, welche in Thuguts und in noch höherem Maße in den Briefen und Berichten der übrigen östreichischen Diplomaten hervortritt, eine Abneigung, die nach den Erlebnissen der Jahre 1792 und 1793 in ihrem Ursprunge wohl erklärlich ist, aber doch länger anhielt und heftiger sich äußerte, als es mit den Interessen Deutschlands und sogar des Wiener Hofes vereinbar scheint.

Diese Bemerkung finden wir sogleich bestätigt, da wir den Faden der Erzählung wieder aufnehmen. Denn leider waren die Ereignisse in Basel und die Erörterungen, die sie am Reichstage zur Folge hatten, nur zu sehr geeignet, das gegenseitige Mißtrauen noch zu steigern und die gereizte Stimmung auch nach Außen in der unerquicklichsten Weise hervortreten zu lassen. In Folge des schon erwähnten mainzer Antrages hatte ein Reichsgutachten vom 22. December 1794 den Kaiser ersucht, in Verabredung mit dem Könige von Preußen Schritte zur Herstellung eines anständigen Friedens zu thun. Der Kaiser hatte darauf unter dem 10. Februar 1795 erwidert, daß er den Wünschen des Reichstags gemäß mit Rücksprache des Königs von Preußen die reichsoberhauptliche Einleitung antreten werde. Statt dieser Rücksprache und Einleitung erfolgte nun aber der preußische Einzelfriede. Es fragte sich, wie der Reichstag dem gegenüber sich verhalten würde.

Schon vor der förmlichen Anzeige hatte die preußische Regierung unter dem 18. April dem Grafen Görz eine vorläufige Mittheilung zugehen lassen, welche Preußens neutrale Stellung zu rechtfertigen und die übrigen Reichsstände für dieselbe zu gewinnen

suchte. Darauf hatte auch der Kaiser nicht gesäumt, vorerst als Reichsstand durch den erzherzoglich österreichischen Reichstagsgesandten von Separatverträgen abzumahlen und sämtliche Stände um eine Erklärung zu bitten, ob sie ohne Rücksicht auf die daraus nothwendig entstehende Anarchie dem System der einzelnen Friedensunterhandlungen beitreten wollten, oder nicht. Im ersteren Falle würde der Kaiser sich stark genug fühlen, seine Staaten, zu deren Vertheidigung er seine Macht dann allein anzuwenden gedächte, gegen den gemeinschaftlichen Feind zu sichern¹⁾. Am 7. Mai langte die officiële Anzeige Preußens in Regensburg an, begleitet von einer ausführlichen Denkschrift, welche vom 1. Mai datirt war. Dies Aktenstück verkündigte zwar zunächst den glücklich abgeschlossenen Frieden als eine Begebenheit, deren frohe und heilsame Folgen das gesammte deutsche Vaterland sehr nahe mit angingen, wandte sich aber bald zu Entschuldigungen und Anklagen. Insbesondere suchte es hervorzuheben, daß der Kaiser trotz seines Versprechens dem Reichsgutachten vom 22. December nicht nachgekommen sei; die versprochene Einleitung sei ebenso wenig, als eine eigentliche Rücksprache mit Preußen erfolgt; aus diesem Grunde habe denn auch der König dem Reiche einen förmlichen, wirklichen Frieden nicht verschaffen können. Der König hege nun keinen heißeren Wunsch, als nach seinem Vorgange die Segnungen des Friedens weiter zu verbreiten, müsse aber auch für den Fall fortdauernden Krieges aller Theilnehmung daran und aller Mitwirkung durch Stellung eines Contingentes und Entrichtung von Römernonaten ausdrücklich entsagen²⁾.

Eine Erklärung von solchem Inhalt blieb, wie sich denken läßt, nicht ohne Erwiderung. Diese war gleichwohl in einem ruhig gemäßigten Tone gehalten, denn so bitter auch die Stimmung in Wien geworden war, man erkannte doch deutlich genug, daß

1) Vgl. die Erklärung im kölnischen Kurier V, 333 in einem Bericht aus Regensburg vom 4. Mai.

2) Vgl. Geheime Geschichte der Rastadter Friedensverhandlungen von einem Schweizer (Haller), Germanien 1799, II, 15; die österreichische Erwiderung vom 19. Mai ebenda S. 32.

man Preußen nicht hindern, und durch einen förmlichen Bruch, wie die Dinge einmal lagen, das Uebel nur verschlimmern konnte. Es fiel nicht schwer, das Ungefehmäßige eines Separatfriedens mit dem Reichsfeinde nach den Reichsgesetzen zu erweisen, zugleich suchte man den Vorwurf, das Reichsgutachten vom 22. December nicht ausgeführt zu haben, gerade gegen Preußen zu richten. „Schon am 14. Februar,“ sagte der Kaiser, „also nur vier Tage nach dem Erlaß des kaiserlichen Commissionsdecretes“ — aber freilich vier und fünfzig Tage nach dem Beschluß vom 22. December — „sei eine in Abschrift beiliegende Note an das preußische Ministerium abgegangen, um auf der Grundlage des ratificirten Reichsgutachtens die Rücksprache der kaiserlichen Regierung einzuleiten. Man habe um so mehr Förderung und Erleichterung erwartet, als laut eines allgemein verbreiteten Rufes Preußen schon Einleitungen zum Friedensgeschäft getroffen habe. Die preußische Erwiderung vom 26. Februar sei am 14. März am kaiserlichen Hofe eingetroffen, aber sie habe einerseits den vom Kaiser genehmigten Ausdruck einer allgemeinen Sehnsucht nach einem der Reichsconstitution und dem Zweck des westphälischen Friedens entsprechenden, billigen und annehmlichen, nach einem gerechten und anständigen Frieden bloß als den Ausdruck der allgemeinen Sehnsucht nach einem leidlichen Frieden dargestellt, andererseits über die vom Kaiser so sehr gewünschte Erleichterung und Förderung des Friedenswerkes nichts wahrnehmen lassen. Indessen sei der preußische Minister Hardenberg wenige Tage später mit einer vom 28. Februar datirten Vollmacht zur Fortsetzung der Unterhandlungen in Basel abgereist, deren Resultat nun allgemein bekannt sei.“

Ich gehe auf diese Streitigkeit im Einzelnen nicht weiter ein; freilich Häußers Darstellung läßt davon noch weniger erkennen. In dem Auszuge, den er aus der preußischen Denkschrift gibt, wird der Schluß, daß Preußen von der Theilnahme am Kriege sich lossage, gar nicht erwähnt. Statt der Beschuldigung: die vom Kaiser versprochene Einleitung des Friedens und die Rücksprache mit Preußen sei gleichwohl nicht erfolgt, läßt er die Denkschrift sagen: die vom Kaiser versuchte Einleitung sei er-

folglos geblieben. Durch diese Veränderung wird der Satz, welcher gerade als die Spitze der preußischen Deduction hervortritt, beinahe in das Gegentheil verkehrt, und die kaiserliche Erwiderung verliert ihren Inhalt, von welchem man denn auch bei Häusser beinahe gar nichts erfährt.

Oestreichischer und preußischer Einfluß kämpften nun, auf dem Reichstage die Mehrheit der Stimmen zu gewinnen. Preußen wünschte mit der Vermittlung des Friedens von Seiten des Reiches beauftragt zu werden. Der Kaiser fand schon durch die Erwähnung Preußens in dem Reichsgutachten seine Würde verletzt. Es war zweifelhaft, ob er in einem solchen Falle die Ratification geben würde; nach Lucchesinis Bericht vom 27. Juni sollte er dem württembergischen Gesandten, Baron Görlich gegenüber geäußert haben: wenn die Stände ihm nicht ein unbedingtes Vertrauen zeigten, so bleibe ihm nichts übrig, als die Krone niederzulegen und das Reich seinem Schicksale zu überlassen. Zugleich wollte der Kaiser als Grundlage des Friedens die Integrität des Reiches genannt wissen, während das preußische Ministerium diese Erwähnung zu vermeiden wünschte, weil sie gewissermaßen als ein Tadel gegen den baseler Frieden und als Garantie für den zum burgundischen Kreise gehörigen Besitz Oestreichs in Belgien gedeutet werden konnte ¹⁾. Nach langen mit großer Bitterkeit geführten Beratungen kam endlich am 3. Juli ein Reichsgutachten zu Stande, welches im Wesentlichen den Wünschen des Kaisers gemäß, doch zwischen Oestreich und Preußen zu vermitteln suchte. Es erklärte zunächst, „der beharrliche Wunsch des Reiches bleibe dahin gerichtet, in unwandelbarer Vereinigung mit dem Reichsoberhaupte einen allgemeinen Reichsfrieden im Wege der Constitution und durch denselben Wiederherstellung der Integrität seines Gebietes und Sicherheit seiner Verfassung je eher je besser auf eine dauerhafte Art zu erhalten. Zu diesem Ende sei die Bereitwilligkeit des Reiches zur Eröffnung von Friedensunterhandlungen an Frankreich zu erklären, und diese erste Einleitung lediglich dem Kaiser anheim zu stellen.

1) Das Ministerium an Lucchesini am 19. Juni 1795.

Zur gewiffern Erreichung des Zieles folle man aber dem Könige von Preußen den Antrag des Reiches zu erkennen geben, daß derselbe zur Erlangung eines allgemeinen, die Integrität und die Verfassung des Reiches sichernden Friedens nach seinen öfteren freiwilligen Versicherungen seine beihülfliche Verwendung und Mitwirkung gewähren möge. Diese Fassung ließen beide Theile sich gefallen; Preußen erklärte sich bereit, für den Frieden zu wirken, am kaiserlichen Hofe erhob, wie es scheint, der Fürst Colloredo einigen Widerspruch, wurde aber, wenn man Lucchesinis Bericht vom 8. Juli glauben darf, durch Lehrbach zum Schweigen gebracht. Das Ratificationsdecret vom 29. Juli erkannte zunächst mit Befriedigung, daß der Reichstag in dem Wunsche nach ungetheilter Vereinigung der Reichsstände mit dem Reichsoberhaupte, so wie nach einem die Integrität und Verfassung des Reiches sichernden Frieden wieder auf die Grundlage des Reichsgutachtens vom 22. December 1794 zurückgegangen sei. Das deutsche Reich in seiner Vereinigung besitze zwar Ansehen und Macht genug, um durch sich selbst einen gerechten und annehmblichen Frieden zu erlangen; da aber die Mehrheit der Stände in der Mitwirkung des Königs von Preußen eine besondere Beruhigung suche, so wolle der Kaiser auch darin dem Wunsche der Reichsstände nachgeben, unter der Voraussetzung, daß der König von Preußen sich auch seinerseits bei Frankreich nach seinen öfteren freiwilligen Versicherungen auf die vom Reiche bedingte und bestimmte Basis verwenden und so zur Erlangung eines allgemeinen, die Integrität und Verfassung des Reiches sichernden Friedens beihülflich mitwirken wolle¹⁾.

Am 21. August wurde dann endlich eine Reichsfriedensdeputation ernannt. Mitglieder waren Kurmainz, Kursachsen, Oesterreich, Bremen, (Hannover), Baiern, Hessen-Darmstadt, Würzburg, Baden und die Reichsstädte Augsburg und Frankfurt. Eine Reichsinstruction kam erst am 7. October zur Ausfertigung.

Unterdessen hatte Preußen in Basel sich bemüht, als Vor-

1) Vgl. Geheime Geschichte der Rastadter Friedensverhandlungen, II, 41, 43.

bereitung des Friedens zuerst einen Waffenstillstand zu erlangen; aber die Verhandlung, auf die ich noch zurückkomme, blieb ohne Erfolg. In Ausführung des Reichsgutachtens vom 3. Juli hatte dann auch der Kaiser zu Ende des Monats durch dänische Vermittlung einen Waffenstillstand und die Berufung eines allgemeinen Congresses vorschlagen lassen. Aber auch diese Anträge wurden in schroffer Form am 13. October zurückgewiesen, und man muß zweifeln, ob am kaiserlichen Hofe ein anderes Ergebniß erwartet oder nur gewünscht wurde. Denn am 4. Mai war zu Wien zwischen Thugut und Eden ein neuer Vertrag abgeschlossen, der am 28. September in Petersburg zu einer Tripelallianz zwischen Oestreich, Rußland und England erweitert wurde. England versprach aufs Neue bedeutende Hülfsgelder, selbst Catharina zeigte sich bereit, durch ein russisches Heer an dem Kriege thätigen Antheil zu nehmen. Unter solchen Verhältnissen muß man gestehen, daß die Zeit zu Unterhandlungen noch gar nicht gekommen war. Denn die Franzosen hatten zu große Erfolge erlangt, die Verbündeten noch zu bedeutende Kräfte zur Verfügung, als daß die Einen so viel zurückgeben, die Anderen so viel hätten verlieren wollen, als von der Gegenseite gefordert wurde. Es war nicht unrichtig, wenn ein französisches Blatt zu jener Zeit die Ansicht aussprach, in den Heeren besitze man die einzig geeigneten Diplomaten der Republik.

Gleichwohl sollen nach Häußers Meinung im Sommer und Herbst neben jenen öffentlichen auch noch geheime Unterhandlungen und in einem ganz anderen Sinne zwischen Oestreich und Frankreich stattgefunden haben. Er erwähnt schon (II, 14) aus den früheren Monaten jener berufenen Umtriebe des Ritters Carletti, deren wahre Bedeutung der vorgehende Abschnitt festzustellen suchte. Häußner hat sie jedoch keineswegs zur Grundlage bedeutender Ereignisse gemacht, nicht einmal als feststehende Thatsache mitgetheilt, sondern nur die Meinungen Hardenbergs und Gerwinus' in Kürze angedeutet. Bei dem außerordentlichen Aufsehen, welches die Carlettische Angelegenheit damals hervorgerufen hat, war dies gar nicht zu vermeiden, und Vivenots heftige

Polemik ist deßhalb Häuffer gegenüber zum größeren Theile un-
rechtigt.

Hier möchte aber eine Bemerkung allgemeineren Inhalts erlaubt
sein. Der Historiker, scheint mir, sollte bei der Mittheilung solcher
Gerüchte einige Vorsicht nicht außer Acht lassen. Denn werden
sie nicht ausdrücklich als unwahr erklärt, so bleibt für den Leser
nur zu leicht der Eindruck eines wirklich Geschehenen, also ein
falscher Eindruck zurück. Noch übler ist es, wenn der Schriftsteller
selbst sich verleiten läßt, das, was er früher nur unbestimmt als
Gerücht oder Vermuthung angedeutet, später als Thatsache in
Rechnung zu bringen und neue Folgerungen dadurch zu begrün-
den. Die auffallendsten Beispiele dieser Art würde ich freilich
nicht dem Häufferschen Werke entnehmen, aber auch bei ihm
scheint größere Vorsicht an mehr als einer Stelle wünschenswerth.
Ich weise nur auf die Eine hin, die zu dieser Bemerkung gerade
an diesem Orte Veranlassung gegeben hat. Nachdem er die Strei-
tigkeiten über den baseler Frieden aus einander gesetzt, fährt
Häuffer (II, 26) fort: „Während die österreichische Diplomatie einen
so verwegenen Ton anschlug, tauchte immer von Neuem das Ge-
rücht auf, daß die Politik des Wiener Hofes fortwährend nur von
dem einen Gedanken beherrscht sei, sich durch den Erwerb von Baiern
zu arrondiren. Man nannte die Personen und die Orte, die zur
Wiederaufnahme des wiederholt gescheiterten Planes gebraucht wor-
den seien. Agenten der zweideutigsten Art wurden als die Unter-
händler zwischen Wien und Paris namhaft gemacht, die im Namen
Oestreichs die Abtretung des linken Rheinuferes angeboten hätten,
wenn Oestreich den Lech als Grenze erhalte.“ „Es wird immer
schwer bleiben“, heißt es in einer Anmerkung, „das Detail solcher
ganz im Dunkeln und Geheimen betriebenen Verhandlungen genau
zu ermitteln, wir wagen daher auch nicht, aus dem, was die
Mémoires d'un homme d'état III, 153, 154, 174, Fains Manuscrit
de l'an III, p. 279 und Hurters Denkwürdigkeiten aus dem letzten
Decennium des 18. Jahrhunderts S. 51 f. erzählen, Einzelheiten
als zuverlässig mitzutheilen; daß aber die Sache wieder leb-
haft von Thugut betrieben ward, darüber, scheint

uns, kann sowohl nach diesen zusammenstimmenden Zeugnissen, als nach dem, was vorangegangen und nachgefolgt ist, billiger Weise nicht gezweifelt werden.“

Es würde doch schwer sein, ein Beispiel zu finden, daß Beschuldigungen dieser Art auf leichtere Zeugnisse angenommen wären. Mir scheint, gerade aus diesen Zeugnissen, denn er wird doch die besten ausgewählt haben, hätte Häusser auch auf den Werth und die Bedeutung des Gerüchtes schließen können. In den an sich schon so wenig zuverlässigen Memoiren des angeblichen Staatsmannes liest man auf den angeführten Seiten 153 und 154 über Oestreich nicht ein einziges Wort; das Einzige, was sich auf das linke Rheinufer bezieht, ist die Bemerkung, der König von Preußen habe nur geringe Abneigung gezeigt, seine linksrheinischen Besitzungen an Frankreich abzutreten. Seite 174 oder vielmehr 173 findet sich die Angabe, der Kaiser habe mehreren Höfen erklärt, er sei zum Frieden mit Frankreich geneigt, aber nicht zu Separatverhandlungen, namentlich nicht ohne Zuziehung Englands und des deutschen Reiches; der Wiener Hof habe auch in der Zeitung vom 6. Mai die Gerüchte von Separatverhandlungen mit Frankreich ausdrücklich für unwahr erklärt. Ob in diesen Worten, die sich zudem nicht einmal auf den Herbst sondern auf die im Mai verbreiteten Gerüchte über Carletti beziehen, ein Zeugniß für die Häusser'sche Ansicht zu finden ist, mögen Andere entscheiden¹⁾. Mit Fains Manuscript des Jahres III (1795)

1) Ich habe gedacht, die von Häusser angeführten Seitenzahlen könnten sich vielleicht auf eine von der meinigen verschiedene Ausgabe beziehen. Die beiden ersten Bände des Werkes sind in der That zwei Mal, und zwar zuerst bei Ponthieu Paris 1828 erschienen. Dann ist es aber in den Verlag von L. G. Michaud übergegangen, der 1831 die beiden ersten Bände noch einmal abdrucken ließ und von dem dritten, der hier in Frage kommt, sowie von den folgenden seit 1831 die einzige Ausgabe besorgte. — Ein Druckfehler ist bei Häusser auch nicht anzunehmen. Man könnte nur noch an S. 163 und 164 denken. Aber auch hier findet sich nicht die Bestätigung, sondern vielmehr die Widerlegung der Häusser'schen Ansicht, nämlich die aus Fains Manuscript (S. 109 der deutschen Uebersetzung) entlehnte Angabe, die ich so gleich im Texte folgen lasse.

steht es gerade so. Ein Zeugniß dieses Mannes wäre allerdings von großer Bedeutung, weil er, selbst zu Paris im Ministerium des Auswärtigen beschäftigt, über die diplomatischen Wendungen jener Zeit sich die genaueste Kenntniß verschaffen konnte. Aber ich habe das Buch in der deutschen Uebersetzung, die mir zuerst allein zur Hand war, ganz durchgelesen, ohne nur ausfindig zu machen, was Häusser bei seiner Anführung im Sinne haben könne. In der einzigen hierher bezüglichen Stelle S. 109 der deutschen Ausgabe heißt es: Oestreich habe nach dem baseler Frieden einige Lust zum Unterhandeln verspürt, Lehrbach sei nach Berlin und von da nach Basel gekommen. Diese Stimmung sei jedoch plötzlich verschwunden, als er bei den ersten Nachforschungen die Gewißheit erlangt habe, Frankreich bestehe auf der Abtretung des linken Rheinufers. Aber diese Worte, abgesehen von dem, was sie Ungenaues enthalten, besagen doch beinahe das Gegentheil von dem, was man bei Häusser liest; auch hat er sie nicht im Sinne gehabt. An der von ihm bezeichneten Stelle S. 279 der französischen Ausgabe findet sich, wie ich jetzt sehe, Folgendes: Merlin von Thionville habe nach der Uebergabe von Luxemburg dem östreichischen General Bender bei einem Mittagessen gesagt, man müsse sich verständigen; der alte General, nachdem er eine Flasche nach der anderen geleert, habe Feuer gefangen und sich vorgenommen, diese Eröffnung seiner Regierung mitzutheilen; er sei aber kurz nachher gestorben, und das Gespräch ohne Folge geblieben. Später habe Boissy d'Anglas als Präsident des Ausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten einen gewissen Poterat an Thugut geschickt, in dessen einem Feinde wie Oestreich gegenüber seien Siege das beste Mittel, um bald zu einem Vertrage zu gelangen. Häusser redet von der Uebereinstimmung seiner Zeugnisse. Diese Stelle stimmt allerdings mit den früheren überein, aber hauptsächlich darin, daß sie das Gegentheil sagt von dem, was man nach seinen Angaben erwarten sollte. Bemerken muß ich jedoch, daß diese Unterredung des französischen Repräsentanten mit Bender nicht ganz so erfolglos geblieben ist, als Fain hier annimmt.

Merlins Briefwechsel giebt uns auch darüber Nachricht. „Ich schicke Ihnen,“ schreibt er am 11. September aus Straßburg an Barthelemy, „einen Brief des Herrn v. Bender, damit Sie ihn Herrn v. Hardenberg zum Lesen geben. Sie erinnern sich, was ich Ihnen in Basel erzählte. Als Bender Luxemburg verließ, hatte ich mit ihm eine ziemlich lange Unterredung; ich jagte ihm viel Böses von den Preußen, er sagte noch mehr; er befestigte mich in meiner Meinung, wenn Frankreich, ohne sich einzumischen, Baiern von dem Kaiser besetzen lasse, so würde der Kaiser die Kurfürsten preisgeben. In diesem Sinne muß er später seinem Hofe geredet haben 1).“ Daß übrigens der Brief Benders nichts von Bedeutung enthalten hat, kann man schon aus Merlins Worten schließen. Auch würde Hardenberg gewiß nicht verfehlt haben, davon Gebrauch zu machen. Selbst in Verbindung mit diesem Briefe, den Häuffer nicht gekannt, also auch nicht berücksichtigt hat, läßt sich demnach in Fains Aeußerungen nicht viel zu Gunsten seiner Ansicht, wohl aber ein bedeutendes Zeugniß dagegen finden.

Das sonderbarste Citat bleiben jedoch die Hurterischen Denkwürdigkeiten. Denn man glaube ja nicht, daß es sich hier um eigene Erinnerungen des bekannten Geschichtschreibers handele. Es sind hinterlassene Aufzeichnungen eines Ungenannten, welcher nur als der Sohn eines Emser Arztes bezeichnet wird. Diese beinahe werthlose kleine Schrift enthält S. 51—60 auch einen Abschnitt: „Condé — Poterat — Enghien“ überschrieben, voll der widersinnigsten Fabeln; so liest man unter Anderem, der Herzog von Condé habe durch Poterat gefordert, und das Directorium im Frühling 1796 genehmigt, daß er, der Herzog von Condé, constitutioneller König von Schwaben würde. In solcher Nachbarschaft findet sich auch als Erklärung des am 1. Januar geschlossenen Waffenstillstands die Angabe, Poterat sei um diese Zeit als geheimer Agent von Paris nach Wien geschickt und auf der Rückreise im Februar 1796 bei einem gewissen Georg List,

1) Vgl. Correspondance de Merlin, p. 248.

der die Verbreitung französischer Grundsätze in den Rheinlanden sich zur Aufgabe machte, eingekehrt. Er habe ihm eröffnet, von Oestreich sei der Republik schon mehrmals die Abtretung des linken Rheinuferes angeboten. Etwas Aehnliches, setzt der Verfasser hinzu, habe ihm früher auch Merlin von Thionville erzählt, der Plan sei aber dadurch vereitelt, daß Frankreich die vom Kaiser geforderte Lechgränze nicht zugestanden habe. Man erkennt hier deutlich einen Nachzügler der bekannten Gerüchte über Carletti. Ich stelle Jedem, der des Früheren sich noch erinnert, das Urtheil anheim, ob eine Nachricht aus solchem Munde in einer solchen Schrift ernstlicher Berücksichtigung würdig ist.

Zudem läßt sich jetzt aus den entscheidenden Dokumenten mittheilen, wie Thugut wirklich über die Sache gedacht hat. Denn ganz nach Merlins Vorschlägen hatte der Wohlfahrtsauschuß, kurz bevor man am 1. October 1795 die östreichischen Niederlande und Lüttich dem französischen Gebiete einverleibte, mit Thugut Unterhandlungen anzuknüpfen versucht. Man bediente sich eines vormals preußischen Beamten, Namens Theremin, der, wie es scheint, demokratischer Neigungen verdächtig, aus Berlin sich nach Paris gewendet hatte. Er fand dort im Ministerium des Auswärtigen Beschäftigung, arbeitete mit Eifer den preußischen Interessen entgegen und ist später dem preußischen Gesandten, Freiherrn von Sandoz oft sehr unbequem geworden. Als im Sommer 1795 ein Deutscher, ein Kaufmann des linken Rheinuferes, den Preis von 4000 Franken für die Schrift aussetzte, welche die Nothwendigkeit, das linke Rheinufer mit Frankreich zu vereinigen, am treffendsten nachzuweisen vermöchte, war es Theremin der durch die beste Arbeit die Summe verdiente¹⁾. Dieser Mann wurde

1) Vgl. darüber den Moniteur vom 22. August und 23. September 1795. Die Frage lautete: Est il de l'intérêt de la République Française de reculer ses limites jusqu'aux bords du Rhin? Es waren 4000 Francs als erster, 2000 als zweiter Preis gesetzt, die Zahl der Bewerber aber so groß, daß der erste Preis verdoppelt, der zweite verfünffacht wurde. Die elf besten Abhandlungen sind zusammengedruckt unter dem Titel:

jetzt nach Basel geschickt, um sich mit dem kaiserlichen Residenten, Freiherrn von Degelmann, in Verbindung zu setzen und Baiern anzubieten, wenn Oestreich in die Abtretung Belgiens und des linken Rheinufers an Frankreich willige. Gleichzeitig begab sich ein anderer Agent von sehr zweideutigem Charakter, Namens Poterat, mit ähnlichen Vorschlägen nach Wien. Er zeigte sich dort mit dem Ludwigskreuz und galt für einen Edelmann aus der Bendee, welcher an Ludwig XVIII. nach Verona geschickt sei¹⁾. Luchefinis Argwohn konnte er gleichwohl nicht entgehen, auch hat er in der That mit Thugut eine Unterredung gehabt. Der Inhalt läßt sich aus dem einzigen Briefe, den er noch während seines Aufenthaltes in Wien am 5. October²⁾ an den Minister richtete, nicht deutlich erkennen, sicher ist jedoch, daß man zu keinem Resultate, wie es scheint, nicht einmal zu einem schriftlichen Ausdruck der gegenseitigen Ansprüche und Wünsche gelangte. Noch geringeren Erfolg hatte Theremins Sendung nach Basel. Degelmann nahm ihn höflich auf, hatte mehrere Unterredungen mit ihm, verwies aber, wie er mußte, lediglich auf das Wiener Ministerium, und Thugut ging nicht einmal auf eine Erörterung ein. Am 13. November muß Degelmann in höflicher Weise antworten, man wisse zwar die friedlichen Gesinnungen der Franzosen zu

La rive gauche du Rhin limite de la République Française ou recueil de plusieurs dissertations jugées dignes des prix proposés par un négociant de la rive gauche du Rhin, publiées par le citoyen Georges, Guillaume Böhmer, Exdeputé à la convention Rhéno-germanique, Paris, an IV. Theremin hat noch eine Schrift verfaßt: De la situation intérieure de la République par Charles Theremin, citoyen Français, fils de protestant sorti de France pour cause de religion, Paris, Pluviôse an V.

1) Vergl. Luchefinis Bericht an das Ministerium vom 14. October 1795.

2) Dieser Brief ist, wie es scheint, das einzige Altenstück, das über jene Sendung im Ministerium des Auswärtigen sich erhalten hat. Daneben findet sich noch ein Brief vom 18. September mit der Unterschrift Gérard de Raineval, der gleichfalls Unterhandlungen mit Thugut anknüpfen möchte.

schätzen, halte es aber für nicht an der Zeit, über die vorgeschlagenen Bedingungen in Unterhandlung zu treten¹⁾.

Etwas größere Vorsicht in der Mittheilung unbestimmter Gerüchte und etwas schärfere Prüfung der dafür angebrachten Zeugnisse möchte danach auch für das Häussersche Werk zuweilen wünschenswerth erscheinen. Und es kann in der That befremden, daß wir zwar die Angaben mittelalterlicher Schriftsteller mit der sorgfältigsten Kritik zu wägen gewohnt sind, dagegen in Rücksicht auf die neueste Zeit gemeiniglich weit leichter uns befriedigen lassen. Das angeführte Beispiel ist in Häussers Werke nicht das einzige dieser Art, ich muß noch einige und ich könnte noch manche anführen; gleichwohl darf ich mit reiflicher Ueberlegung nur wiederholen, daß, Alles zusammengenommen, mir kein anderes Buch über jene Zeit bekannt geworden ist, das so gründlich und sorgfältig gearbeitet wäre.

Auch versucht Häusser die Ereignisse des Jahres 1795, insbesondere die lange Waffenruhe im Frühling und Sommer keineswegs durch jene lustigen Gründe zu erklären, sondern vollkommen richtig schildert er die Hindernisse, die der Eröffnung des Feldzugs besonders auf Seiten der Franzosen immer von Neuem sich entgegenstellten. Gegen Ende des August waren diese beseitigt, und alsbald brach auch über Deutschland das Ungewitter herein, welches drei Jahre früher bei dem Zuge Custines' nur gedroht hatte. Es hielt damals Jourdan an der Spitze der Maas-Sambre-Armee das linke Rheinufer von Cleve bis Coblenz besetzt, daran schloß sich die Rhein- und Mosel-Armee unter Pichegru, dem die Einschließung von Mainz und die Besetzung des Oberrheines bis nach Hüningen hinauf übertragen war. Die Armeen zählten,

1) Vgl. Theremins Berichte aus Basel vom 26. September und 9. October 1795 und Degelmanns Antwort vom 13. November im Ministerium des Auswärtigen in Paris. Dazu führt Vivenot II, II, 485 Degelmanns Depeschen vom 25. und 30. September, 10. und 23. October und 3. November an. Thuguts ablehnende Antworten sind vom 11. und 31. October datirt, also nicht, wie man zufolge Sybels Darstellung III, 487 glauben könnte, erst nach den glücklichen Erfolgen der kaiserlichen Heere.

die eine 85,000, die andere gegen 90,000 Mann. Ihnen gegenüber stand eine ungefähr gleiche Zahl von kaiserlichen und Reichstruppen unter Clerfayt, welchem auch die Reichsarmee überwiesen war, nachdem der Herzog von Sachsen-Teichen unzufrieden und verstimmt im April sich vom Oberbefehl zurückgezogen hatte. Erst Ende August wurde auch dem Heere am Oberrhein der General Wurmsjer wieder als besonderer Anführer vorgefetzt. Die preußischen Truppen waren im Frühjahr nach Westphalen abgezogen, um die Gränze oder die Demarcationslinie zu decken, nur eine nicht sehr beträchtliche Abtheilung blieb unter dem Prinzen von Hohenlohe als Besatzung in Frankfurt zurück. In der Nacht vom 5. auf den 6. September ging ein Theil der französischen Maas-Sambre-Armee bei Neuf, Urdingen und Sichelkamp über den Rhein, am lezten Orte, ohne die preußische Demarcationslinie zu beachten. Düsseldorf, befestigt, mit großen Borräthen versehen, wurde von den kurpfälzischen Behörden schmachvoll dem Feinde ausgeliefert, die österreichischen Truppen, nach dem Cordonsystem der damaligen Zeit zersplittert, trotz tapferer Gegenwehr zurückgetrieben. Am 15. September erfolgte auch bei Neuwied ein Uebergang, die Franzosen drangen bis an die Lahn, weit und breit wurde Alles, was sie erreichen konnten, geplündert und verheert. Wenige Tage später ging Mannheim verloren. Die kurpfälzische Regierung hatte die österreichischen Bataillone, welche zum Schutze heranzogen, vor den Thoren zurückgewiesen und sich beeilt, die stark befestigte Stadt auf die bloße Drohung, sie solle beschossen werden, am 20. September an Pichegru zu übergeben. Unbeschreiblich war das Entsetzen am Rhein; die Fürsten flohen zuerst; wer konnte, folgte ihnen, um in der Ferne oder hinter der Demarcationslinie Schutz zu suchen. Unter dem Vorwande, die eigene Heimath vertheidigen zu müssen, verließ das sächsische Contingent, 15,000 Mann der besten Reichstruppen, zur Nachtzeit, als man eben eine Schlacht erwartete, Clerfayts Lager bei Bobenheim¹⁾. Der Tag allgemeinen Abfalls und schmachvoller Selbstvernichtung schien be-

1) Bivenot a. a. O. II, II, 489.

vorzustehen. Aber zum Aeußersten kam es nicht. Die Siege Clerfayts bei Bergen und an der Nidda am 11. und 12. October nöthigten Jourdan zum Rückzug, der sich bald in eilige Flucht verwandelte und den größeren Theil seines Heeres bei Neuwied über den Rhein, den andern hinter die Sieg zurückwarf. Kaum war der eine Gegner unschädlich gemacht, als Clerfayt sich gegen den andern wandte. Die Franzosen hatten seit einem Jahre Mainz mit einem Kreise der stärksten Verschanzungen umgeben, die durch zahlreiche Redouten, 150 Geschütze, und mehr als 30,000 Mann vertheidigt wurden. Hier gelang dem österreichischen Feldherrn, sie am Morgen des 29. Octobers zu überraschen. In wenigen Stunden waren die Schanzen erobert, beinahe sämtliche Geschütze genommen, mit großem Verluste an Todten und Gefangenen zog das französische Heer sich eiligst hinter die Pfriem zurück. Unterdessen hatte auch Wurmsler seit dem 17. October eine Reihe erfolgreicher Kämpfe bestanden; am 22. November mußte sich ihm Mannheim mit unermesslichen Kriegsvorräthen und einer Besatzung von 10,000 Mann ergeben. Es folgten glückliche Gefechte auf dem linken Ufer, die Franzosen waren über die Nahe und bis an die Gränze des Elsaß zurückgetrieben, als am 1. Januar 1796 ein Waffenstillstand zwischen Clerfayt und Jourdan dem Blutvergießen ein Ende machte. Die österreichischen Truppen hielten das linke Ufer von der Queich bis zur Nahe, das rechte von Basel bis zur Sieg besetzt.

Man findet über diese glänzenden Thaten Ausführliches in den Kriegsgeschichten und bei Häuffer (II, 35 ff.), welcher Clerfayt und dem österreichischen Heere die wohlverdiente Anerkennung nicht vorenthält. Nur hat er auch hier die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, sich dafür an der österreichischen Regierung gewissermaßen zu entschädigen; ich glaube nicht in der glücklichsten Weise. Schon die Uebergabe Luxemburgs, das nach langer Einschließung am 7. Juni 1795 den Franzosen seine Thore öffnen mußte, wird, wie es scheint, wieder nur auf Grund eines leeren Gerüchts dem Hofkriegsrath zur Last gelegt. „Es galt als ausgemacht,“ liest man II, 29, „daß sie hätte verhindert

werden können, wenn der Hofkriegsrath Clerfayts Rath befolgt und ihm die Ermächtigung ertheilt hätte, den Platz zu entsetzen. Aber die Niederlande wurden als aufgegebenes Gebiet betrachtet, und die österreichische Politik hatte andere Erwerbungen im Auge.“ Vivenot (II, II, 479) nennt es — und, so weit man urtheilen kann, nach besseren Quellen und mit besserem Grunde — gerade umgekehrt eine der vollkommen berechtigten Klagen gegen Clerfayts Kriegführung, daß man ihm in Wien vorwarf, keinen Versuch zum Entsatze Luxemburgs gewagt zu haben. Der ganze Erfolg der kaiserlichen Waffen im Herbst wird dann von Häusser der jugendlichen Frische und Raschheit Clerfayts zugeschrieben; „die Wiener Staatsmänner,“ sagt er, „befanden sich in einem bedenklichen Irrthum, wenn sie sich selbst das Verdienst der jüngsten Erfolge beileigten. Dieselben waren nur errungen worden, weil man endlich einmal einem Feldherrn, nicht den Diplomaten die Kriegsleitung überlassen hatte.“ „Dieser Feldherr theilte denn auch das Schicksal aller Männer von Talent, die während Thuguts Verwaltung das Obercommando führten; er mußte weichen, weil er eine eigene Meinung und einen eigenen Willen zeigte. Thugut und sein Hofkriegsrath konnten nur Kreaturen brauchen (II, 28, 44, 41).“

Man muß bedauern, daß Vivenot aus den reichen Quellen, die ihm vorlagen, nicht mehr über den Feldzug von 1795 mitgetheilt hat. Aus dem Wenigen, was ich bei ihm (II, II, 477 fg.) finde oder den Berichten Lucchefinis entnehmen kann, scheint sich wieder gerade das Gegentheil dieser Häusserschen Ansichten zu ergeben. Ich bin weit entfernt, Clerfayts Feldherrnruhm schmälern zu wollen, Lucchefini nennt ihn noch im Jahre 1797 in dem schon angeführten Schlußbericht vom 22. Juli als den General, welcher vor allen anderen Achtung und Vertrauen sich erworben habe. Fragt man aber, wer zu den letzten Kriegesthaten die Anregung gegeben, so ist doch nicht zu vergessen, daß er, bereits in vorgerücktem Alter und durch andauernde Krankheit geschwächt, schon in Belgien den Oberbefehl nur mit äußerstem Widerstreben übernommen hatte. Zu wiederholten

Malen war seit dieser Zeit der Wunsch nach Entlassung von ihm ausgesprochen; Vivenot bemerkt (II, I, 299), er habe mehr als zwanzig solcher Gesuche vor Augen gehabt, auch Lucchesini berichtet darüber noch am 3. September. Daß ein Feldherr in solcher Stimmung zu kühnen und ausgedehnten Unternehmungen geringe Neigung zeigte, läßt sich erwarten, und so befand er sich in stetem Widerspruch zu seiner Regierung, da Thugut, von den Engländern gedrängt, durchaus entscheidende Bewegungen und kräftigen Angriff forderte. Clerfayt klagte dagegen über die Mängel der Ausrüstung und Verpflegung, vielleicht nicht ohne Grund, obgleich der Erfolg später bewiesen hat, daß sie doch kein unüberwindliches Hinderniß bildeten. Als er sich den ganzen Sommer hindurch nicht in Bewegung setzen ließ, die Klagen der Engländer, besonders nach dem unglücklichen Unternehmen der Emigranten auf Quiberon (21. Juli) sich verdoppelten, wurde ihm der Oberbefehl über einen Theil des Heeres entzogen, und der immer schlagfertige Wurmsler noch einmal an den Oberrhein geschickt, wie es scheint, mit den bestimmten Befehlen für ihn und Clerfayt, sogleich zum Angriff überzugehen. Wenigstens berichtet Lucchesini am 7. October, nach der Versicherung des russischen Gesandten sei zwischen dem 6. und 8. October eine bedeutende Schlacht am Rheine zu erwarten. Ein solches Wagniß werde freilich beinahe allgemein widerrathen, aber Thugut und Wurmsler hätten mit Entschiedenheit dafür gesprochen. Demgemäß erwiedert auch das preußische Ministerium am 19. und 26. October, Thuguts Voraussagen über den Feldzug in Deutschland seien vollkommen bestätigt durch die geschickten und glücklichen Bewegungen des Marschall Clerfayt; es scheine, daß dieser in Folge bestimmter Befehle aus Wien zum Angriffe sich entschlossen habe. Danach könnte man beinahe glauben, die Wiener Staatsmänner seien gar nicht so sehr im Unrecht gewesen, wenn sie wirklich, wie Häusser, ich weiß nicht nach welchen Quellen, anzunehmen scheint, einen Theil des glücklichen Erfolges sich beigemessen haben. Und so kann ich es auch nicht billig finden, wenn man Clerfayts Entlassung, die nicht lange darauf bekannt wurde, ausschließlich Intriguen und anderen unedlen Beweggründen,

der engherzigen Selbstsucht Thuguts, dem Reide Waldeck's, dem Ehrgeiz des Erzherzogs Karl zuschreiben will¹⁾. Es mußte allerdings einen sehr auffallenden und keineswegs günstigen Eindruck machen, als der Feldherr, dem zuerst nach einer langen Reihe von Unglücksfällen ein entschiedener Erfolg zu Theil geworden war, am 7. Februar von der Leitung des Heeres zurücktrat, und seine Stelle von einem jungen Erzherzog eingenommen wurde. Auch will ich nicht für unglaublich halten, daß von den Beweggründen, die Lucchesini anführt, der eine oder andere mehr oder weniger wirksam geworden sei. Nur darf man diejenigen nicht ganz übersehen, die in der Natur der Verhältnisse schon gegeben sind. Clerfayt war nach Allem, was wir von ihm wissen, damals der Ansicht, eine Fortsetzung des Krieges sei für den Kaiser nicht vortheilhaft; die Mittel reichen nicht mehr aus, man müsse auch am Rheine von weitgehenden Angriffsplänen abstecken und auf die Vertheidigung des rechten Ufers sich beschränken. Es war darüber schon im Heere zu Streitigkeiten gekommen, da Wurmsler die Vortheile gegen die französische Armee ungesäumt zu verfolgen wünschte, während Clerfayt sich mit Jourdan über einen Waffenstillstand einigte. Thugut, der den Krieg fortsetzen wollte, der durch Verträge gebunden und unablässig von den Engländern zu energischen Schritten, zur Wiedereroberung des linken Rheinufers, zur Befreiung von Holland und Belgien gedrängt wurde, konnte mit dieser Auffassung nicht einverstanden sein. Möglich, daß Clerfayt daneben durch seine Klagen über die mangelhafte Ausrüstung des Heeres, über das Unzureichende der ihm zur Verfügung gestellten Mittel den Unwillen einflußreicher Personen auf sich gezogen hat, möglich, daß er — obgleich ich nicht darüber urtheilen kann — zu solchen Klagen berechtigt war, denn bekanntlich ist die Verpflegung des Heeres niemals die glänzende Seite der österreichischen Kriegsverwaltung gewesen; aber man muß anerkennen, daß es in der That nicht wohl anging, an die Spitze des Heeres einen Feld-

1) Vgl. Lucchesinis Bericht vom 10. Februar 1796 bei Häusser a. a. O. II, 45.

herrs zu stellen, dessen Ansichten über das Ziel und die Vortheile des Krieges und die zweckmäßige Art der Kriegsführung den Absichten seiner Regierung ganz und gar entgegenstanden. Es scheint mir überhaupt das, was Häusser über die Wirksamkeit des Hofkriegsrathes ausschließlich nach Lucchesinis Berichten mittheilt, der Berichtigung und Ergänzung zu bedürfen; der Berichtigung, weil er das Eingreifen des Hofkriegsrathes in die militärischen Angelegenheiten überschätzt, und der Ergänzung, weil er den, wie ich glaube, sehr wirksamen Einfluß des Grafen Franz von Dietrichstein nicht einmal erwähnt. Ich kann darauf aber für jetzt nicht eingehen, weil man, um sich ein sicheres Urtheil zu bilden, vor Allem die Kenntniß amtlicher Aufzeichnungen aus dem österreichischen Kriegsarchive wünschen müßte.

Man sieht, die letzten Monate des Jahres 1795 waren durchaus mit kriegerischen Ereignissen angefüllt. Selbst bei den Reichsständen hatten die Erfolge der kaiserlichen Waffen ein Gefühl des Muthes und der Entschlossenheit wieder aufgeweckt. Der Reichstag sandte ein besonderes Dankschreiben nach Wien, der Landgraf von Hessen-Kassel, welcher trotz der ausdrücklichen Abmahnung des Kaisers am 28. August einen Separatfrieden zu Basel abgeschlossen hatte, suchte jetzt durch einen demüthig ausgesprochenen Glückwunsch Verzeihung zu erhalten. Ähnliche Schreiben liefen von Kur-Köln und Trier ein, mit dem bestimmten Versprechen, man werde auf keine vom Reich gesonderte Unterhandlung sich einlassen; sogar der Kurfürst von Mainz gab seine Friedenspläne wenigstens einstweilen wieder auf ¹⁾. In diesem Sinne ist denn auch das kaiserliche Hofdecret verfaßt, welches am 19. November die vom Reichstag gewählte Friedensdeputation bestätigte, aber zugleich eben so ernst und kräftig als würdig und gemessen die immer steigenden Gefahren, die übermäßigen Ansprüche der Franzosen und die Nothwendigkeit hervorhob, durch vereinte Kraft und festes Zusammenstehen die Grenzen und die

1) Vgl. Lucchesinis Bericht vom 7. November und das Schreiben des Ministeriums vom 16. November 1795.

Verfassung des Reiches vor Verletzung und gänzlicher Zerrüttung zu bewahren. Was der Reichstag bewilligte — hundert Römermonate, die man auf etwa eine Million Gulden veranschlagte — stand freilich wieder zu den Bedürfnissen eines solchen Krieges außer allem Verhältniß. Dagegen wurde zwischen England und dem Kaiser das Bündniß nur fester geschlossen und mit aller Anstrengung gerüstet, um im nächsten Feldzuge, sowohl von Italien als vom Rheine aus, der auch im Innern vielfach gefährdeten Republik entscheidende Schläge zu versetzen.

[Faint, illegible bleed-through text from the reverse side of the page, including a horizontal line and several lines of text.]

Zweites Kapitel.

Feldherrn und Diplomaten im Jahre 1796.

Das Jahr 1796 ist in der Kriegsgeschichte aller Jahrhunderte eines der bedeutendsten. Zwei hochbegabte Heerführer konnten damals zuerst in Unternehmungen sich hervorthun, welche an Genialität und Schärfe der strategischen Berechnung von ihnen nicht wieder übertroffen wurden. In Deutschland zeigte der junge Erzherzog Karl noch einmal für lange Zeit, was eine kräftige Führung zu leisten vermag, und Italien wurde der Schauplatz des Mannes, welcher den folgenden zwanzig Jahren den wesentlichsten Inhalt geben sollte. In Italien ist denn auch zugleich das Geschick unseres Vaterlandes damals verfochten und entschieden worden. Schon seit dem Jahre 1792 hielten französische Heere die Gränzprovinzen Savoyen und Nizza besetzt; der Friede mit Spanien, der in Basel am 22. Juli 1795 zum Abschluß kam, stellte größere Streitkräfte nach jener Seite zur Verfügung; das Wichtigste war, daß sie den Händen anvertraut wurden, welche besser, als irgend andere sie zu benutzen verstanden. Der General Bonaparte war bereits in den früheren Jahren auf die Unternehmungen gegen Italien nicht ohne Einfluß gewesen, im März 1796 trat er an die Spitze des französischen Heeres, und alsobald war das Uebergewicht zu Gunsten Frankreichs entschieden. Die Treffen von Montenotte, Millesimo und Dego (12.—15. April) öffneten ihm den Weg über den Apennin nach Piemont, die Gefechte bei Ceva und Mondovi (16.—21. April) trennten das sardinische Heer von den Oestreichern. Schon am 28. April ließ sich der erschreckte König zu einem Waffenstillstand verleiten, durch welchen er von der Coalition sich lösfagte, seine wichtigsten Festungen, in Wahrheit sich selbst und sein ganzes

Gebiet den Franzosen überlieferte. Seitdem vermochten die Oestreicher nicht mehr Stand zu halten; schon am 15. Mai zog Bonaparte in Mailand ein. Die kleinen italiänischen Fürsten beeilten sich, durch große Opfer an Geld und Kunstschätzen eine kurze Frist ihres Daseins zu erkaufen, der Friede mit Sardinien am 15. Mai überließ Nizza, Savoyen und die wichtigsten Festungen den Franzosen; noch in den letzten Tagen des Monats überschritten sie auch den Mincio, und die Belagerung von Mantua drohte den Kaiser des letzten Stützpunktes in Italien zu berauben.

Diese unglückliche Wendung des Feldzuges wirkte bald auch nach Deutschland hinüber. Hier war von den Oestreichern der Waffenstillstand am 21. Mai gekündigt, und Alles für einen lebhaften Angriff vorbereitet. Wurmsers Befehligte am Oberrhein, an Clerfayts Stelle war der Erzherzog Karl getreten. Aber der Verlust Mailands, die Besorgniß, auch Mantua zu verlieren und dann einem Angriff von Italien her ausgesetzt zu sein, ließen es in Wien als nöthig erscheinen, vor Allem die Unfälle in der Lombardei wieder auszugleichen. Ende Mai erhielt Wurmsers den Befehl, mit 25,000 Mann vom Rhein durch Tyrol sich nach dem Süden zu wenden. Zwei Mal suchte er in Italien einzudringen, aber dem Kriegsglück und den überlegenen Fähigkeiten Bonapartes war er nicht gewachsen. Zuerst wurde er im Sommer durch die Schlachten bei Lonato und Castiglione (3.—5. August) nach Tyrol zurückgetrieben; als er im September von Bassano aus den Versuch wiederholte, verlor er sogar die Rückzugslinie und mußte es noch als einen Erfolg betrachten, daß er mit dem Reste seiner Truppen in Mantua sich einschließen konnte.

Die Schwächung des deutschen Heeres machte es auch dem Erzherzog Karl unmöglich, der französischen Uebermacht die Spitze zu bieten. Zu Anfang Juni ging Jourdan bei Neuwied über den Rhein und trieb die Oestreicher bis hinter die Lahn zurück; während der Erzherzog sich gegen ihn wandte und nach mehreren glücklichen Gefechten die verlorenen Stellungen wieder einnahm, gelang es auch der französischen Rheinarmee unter Moreau, am 24. Juni bei Straßburg den Fluß zu überschreiten. Beiden feindlichen

Heeren war der Erzherzog nicht gewachsen; er zog sich zurück nach einem Plane, der zwar den glücklichen Ausgang des Feldzugs vorbereitete, aber doch vorerst die Rheingegenden, Schwaben und Franken dem Feinde überließ. Es wiederholten sich nun die kläglichen Scenen des vorigen Herbstes. Wer fliehen konnte, floh hinter die preußische Demarcationslinie, so die geistlichen Kurfürsten, der Landgraf von Hessen-Darmstadt und der Kurfürst von Baiern; der Herzog von Württemberg erkaufte schon am 17. Juli für vier Millionen Livres einen Waffenstillstand; zu ähnlichen Verträgen unter ähnlichen Opfern drängten sich Baden, der schwäbische und der fränkische Kreis; der Kurfürst von Sachsen rief abermals sein Contingent vom kaiserlichen Heere zurück. Ja, am 7. August kam mit Württemberg, fünfzehn Tage später auch mit Baden ein förmlicher Friede zum Abschluß. Beide Fürsten traten von der Coalition zurück, entsagten ihren linksrheinischen Besitzungen und versprachen, keiner mit der Republik verfeindeten Macht ferner Hülfe zu leisten, selbst wenn sie von Seiten des Reiches dazu aufgefordert würden. Auch machten sie sich anheischig, beim Reichsfrieden für die Abtretung der deutschen Ansprüche auf Italien und das linke Rheinufer, sowie für den Grundsatz der Säkularisationen zu wirken; als Entschädigung für alles dieses ließen sie schon im Voraus bedeutende geistliche Besitzungen sich zusichern. Selbst Preußen bequeme sich unter solchen Verhältnissen am 5. August zu einer neuen Uebereinkunft. Sie ist zwar, wie man später sehen wird, niemals in Wirksamkeit getreten, schloß aber doch für den Augenblick jeden Widerstand Preußens gegen die französischen Pläne in Deutschland aus. Und so schien das Reich gänzlicher Auflösung verfallen, und die Franzosen mochten hoffen, bei dem unaufhaltsamen Vordringen ihrer Heere bald auch dem Kaiser in seiner Hauptstadt den Frieden vorzuschreiben.

Aber plötzlich trat ein Wechsel ein. Der strategische Plan des Erzherzogs beruhte darauf, daß die beiden Abtheilungen seines Heeres in einem spitzen Winkel gegen einander zurückweichend mehr und mehr sich näherten, während die verfolgenden feindlichen Feldherrn weit von einander getrennt blieben. Er hatte diesen Plan

mit Festigkeit zur Ausführung gebracht, indem er langsam vor Moreau durch Schwaben nach Baiern zurückziehend, seinen rechten Flügel unter Wartenburg von der Lahn her durch Franken herankommen ließ. Jetzt benützt er den günstigen Augenblick; ein Theil seiner Truppen bleibt Moreau gegenüber in Baiern, er selbst mit dem andern vereinigt sich mit Wartenburg, so daß er Jourdan plötzlich mit überlegenen Streitkräften gegenüber steht. Am 22. August werden die Franzosen bei Teining zurückgeworfen, am 3. September bei Würzburg gänzlich geschlagen und unaufhaltsam in wilder Flucht über die Lahn bis an den Rhein verfolgt. Moreau hatte unterdessen in Baiern sich verweilt und noch am 7. September die in München zurückgebliebene Regierung zu dem schmachvollen Vertrag von Pfaffenhofen genöthigt. Jetzt wurde auch seine Lage gefährdet; er trat jenen viel gerühmten Rückzug an, der ihn doch nicht ohne bedeutende Verluste am 25. October bei Hüningen auf das linke Rheinufer zurückführte. Der Feldzug in Deutschland endigte mit der Belagerung der stark besetzten Brückenköpfe von Hüningen und Kehl, welche im Anfange des folgenden Jahres dem Erzherzog sich ergeben mußten.

So gewaltigen kriegerischen Ereignissen gegenüber erscheint, was von Verhandlungen zu melden ist, von weit geringerer Bedeutung. Doch darf man die Fäden nicht aus den Augen verlieren, und sie lassen sich in der That das ganze Jahr hindurch verfolgen. In Frankreich war mit dem 27. October 1795 die Directorial-Regierung an die Stelle des Convents getreten. Fünf Directoren, Rewbell, Larevelliere-Depeaux, Barras, Letourneur und Carnot theilten mit ihren Ministerien die Geschäfte, deren Verwaltung vordem den Ausschüssen des Convents übergeben war. Die gesetzgebende Gewalt sollte von zwei Versammlungen, dem Rath der Alten und der Fünfhundert, gemeinschaftlich geübt werden. Zu Mitgliedern des Directoriums waren nur solche Männer gewählt, die für den Tod des Königs gestimmt, also ihren Gegensatz zu den schon mächtig sich regenden royalistischen Bestrebungen

unzweifelhaft und unwiderruflich kundgegeben hatten. Zwei unter ihnen, Carnot und Letourneur, hegten gleichwohl gemäßigte Gesinnungen; aber gerade die auswärtigen Angelegenheiten leitete vornehmlich Newbell, ein Mann von energischem Charakter, schroffen Formen und großem persönlichem Ehrgeiz, der eine ausgedehnte Erweiterung des französischen Gebietes und eine gränzenlose Verbreitung der revolutionären Grundsätze sich zur wesentlichsten Aufgabe stellte. Ihn überbot noch an Leidenschaft und Hestigkeit der Minister des Auswärtigen, Charles Delacroix. Alles, was man von seiner Hand, oder von Anderen über ihn geschrieben findet, zeugt von einer Rücksichtslosigkeit in der Wahl der Mittel, einer Selbstüberhebung und einem Uebermuth gegen Schwächere, daß man Aehnlichem selbst auf den Höhen Napoleonischer Macht nicht leicht begegnen wird. Mit einem ruhig verständigen Mann wie Barthelemy fand er sich durchaus nicht in Uebereinstimmung, weit lieber wirkte er auf geheimen Wegen, und so kann es nicht befremden, daß noch einmal die Gestalt jenes schon mehrfach erwähnten Marquis Poterat uns entgegen tritt. Allerdings in keineswegs erfreulicher Weise, aber doch interessant genug, um einen Blick auf seine Thätigkeit zu werfen. Dieser Mensch hat außerordentlich viel geschrieben; Briefe und Denkschriften, die sich von seiner Hand erhalten haben, füllen mehr als zweihundert Folioseiten; man lernt ihn vollkommen daraus erkennen, und in ihm zugleich ein Musterbild jener geheimen Agenten, welche damals für den diplomatischen Verkehr eine so vorzügliche Wichtigkeit erlangt haben. Frech und herausfordernd zeigt er sich, aber schmeichelnd und zudringlich zu gleicher Zeit, immer geneigt, das Gemeine aufzusuchen und seinen Briefen als Würze beizumischen, geldgierig, und man könnte glauben, stets bereit, eine Partei an die andere zu verkaufen, aber dabei nicht ohne Fähigkeiten, unermüdtlich thätig, selbst nicht ohne Geist und Scharfsinn, so daß seinen Mittheilungen, ob sie auch nichts weniger als unbedingten Glauben verdienen, doch immerhin Manches sich entnehmen läßt. Die erste Reise nach Wien scheint ihm und seinem Minister nicht alle Hoffnung eines glücklicheren Erfolges geraubt zu haben; am 27. November

1795 erhält er eine förmliche Vollmacht, am Tage darauf ausführliche Instructionen und sogar eine bedeutende Geldsumme zur Verfügung. Die Anträge lauteten wie vorhin, daß Oestreich Belgien und das linke Rheinufer an Frankreich überlassen, zudem auf die schwäbischen Besitzungen verzichten, dafür aber durch Baiern entschädigt werden sollte. Alles komme darauf an, vorerst einen Sonderfrieden zwischen beiden Mächten zum Abschluß zu bringen, später könne dann ein Congreß zur Ordnung der deutschen Angelegenheiten in Hamburg stattfinden. Mit diesen Aufträgen begab sich Poterat Mitte Decembers nach Basel, von da über München nach Wien, wo er am 30. December anlangte. Aber er fand sich in seinen Erwartungen völlig getäuscht. Man habe ihn, schreibt er später an Delacroix, schon an der Gränze wie einen Monarchen in Empfang genommen, auf der Post bereits im Voraus für Pferde und Begleitung gesorgt, aber nur zu dem Zwecke, ihn beständig zu überwachen, so daß er mit keinem Menschen ein Wort frei habe reden können. Auch in Wien wurde er unter strengster Aufsicht gehalten; man wies ihn zuerst an den Herrn von Blumendorf, vormalig Secretär der kaiserlichen Gesandtschaft in Paris, dann hatte er auch zwei Unterredungen mit Thugut, er will sogar zwei ganze Tage mit ihm in seiner Wohnung verlebt haben. Erlangt hat er aber nichts. Thugut zeigte sich keineswegs geneigt, auf die französischen Angebote und Forderungen einzugehen; er bestand vorerst auf einem allgemeinen Congreß. Aus Poterats Berichten erkennt man deutlich, wie viel Worte er vergebens an den östreichischen Minister verschwendet hat. „Von allen Seiten,“ schreibt er, „suchte ich ihm beizukommen, um ihn zu einer besonderen Uebereinkunft zu bewegen; umsonst habe ich alle möglichen Mittel erschöpft: Interessen der Ehre, Interessen der Menschlichkeit, Geldinteressen; ich konnte nichts aus ihm herausbringen als: die verbündeten Mächte wünschten eifrig den Frieden, der Kaiser sei erbötig, nach besten Kräften jedes Hinderniß einer allgemeinen Uebereinkunft aus dem Wege zu räumen, aber die Verpflichtungen gegen seine Verbündeten machten ihm durchaus unmöglich, auf gesonderte Verhandlungen ein-

zugehen.“ Als das Gespräch sich auf die Rheingränze und die Säkularisationen wandte, sprach Thugut, wie Poterat sich ausdrückt, mit Emphase von Moral und Gerechtigkeit und von den strengen Pflichten des Kaisers als Reichsoberhaupt; unmöglich könne er einwilligen, daß man die geistlichen Fürsten und andere Reichsstände ihrer Besitzungen beraube. Poterat will darauf erwiedert haben, nachdem man vor Kurzem Polen getheilt und die Beute ohne Gewissensbisse in Besitz genommen, seien dergleichen Redensarten nicht mehr angebracht; er setzt aber hinzu, der österreichische Minister sei bei seinem Widerspruch und seinen verkehrten Ansichten verharret, auch die triftigsten Gründe hätten ihn nicht auf einen bessern Weg geführt.

Für jetzt kam gar nichts zu Stande, höchstens erlaubte Thugut, daß in der Folgezeit vertrauliche Eröffnungen an Degelmann in Basel gerichtet werden könnten. Schon nach wenigen Tagen zog Poterat sehr mißvergnügt wieder ab. Nur mit Mühe erhielt er die Erlaubniß, seine Rückreise durch Deutschland über München und Regensburg anzutreten, wo er mit dem Grafen Görz sich in Verbindung setzen wollte ¹⁾. In Basel verkehrte er dann mit Degelmann, aber gleichfalls ohne Erfolg. Er erfahre gar nichts von Bedeutung, schreibt er am 4. März an seinen Minister, Degelmann erhalte auch aus Wien keine Anweisung und versichere beständig, der Kaiser werde nur auf ehrenvolle Bedingungen und in Verbindung mit England Frieden schließen. Nun griff Delacroix zu einem Mittel, das für ihn und die Zeit charakteristisch ist. Ich habe früher erzählt, daß man in Paris Papiere aus dem Jahre 1772 zu besitzen glaubte, deren Veröffentlichung für Thugut nachtheilig werden könne. Delacroix setzt am 19. Februar Poterat von diesem Besitz in Kenntniß, und dieser richtet dann am 8. März an Thugut in seiner Weise einen Brief. Halb freundschaftlich schmollend, halb drohend beklagt er sich über die Zurückhaltung des österreichischen Ministers; am

1) Vgl. Poterats Briefe an Delacroix aus Basel vom 15. December, München 23. December 1795, Wien 4. Januar, München 11. Januar, Basel 28. Januar 1796 im Ministerium des Auswärtigen.

Schlusse läßt er die Bemerkung einfließen, es seien ihm in Paris Papiere zu Gesicht gekommen, die Thuguts Stellung gefährden könnten; bisher habe er noch verhindert, daß sie in die Oeffentlichkeit gekommen seien, aber als ein Mann, dem Thuguts Wohl aufrichtig am Herzen liege, müsse er ihm dringend rathen, die französische Regierung nicht länger durch eine abweisende Haltung zu reizen. Thugut würdigte, wie man denken kann, diesen Brief so wenig, wie mehrere frühere einer Antwort. Am 27. April schreibt Poterat abermals an Delacroix, aus Wien sei gar nichts zu erwarten, englischer Einfluß herrsche dort allmächtig.

Gleichwohl blieb er während dieser Monate in Basel nicht ohne mannichfaltige Beschäftigung. Er ist unermülich, neue Vorschläge und Denkschriften an den Minister und das Directorium zu senden, sowohl über die Grundlagen des Friedens als über die zweckmäßigen Wege, beim Wiederausbruch des Krieges nach Deutschland, insbesondere in den Schwarzwald vorzudringen. Für den Geschichtschreiber des Sommerfeldzugs könnte es interessant sein, zu untersuchen, wie weit diese Vorschläge auf Carnot bei der Entwerfung des Planes von Einfluß gewesen sind. Sodann bemühte er sich in Verbindung mit einem Elssasser, Georg List, und einem französischen Agenten Bassal, dessen Thätigkeit er besonders rühmt, den Grundsätzen der Revolution in Schwaben Eingang zu verschaffen und dadurch den französischen Heeren im Voraus die Wege zu ebnen. Selbst mit deutschen Fürsten setzt er sich in Verbindung, um sie zu Kundgebungen gegen den Kaiser im Sinne des Friedens anzuregen. Es findet sich auch ein höfliches Antwortschreiben des Herzogs Georg von Sachsen-Meiningen vom 24. Mai, welches aber doch mit der Bemerkung schließt, ehe man auf derartige Schritte sich einlasse, müsse man vor Allem genau wissen, welche Grundlage für den Frieden die Franzosen denn zugestehen wollten. Endlich trat Poterat noch mit den Ausgewanderten, insbesondere mit dem Condéschen Corps in Verbindung und rühmt sich, ihre Geheimnisse ihnen abgelockt zu haben. Lange Zeit war Delacroix mit diesem Treiben einverstanden; es finden sich mehrere Briefe, in denen er Poterats Leistungen anerkennt und zu frischer Thätigkeit

ermuntert. Endlich schöpfte er aber, wie es scheint, Verdacht, er selbst könne von dem zweideutigen Menschen betrogen werden; im Mai wird zuerst der erprobte Gehülfe Bassal zu großem Leidwesen Poterats entlassen, und am 19. dieser selbst seines Dienstes enthoben. Als er, wahrscheinlich um sich zu rechtfertigen, nach Paris zurückkehrte, wurde er dort später als Doppelspion verhaftet¹⁾; das Letzte, was mir über ihn zu Gesicht gekommen ist, sind die Berichte des Polizeiministers über die in seiner Wohnung in Beschlag genommenen Papiere.

Wenn die Unterhandlungen dieses geheimen Agenten erfolglos blieben, so ist, was die anerkannten Diplomaten vornahmen, von noch geringerer Bedeutung. Ehe die Feindseligkeiten wieder anfangen und als sie gerade von Neuem eröffnet waren, brachten die Verbündeten noch einmal ihre Friedensliebe und Versöhnlichkeit in allgemeinen Ausdrücken zur Anzeige. Der englische Geschäftsträger Wickham in Bern richtete am 8. März an das Directorium die Frage, ob Frankreich geneigt sei, mit England zu unterhandeln und die allgemeine Grundlage eines Friedens vorzuschlagen; Thugut ließ durch Degelmann am 21. Mai versichern, auch der Wiederausbruch des Krieges könne die Geneigtheit des Kaisers zu billigen Unterhandlungen nicht verändern. Unzweifelhaft würde man auch zu einem Frieden, der dem Hofdecret vom 19. November gemäß auf der Grundlage des früheren Besitzstandes die Integrität des Reiches bewahrt hätte, gern die Hand geboten haben. Aber das Directorium lehnte jede ernstliche Annäherung schon dadurch ab, daß es England gegenüber die constitutionellen Gränzen der Republik, in welche auch die neun belgischen Departements aufgenommen waren, als durchaus unveränderlich und außerhalb der Verhandlung liegend bezeichnete²⁾.

1) Vgl. Sandoz' Bericht an das preussische Ministerium vom 6. August 1796. Bassal wird später noch häufig als Agent des Directoriums in Italien genannt, besonders Rom hatte viel von ihm zu leiden. Vgl. Barante, Histoire du Directoire, Paris 1855, III, 361.

2) Vgl. die Briefe Thuguts an Degelmann vom 9. Mai 1796, Degelmanns an Barthelemy vom 21. Mai im Destr. Staats-Archiv, Barthelemys an

Häusser weiß freilich Manches von den „Schwankungen“ zu berichten, „welche die österreichische Regierung im Laufe dieses Jahres durchgemacht habe.“ Aber dieser Ausdruck kann doch allein für die dem leitenden Minister feindliche Partei Berechtigung finden. Eine Politik, die so große Gefahren und Unglücksfälle herbeiführte, mag allerdings auch in Wien Gegenstand lebhafter Angriffe geworden sein und manche Stimme für den Frieden wach gerufen haben. Ein witziges Wort des Fürsten Vigne, der im Gegensatz zu dem neuerhobenen spanischen „Friedensfürsten“ (prince de la paix) den österreichischen Minister als baron de la guerre charakterisirte, fand damals außerordentlichen Beifall. Aber Thugut stand, wie man am Besten aus Lucchesinis eigenen Berichten erkennt, ungebeugt und unerschütterlich. „Der Minister des Auswärtigen,“ schreibt der Gesandte ¹⁾, „scheint die Feinde des Staates eben so wenig, als seine eigenen zu fürchten; er hat dem Grafen von St. Priest und anderen fremden Gesandten angezeigt, daß, so lange er Minister bleibe, kein anderer als ein ehrenvoller Friede geschlossen würde; denn er habe dem Kaiser erklärt, in dem Augenblicke, wo Andere eine furchtsame und niedrige Maßregel rathen könnten, würde er den Platz verlassen, auf den er gegen seinen Willen erhoben sei.“ Auch der Kaiser, wenngleich er in so bedenklicher Lage zuweilen den Rath anderer Minister zu hören verlangte, hat doch sein Vertrauen ihm niemals entzogen, und niemals zu einem Schritte sich bewegen lassen, der mit dem ausgesprochenen Entschlusse, nur auf ehrenvolle Bedingungen einzugehen, im Widerspruch stände. Häusser (II, 91) erzählt nach Lucchesinis Bericht vom 16. Juli: in Folge der unglücklichen Ereignisse in Italien und Deutschland sei die Schale zu Gunsten des Friedens gesunken; „Colloredo und Laschy stellten die Unmöglichkeit vor, den Krieg länger fortzuführen; der Fürst Rosenberg, ein bekannter Gegner Thuguts wurde in die Burg beschieden,

Delacroix vom 21. Mai, dessen Antwort vom 26. und Barthelemy's Antwort an Degelmann vom 30. Mai im Ministerium des Auswärtigen zu Paris.

1) Vgl. Lucchesinis Berichte vom 23. Juli und 3. August 1796.

um seinen Rath über die Friedensverhandlungen abzugeben. Es galt in der diplomatischen Welt als ausgemacht, daß Kaiser Franz Rosenbergs Vorschläge gebilligt und am Abend des 14. Juli einen Courier nach Basel abgesendet habe, um durch Degelmann eine Friedensverhandlung mit Barthelemy anzuknüpfen.“ Nach dieser Darstellung könnte man glauben, der Courier sei vom Kaiser ohne Wissen Thuguts abgeschickt, worüber denn nicht leicht mit Sicherheit sich etwas sagen ließe. Aber Lucchesini berichtet ausdrücklich, der Kaiser habe durch ein Handschreiben Thugut beauftragt, einen Courier mit Rosenbergs Vorschlägen nach Basel abzuschicken. Und danach scheint mir die ganze Mittheilung, obgleich Lucchesini seines Gewährmanns Glaubwürdigkeit besonders hervorhebt, auf einem leeren Gerücht oder einer Verwechslung zu beruhen. Denn nicht nur, daß vom 14. Juli gar keine Depesche Thuguts an Degelmann sich findet, auch der Inhalt der vorhergehenden und nachfolgenden läßt sich mit Lucchesinis Angaben nicht vereinigen. Schon nach den ersten raschen Erfolgen der Franzosen in Italien suchte Neapel sich durch ein Abkommen zu sichern. Der neapolitanische Gesandte in Wien, Marchese de Gallo, der geschickteste italienische Diplomat, in hohem Ansehen bei der Königin von Neapel und nicht ohne Einfluß auf ihre Tochter, die Kaiserin, erhielt den Auftrag, sich nach Basel zu begeben und mit Barthelemy eine Unterhandlung zu eröffnen. Thugut gibt am 2. Juni Degelmann von der baldigen Ankunft de Gallos Nachricht, bemerkt aber zugleich, der Kaiser sehe diese Reise mit Bedauern und sei seinerseits fest entschlossen, auf Einzelverhandlungen ohne Zuziehung Englands niemals einzugehen. Degelmann solle deßhalb an den diplomatischen Schritten de Gallos keinen Antheil nehmen, sondern sich begnügen, ihm soweit als möglich in andern Dingen behülflich zu sein. Als dann Degelmann am 22. Juli aus eigenem Antriebe auf die Möglichkeit hindeutet, sich mit Barthelemy in Verbindung zu setzen, gibt Thugut am 14. August zur Antwort, es liege durchaus nicht in der Absicht des Kaisers, Anträge zu machen oder Unterhandlungen herbeizuführen, die unter den vorliegenden Verhältnissen doch

keinen Erfolg versprechen und der Mißdeutung ausgesetzt wären. Degelmann solle sich, wie bisher, so auch in Zukunft genau an seinen Instructionen halten, Alles vermeiden, was den Feind zu reizen im Stande sei, aber durchaus keine Zuborkommenheit zeigen, welche Eröffnungen oder Unterredungen veranlassen könne¹⁾.

Man sieht, durch Degelmann ist während des Sommers nichts von Bedeutung geschehen. Immerhin könnte aber de Gallo, der bis zum 18. Juli²⁾ in Basel den Frieden zwischen Frankreich und Neapel vorbereitete, auch für den Kaiser thätig gewesen sein. Es liegt beinahe in der Natur der Sache, daß Thugut die Gelegenheit benutzt habe, durch einen so nahe befreundeten Diplomaten ohne Aufsehen von Barthelemys Gesinnungen sich Kenntniß zu verschaffen. Eine Bestätigung dafür könnte man in einem Schreiben des Generals Bonaparte finden, welcher eben mit dem für Paris bestimmten neapolitanischen Gesandten, dem Fürsten Belmonte Pignatelli, am 5. Juni zu Brescia einen Waffenstillstand abgeschlossen hatte. Der Fürst, berichtet er am 26. Juni an das Directorium, habe ihm eröffnet, daß der Wiener Hof die Vermittlung Neapels wünsche; gerade darin liege der Grund, weshalb er seinen Weg nach der französischen Hauptstadt über Basel nehmen werde, um dort mit dem Marquis de Gallo zusammen zu treffen. Ähnliches erzählte Delacroix in Paris dem preußischen Gesandten³⁾. Dagegen schreibt Lucchesini am 18. August, de Gallo habe sich bemüht, vor der Abreise einen Auftrag von Thugut an Barthelémy zu erwirken, aber nur eine nichts sagende Aeußerung des Kaisers aufgefangen und über ihren Werth in Basel angebracht. Darauf sei eine Antwort Barthelemys erfolgt, welche aber de Gallo bei Thugut wenig Dank verdient habe. Bestimmtes ist mir darüber noch nicht bekannt, und nur so viel gewiß, daß in keinem Falle ein Ergebnis gewonnen wurde.

Dagegen kann ich Genaueres über eine andere Verhandlung

1) Die angeführten Depeschen finden sich im Oestr. Staats-Archiv.

2) Vgl. Degelmanns Bericht an Thugut vom 20. Juli 1796.

3) Vgl. Sandoz' Bericht vom 24. Juli 1796.

mittheilen, die bei Häuffer keine Erwähnung gefunden hat, aber doch unter den minder wichtigen als die wichtigste erscheint, auch schon zu Anfange dieses Jahrhunderts sogar einem öffentlichen Blatte nicht ganz unbekannt geblieben ist. Im Sommer 1796, nach dem Eindringen Moreaus in Süddeutschland, war der geheime Rath Zwanziger aus Nürnberg Namens des fränkischen Kreises nach Paris geschickt, um über die auferlegten Contributionen ein Abkommen zu treffen. Er trat dort in nähere Beziehungen zu den Mitgliedern des Directoriums, besonders zu Carnot und dem General Clarke, der unter Carnots Leitung im Kriegsministerium beschäftigt war. Man schenkte ihm Vertrauen, wünschte ihn als Vermittler beim kaiserlichen Hofe zu benutzen, und übergab ihm, als er zurückkehrte, eine Grundlage der Friedensbedingungen. Danach sollte Frankreich das linke Rheinufer und auf dem rechten die Brückenköpfe von Düsseldorf, Ehrenbreitstein, Kastel, Rehl, Alt-Breisach und Hüningen erhalten, Oestreich auf die linksrheinischen, schwäbischen und italiänischen Besitzungen verzichten, aber einen Ersatz in Baiern finden. Das bairische Haus wäre nach Italien verpflanzt, der Herzog von Modena wie auch der Erbstatthalter von Holland durch neu gebildete Kurfürstenthümer in Deutschland entschädigt, die Erzkanzlerwürde von Mainz auf ein Bisthum des rechten Ufers übertragen worden. Preußen wird nur im Allgemeinen für die Provinzen am linken Rheinufer Entschädigung zugesagt.

Aber Zwanziger fand bei der Rückkehr die Verhältnisse in Deutschland durch die Siege des Erzherzogs völlig verändert. Nach mühevoller Reise langte er am 5. October in Wien an, wo sogleich Lucchesinis Wachsamkeit und Besorgniß rege wurden. Ihm selbst erschien die Stimmung der leitenden Personen so ungünstig, daß er, wenn man einem seiner späteren Briefe an Clarke glauben darf, schon darauf verzichtete, die französischen Aufträge auszuführen. Da erhielt er am 11. October eine neue dringende Mahnung Clarkes. Der Brief, am 20. September, kurz nach den neuen Siegen Bonapartes über Wurmsjer abgefaßt, wies auf die Ereignisse in Italien und das vor Kurzem geschlossene Bündniß mit

Spanien hin, um daraus für Oestreich die Nothwendigkeit herzuleiten, auf die an Zwanziger übergebene unveränderliche Grundlage einzugehen. Als Nachschrift findet sich die Drohung, nehme der Kaiser diese Bedingungen nicht an, so werde das Directorium Triest und die östreichischen Hafensplätze am adriatischen Meer zerstören lassen ¹⁾.

Diese Nachschrift ist besonders deshalb von Interesse, weil gerade zur selbigen Zeit dieselbe Drohung auch auf einem anderen Wege nach Wien gelangte. Am Morgen des 10. Octobers hielt vor der Kriegskanzlei ein französischer Courier, man sagte, ein Adjutant Bonapartes, angethan mit der dreifarbigen Schärpe, die der Bevölkerung Wiens ein nie gesehenes Schauspiel bot. Er erregte, wie man denken kann, die lebhafteste Neugier, Jeder fragte, was er könne überbracht haben; die Depeschen Lucchesinis und des preußischen Ministeriums zeigen immer neue Vermuthungen ²⁾, aber alle Mühe des gewandten Diplomaten, in das Geheimniß einzudringen, blieb vergeblich. Jetzt wissen wir, daß der Bote eine kurze Mittheilung Bonapartes an den Kaiser überbringen sollte ³⁾. „Ich beehre mich, Ew. Majestät anzuzeigen,“ so lautet der erste Brief des jungen Generals an den künftigen Schwiegervater, „daß, wenn Sie keinen Bevollmächtigten nach Paris senden, um Friedensunterhandlungen anzuknüpfen, das Directorium mir vorschreibt, den Hafen von Triest auszufüllen und die östreichischen Anlagen am adriatischen Meere zu zerstören. Bis jetzt habe ich die Ausführung dieses Planes verzögert, um die Zahl der unschuldigen Opfer des Kriegs nicht zu vermehren. Möchten Ew. Majestät empfindlich sein für das Unglück, welches Ihre Unterthanen bedroht, und der Welt Ruhe und Frieden wiedergeben.“

Napoleon selbst hat auf St. Helena geäußert, man habe von so

1) Vgl. den Brief Clarkes aus Zwanzigers Nachlasse in Häberlins Staatsarchiv VII, 514, Helmstedt, 1802.

2) Vgl. Lucchesini am 12., 15., 16., 19., 22. October, 9. November; das Ministerium am 21., 24., 30. October, 18. November, 19. December. Die *Mémoires d'un homme d'Etat* IV, 17 nennen den französischen Agenten Chauvet und wissen noch mancherlei von ihm zu erzählen.

3) *Correspondance de Napoléon*, II, 34. Der Brief ist vom 2. Oct. datirt.



unziemlichen Schritten sich nichts versprechen dürfen; auch kann man ihn nicht wohl dafür verantwortlich machen, da die Drohung, wie schon die ganz gleichlautende Stelle jenes Briefes von Clarke zeigt, aus Paris vom Directorium ihm an die Hand gegeben wurde¹⁾. Daß sie keinen Erfolg hatte, ist zu erwarten. Thugut ließ den Courier, obgleich er längere Zeit in Wien verweilte, nicht einmal vor sich, gab auch Bonaparte keine Antwort, sondern begnügte sich, Barthelemy durch Degelmann in Kenntniß zu setzen, daß der Kaiser auf keinen Vorschlag eingehen könne, der nicht in den herkömmlichen diplomatischen Formen gehalten sei. „Ein unerträglicher Stolz herrscht in Allem, was dies östreichische Ministerium vornimmt,“ sagte Carnot ärgerlich dem Freiherrn v. Sandoz in Paris, als er ihm von dieser Mittheilung Kenntniß gab²⁾.

Ebenso würdig als entschieden war denn auch die Erwiederung, welche den Anträgen Clarke's zu Theil wurde. „Herr Zwanziger,“ heißt es in einer schriftlichen Anweisung für diesen Unterhändler, „kann seinem Correspondenten bemerklich machen, es zeuge von Unredlichkeit, wenn man Zweifel vorgebe an dem aufrichtigen Wunsche des Kaisers, einem für alle kriegführenden Theile verderblichen Kampfe ein Ziel zu setzen; als Oberhaupt des Reiches habe der Kaiser vor mehr als einem Jahre durch den Hof von Kopenhagen seine friedlichen Gesinnungen kund gegeben, auch als Mitglied der Coalition theils für sich, theils im Anschluß an England zu wiederholten Malen aufs bestimmteste ausgesprochen, daß er mit Vergnügen über die Mittel zur Wiederherstellung des allgemeinen Friedens verhandeln würde; der Kaiser verharre unveränderlich bei diesen Gesinnungen, er fahre fort, offen und ehrlich den Frieden zu wünschen, aber er wolle ihn auf einer gerechten Grundlage, vereinbar mit seiner Würde und den Verpflichtungen gegen seine Verbündeten.“ „Herr Zwanziger,“ heißt es weiter, „kann hinzufügen, man habe sich überrascht

1) Vgl. die Briefe der Directoren Carnot vom 19. September, und Rarevelliere-Lepeaug vom 20. September 1796 in den Mémoires de Napoléon VI, 317 und der Correspondance inédite II, 42, 45.

2) Vgl. Sandoz am 2. December 1796.

gezeigt durch die Drohungen, welche das Directorium seinen friedlichen Anträgen einmische; der Kaiserliche Hof habe geglaubt, man würde in Paris nicht verkennen, daß Drohungen, wenn auch auf schwache und kleine Fürsten von Einfluß, doch niemals einer Macht wie Oestreich gegenüber das Mittel sein könnten, die Geister zu versöhnen und näher zu bringen. Was aber die Anträge und Bedingungen betreffe, die Herrn Zwanziger in Paris angedeutet worden, so lasse sich nicht glauben, daß ein solcher Plan zum Frieden ernstlich gemeint sei; er sei offenbar unzulässig und würde selbst in dem Falle verworfen sein, daß ihn Moreau, wie man in Paris voreilig sich geschmeichelt zu haben scheine, unter den Mauern von Wien habe überbringen können“¹⁾.

Man sieht, bei dieser wie bei den früheren Verhandlungen geht die Anregung ausschließlich von Seiten Frankreichs aus; Oestreich verharret in einer kühl zurückweisenden Haltung. Freilich sind die Vorschläge immer der Art, daß der Kaiser sich genau dem Willen Frankreichs fügen sollte, aber es läßt sich nicht bezweifeln, daß unter dieser Voraussetzung der Friede in Paris sehr lebhaft gewünscht wurde. Faßt man die politischen Verhältnisse ins Auge, so erkennt man auch, daß Frankreich nur auf dem gewiesenen Wege weiter schreitet. Das Ziel des Krieges war die Rheingränze, das wirksamste Mittel gesonderte Verhandlungen mit den einzelnen Gegnern. Nachdem man nun mit Preußen und den größeren deutschen Staaten wenigstens soweit sich geeinigt hatte, daß ein kräftiger Widerstand nicht mehr zu befürchten war, kam Alles darauf an, auch dem Kaiser durch Verhandlungen, Drohungen oder im äußersten Falle durch Gewalt die französischen Forderungen annehmlich zu machen, ihn von England, seinem treuesten Verbündeten, zu trennen und gegen diesen, den zuletzt übrig bleibenden Gegner, die ganze Gewalt der französischen Waffen zu richten. In den Augen der Franzosen trat jetzt Oestreich in Bezug auf England ungefähr in die Stellung, welche Preußen

1) Diese Antwort sowie die französischen Anträge und mehrere Briefe Zwanzigers an Clarke finden sich im Oestr. Staats-Archiv.

vordem in Bezug auf Oestreich eingenommen hatte, und es kann nicht befremden, wenn die Republik schon seit dem Jahre 1795 immer neue, beinahe aufdringliche Friedensanträge an den Kaiser gelangen läßt. Das englische Ministerium machte zu derselben Zeit, sei es im Ernste oder um der Opposition im Parlamente zu begegnen, in Paris zukommende Anerbietungen, aber sie wurden mehrmals in schroffer Form zurückgewiesen. Ein so ausgezeichnete Diplomat, wie Lord Malmesbury, erhielt nur mit Mühe endlich im October 1796 die Erlaubniß, sich nach Paris zu begeben und dort eine Unterhandlung anzuknüpfen. Da man jedoch über Belgien und die Rückgabe der beiderseitigen Eroberungen sich nicht einigen konnte, brach das Directorium plötzlich am 19. December in beleidigender Weise ab, und Malmesbury erhielt die Aufforderung, innerhalb acht und vierzig Stunden Paris zu verlassen. Dagegen wünschte man nichts mehr, als dem Kaiser einen Unterhändler sogar nach Wien zu senden, besonders seitdem die Siege des Erzherzogs noch einmal die Kraft der deutschen Waffen glänzend bewährt hatten, und in Tyrol Alvinzy, mit schnell gesammelter Heeresmacht zum Einfall nach Italien bereit, selbst den General Bonaparte mit Besorgniß erfüllte. Zum Abgesandten wurde Clarke bestimmt. Am 16. November, eben als Alvinzy durch die Schlacht von Arcole nach den ersten glücklichen Erfolgen wieder nach Vicenza zurückgedrängt wurde, erhielt er seine Vollmachten. Er sollte vorerst in Turin, Mailand, Modena und anderen italiänischen Städten über die Zustände und Wünsche der Bevölkerung sich Kenntniß verschaffen, auch untersuchen, inwiefern die venetianischen Besitzungen auf dem Festlande zum Vortheil der neu gestifteten lombardischen Republik sich verwenden ließen; demnächst einen allgemeinen Waffenstillstand sowohl in Deutschland als in Italien anbieten; endlich sich nach Wien begeben, um Unterhandlungen über den Frieden einzuleiten, welche man dann in Basel oder Paris, allenfalls mit Zuziehung der beiderseitigen Verbündeten, zum Abschluß bringen könne ¹⁾. Um den Preis des linken Rheinufers hätte Oest-

1) Vgl. die Documente in den Mémoires de Napoléon, VI, 347 fg.,

reich damals auf einen vortheilhaften Frieden rechnen dürfen. In einem Entwurfe für Clarke wird nicht nur die Rückgabe der italiänischen Besitzungen, sondern als Entschädigung für die Niederlande auch Salzburg, Bertholdsgaden, Passau und die Oberpfalz angeboten. Vielleicht hätte man in Paris sogar mit Belgien sich begnügt, denn das Directorium war in Folge der steigenden Noth im Innern und durch die letzten Ereignisse in Deutschland mehr als jemals zum Nachgeben geneigt. Bonaparte, obgleich er einen Waffenstillstand in Italien vor dem Falle Mantuas für unvortheilhaft erachtete, konnte doch den bestimmten Anordnungen seiner Regierung sich nicht widersetzen; am 28. November¹⁾ bittet er für Clarke um die nöthigen Pässe, und als Alvinzy vorerst Weisungen aus Wien erwartet, wendet sich Clarke selbst am 5. December mit derselben Bitte an den Kaiser.

Aber gerade die Umstände, welche das Directorium für den Frieden stimmten, mußten auch das Wiener Cabinet bei den oft ausgesprochenen Grundsätzen beharren lassen. Freilich, es ist nicht zu verkennen, daß Manches zu Gunsten der französischen Anträge sprach. Die Kräfte des Staates waren aufs äußerste angespannt, und immer entschiedener trat die Schwierigkeit hervor, den Krieg aus eigenen Mitteln weiter fortzuführen. Das Verhältniß zu England war gelockert, so sehr auch in Wien Sir Morton Eden sich bemühte. Thugut war unzufrieden über die Kargheit, mit welcher die Subsidien bewilligt und ausgezahlt wurden; er machte den Engländern den Vorwurf, sie hätten Corsika voreilig geräumt und den Frieden, der zwischen Frankreich und Neapel am 10. October 1796 zum Abschluß kam, eher gefördert, als gehindert. Unangenehm empfand er dann, daß das brittische Ministerium ohne sein Wissen im August eine neue Unterhandlung in Berlin anknüpfte, besonders als dabei der Plan verlautete, die belgischen

Correspondance inédite, II, 397; auch S. 393 ein undatirtes Schreiben des Directoriums an den Kaiser mit denselben Vorschlägen: Waffenstillstand und Congreß, wie es scheint, die Beglaubigung für Clarke.

1) Der ungedruckte Brief findet sich im Oestr. Staats-Archiv.

Provinzen, wenn Oestreich sie gegen Baiern vertauschen wolle, Preußen zuzuwenden. „Was soll denn aus dem Kurfürsten werden?“ fuhr er Eden an; „wollen Sie ihn stranguliren oder nach Botanybay schicken?“¹⁾ Vor Allem zürnte er aber, als Malmesbury im Herbst sich nach Paris begeben hatte. Er weigerte sich durchaus, auch seinerseits Bevollmächtigte zu senden oder Malmesbury eine Vollmacht für den Kaiser zu übertragen; mit großer Lebhaftigkeit wies er Eden auf die üblen Folgen dieses Schrittes hin, der unter den vorliegenden Verhältnissen doch nicht zum Frieden führen, dagegen der Kaiserin von Rußland Gelegenheit bieten könne, ihre so lange verzögerten Versprechungen abermals zurückzuziehen²⁾. Vollkommen richtig vermuthet denn auch Lucchesini: was Thugut gegen die Pariser Unterhandlung einnehme, seien nicht etwa Rücksichten der Eitelkeit, nicht die Furcht, durch Absendung eines Bevollmächtigten eine Anerkennung der Republik auszusprechen, — über solche Kleinlichkeiten sei der Charakter dieses Ministers erhaben — ihn bestimme vor Allem die Besorgniß, der Unterstützung Rußlands wieder verlustig zu gehen³⁾. Denn es war dem östreichischen Staatsmanne in der That gelungen, die Kaiserin zu einem wirksamen Eingreifen zu bewegen. Beinahe ein Jahr lang hatte sie die Erfüllung ihrer Versprechungen hinausgeschoben, immer neue Bedingungen aufzustellen gewußt, endlich im Herbst 1796 schienen alle Hindernisse beseitigt, und das Eintreffen eines mächtigen russischen Heeres auf dem Kriegsschauplatz in sichere Aussicht gestellt. Am Mittwoch, den 16. November, sollte eine Konferenz bei der Kaiserin zusammentreten, die Minister über den Verlauf der Verhandlungen Bericht erstatten, und die letzten Einzelheiten des

1) Vgl. das Schreiben des preußischen Ministeriums an Lucchesini vom 15. August, und Edens an Lord Auckland vom 9. December 1796, Correspondence of Lord Auckland, III, 368.

2) Vgl. den Brief Edens an Lord Auckland vom 16. November 1796 a. a. O. III, 360.

3) Vgl. Lucchesinis Bericht an das Ministerium vom 16. November.

Vertrages mit England geordnet werden¹⁾. Noch am Abend vorher zeigte sich die Kaiserin wohl und heiter, wie man sie jemals gesehen hatte. Am andern Morgen in der Frühe war sie mit litterarischen Arbeiten beschäftigt, einige Stunden später fand man sie in ihrem Privacabinet regungslos auf dem Boden liegen. Ein Schlagfluß hatte sie getroffen, am Abend des 17. gegen 9 Uhr hörte sie auf zu leben²⁾.

Was folgt, erinnert an die Veränderungen nach dem Tode der Kaiserin Elisabeth. Der neue Czar, Paul I., theilte den Haß seiner Mutter gegen die Revolution, war aber durchaus nicht geneigt, seine Regierung mit einem Kriege zu eröffnen, und ließ daher die schon befohlene Aushebung wieder rückgängig machen. Gleich seinem Vater zeigte er alsbald eine entschiedene Vorliebe für Preußen. Schon am Morgen nach der Thronbesteigung erschien er in preußischer Uniform, mehrere der eifrigsten Anhänger Preußens wurden in das Ministerium berufen, und Graf Tauenzien konnte selbst von denen, die ihn früher gemieden hatten, die Versicherung unbegrenzter Freundschaft und Ergebenheit entgegennehmen. Nichts schien gewisser, als daß der Czar in Allem der preußischen Politik sich anschließen und in vollkommener Neutralität dem furchtbaren Kampfe zusehen werde.

Am 10. December, beinahe gleichzeitig mit Clarke's Anträgen, brachte ein Courier Cobenzls die Nachricht von diesem Todesfalle nach Wien. Thugut soll erkrankt sein, als er die Mittheilung erhielt, die ihn der reifen Frucht jahrelanger Bemühungen gerade im Augenblicke dringender Noth mit einem Schlage wieder beraubte. Er übersah sogleich die Folgen des Ereignisses, in ganz Wien herrschte Bestürzung; auch Lucchesini meint, der österreichischen Politik könne jetzt eine Wendung bevorstehen. Aber Thugut hielt sich noch nicht für überwunden. Es lag in dem Charakter dieses

1) Lucchesini am 28. September. Das preußische Ministerium an Lucchesini am 8. October und 5. December 1796.

2) Lord Whitworth an Grenville am 18. November 1796 bei Hermann, Correspondenzen der Revolutionszeit, 590.

Mannes, äußeren Hindernissen zum Troß nur um so entschiedener seinem Ziele nachzustreben. Noch war Mantua nicht gefallen, es lebte die Erinnerung an die ruhmreichen Erfolge des Erzherzogs, die Hoffnung auf Alvinzys neuverstärkte Heeresmacht. So blieb man den früheren Grundsätzen und dem englischen Bundesgenossen treu. In Wien wollte der Kaiser nicht mit Frankreich unterhandeln; er zog es vor, seinen General-Adjutanten, den Baron St. Vincent, nach Italien zu schicken. Zwischen ihm und Clarke fand am 3. Januar des folgenden Jahres eine Unterredung zu Vicenza statt, aber sie blieb ohne Ergebnis. Weder das linke Rheinufer wollte Oestreich an Frankreich überlassen, noch gesondert von England unterhandeln, noch einmal die Republik förmlich anerkennen; auch daß Clarke nach Wien käme, verbat sich Thugut, er wies ihn statt dessen an den kaiserlichen Gesandten, Marchese Gherardini in Turin; ein neues Schreiben Clarkes vom 3. Januar wurde nicht einmal beantwortet.

Aber hier ist recht deutlich zu erkennen, wie sehr man in Frankreich damals mit dem Kaiser sich zu einigen wünschte. Selbst diese kalte Zurückweisung konnte weder Clarke noch das Directorium abschrecken, sie verdoppelte nur ihre Anstrengungen. blieb Thugut unbeugsam, so versuchte man ohne ihn zum Ziele zu kommen, oder in dem Minister selbst das größte Hinderniß des Friedens zu beseitigen. Nichts schien daher vortheilhafter, als daß die nächsten Angehörigen des Kaisers eine Vermittlung übernahmen. Schon im November 1796 hatte man in dieser Absicht dem Fürsten Belmonte Pignatelli in Paris eine Note für die Königin Karoline von Neapel eingehändigt. Es hieß darin — berichtet Sandoz, der sie selbst vor Augen hatte ¹⁾ — wenn der Kaiser nur auf Belgien und das linke Rheinufer verzichten wolle, so könne er einen sehr ehrenvollen Frieden schließen; die Königin möge doch diese Mittheilung, ohne daß man in England davon erführe, unmittelbar und ausschließlich an ihren Neffen, den Kaiser, gelangen lassen. Jetzt wandte sich Clarke an den Bruder. Verkleidet, unter einem ange-

1) Vgl. Sandoz' Depesche vom 14. November 1796.

nommenen Namen begab er sich nach Florenz, wurde dort von Manfredini und dem Großherzog empfangen und gab ihnen von den oft erwähnten Papieren Kenntniß, die Thugut als unredlich und unzuverlässig darstellen sollten. Eifrig setzte er die Nothwendigkeit und die Vortheile eines baldigen Friedens auseinander, zeigte, wie gefährlich es sei, daß der Kaiser einem Manne wie Thugut sein Vertrauen schenke, und erhielt auch vom Großherzog das Versprechen, er würde Alles, was in seinen Kräften liege, in Wien zur Förderung des Friedens aufbieten ¹⁾.

Daneben unterließ der französische Gesandte aber nicht, sich Thuguts Anweisung gemäß mit Gherardini in Verbindung zu setzen. Das Directorium war ganz mit diesem Schritte einverstanden und fertigte am 17. Januar neue Instructionen aus ²⁾, die man im Vergleich zu früheren außerordentlich gemäßigt nennen muß. Nicht einmal das linke Rheinufer wird unbedingt gefordert, sondern nur was der Republik durch die Constitution, Gesetze und Verträge bereits einverleibt sei, und unter dieser Bezeichnung außer den österreichischen Besitzungen nur das Bisthum Lüttich, die Abteien Stablo und Malmédy, ferner Bruntrut und Montbelliard namentlich aufgeführt. Zugleich soll Clarke noch einmal versuchen, ob er nicht unmittelbar auch mit Thugut in Unterhandlung treten könne. Aber alle diese Schritte hatten so wenig Erfolg, als die früheren. Clarke eilte zwar im März selbst nach Turin, aber Gherardini fand sich gar nicht im Besitz der nöthigen Vollmachten ³⁾, bald wurde er durch eine andauernde Krankheit jeder diplomatischen Thätigkeit entzogen. Auch der Großherzog von Toskana meldet am 29. März, alle Bemühungen in Wien seien vergeblich geblieben. Unterdessen hatte jedoch der uner-

1) Der Bericht Clarke's über diese Unterredung, undatirt, im Ministerium des Auswärtigen.

2) Wenn ich nicht irre diejenigen, welche man, aber ohne Angabe eines Datums, in der Correspondance inédite, II, 412 findet. Ein Nachtrag, noch ungedruckt, im Ministerium des Auswärtigen.

3) Der wenig bedeutende Briefwechsel zwischen Beiden im Ministerium des Auswärtigen.

müdlische Friedensstifter am 13. März sich abermals an Thugut gewendet. Er klagt bitter, daß man seine Anerbietungen nicht einmal einer Erwiederung würdige; die französische Republik sei wohl berechtigt, darüber öffentlich Beschwerde zu führen; „aber,“ fügt er im republikanischen Style jener Zeit hinzu, „eine große Nation darf nur von den Gefühlen allgemeiner Menschenliebe befeelt sein. Ihre politische Berechnung muß wesentlich das allgemeine Wohl zum Zielpunkte nehmen, und je größere Vortheile sie erhalten hat, um so mehr geziemt es ihr, mit dem Schleier des Edelmuthes die Thaten ihrer Feinde zu bedecken.“ Deßhalb erklärt er sich aufs Neue bereit, nach Wien zu kommen, oder auch mit Gherardini sich weiter zu benehmen, wenn man nur endlich eine Vollmacht für Separatverhandlungen wolle abgehen lassen¹⁾.

Am 5. April antwortet Thugut auf diese Mahnung. „Er habe,“ schreibt er, „Clarke's ersten Brief sogleich dem Kaiser vorgelegt; indessen bei einer so wichtigen Sache könne es nicht auffallen, daß die Antwort einigermaßen verzögert sei, um so weniger als man in Folge einer schweren Erkrankung des Marchese Gherardini an die Wahl eines anderen Unterhändlers habe denken müssen. In der Zwischenzeit seien aber nun vom General Bonaparte einige Anerbietungen ähnlicher Art gemacht, und der Kaiser habe eben zwei seiner Generale, die Grafen Bellegarde und Merfeldt beauftragt, sich mit ihm zu besprechen. Clarke würde sich wohl auch dabei einfinden, und es sei daher nicht mehr nöthig, auf den Inhalt seines Briefes näher einzugehen. Es möge die Versicherung genügen, daß der Kaiser ernstlich und aufrichtig die baldige Rückkehr des Friedens wünsche und allen Anträgen die Hand bieten werde, die mit seiner Ehre und den wichtigsten Interessen der Monarchie sich vereinigen ließen. Man dürfe daher auf die Entfernung aller Schwierigkeiten rechnen, wenn nur jede Seite von gleich verföhnlichem Geiste befeelt werde.“

1) Das Original des Briefes im Oestr. Staats-Archiv.

Drittes Kapitel.

Die Präliminarien von Leoben.

Niemand wird in Thuguts ruhig gemessener Antwort, die wir eben mittheilten, ein Anzeichen finden, daß zur Zeit, als sie erlassen wurde, der gefährlichste Feind nur wenige Stunden entfernt die Thore der Hauptstadt bedrohte. Und doch war es dahin gekommen. Nicht diplomatische Verhandlungen, sondern die Gewalt der Waffen hatte noch einmal die Entscheidung herbeigeführt. Bald nach jener erfolglosen Zusammenkunft in Vicenza hatte Alvinzy einen neuen Angriff auf Italien gewagt, aber mit noch weit minderm Glück als den ersten. Die Schlacht bei Rivoli am 14. Januar 1797 kostete ihn mehr als die Hälfte seines Heeres und warf den Rest völlig entmuthigt nach Friaul und in die Tyroler Gebirge zurück. Für den Entsaß von Mantua war damit die letzte Hoffnung geschwunden, am 2. Februar mußte die Stadt sich den Franzosen übergeben. Wenige Tage genügten, um das päpstliche Kriegsvolk auseinander zu treiben und am 19. Februar den Frieden von Tolentino zu erzwingen, der außer beträchtlichen Geldsummen und Kunstschätzen dem Papste die Legationen Bologna, Ferrara, die Romagna und den Besiß von Ancona raubte. Alle Kräfte konnten sich jetzt gegen die österreichischen Erblande wenden, und nachdem eine beträchtliche Verstärkung von der Rheinarmee in Italien eingetroffen war, ließ Bonaparte ungesäumt den Angriff beginnen.

Die Lage Oestreichs konnte damals auch dem Muthigsten als hoffnungslos erscheinen. Nach so langem Krieg und so vielen Niederlagen war das Heer aufs äußerste geschwächt und nicht mehr im Stande, dem überlegenen Feinde die Spitze zu bieten;

Alvinzys schnell zusammengeraffte Truppen ließen schon in den letzten Gefechten die Tüchtigkeit früherer Jahre nur zu sehr vermissen. Wo sollte man Ersatz finden? Mehr als die Hälfte des deutschen Reiches hatte sich vom Kriege losgesagt, auch Kur-sachsen und beinahe der ganze sächsische Kreis am 29. November 1796 der preußischen Neutralität sich angeschlossen¹⁾, von der kläglichen Unfähigkeit des Reichstags war kaum das Geringste, von Rußland gar Nichts zu erwarten. Beinahe schutzlos lagen die südlichen Erblande dem übermächtigen Feinde geöffnet. Nur der glückliche Führer des Rheinheeres mochte in solcher Lage eine bessere Wendung vielleicht noch herbeiführen. So wurde der Erzherzog Karl vom Rheine nach Italien gerufen, der Kern seiner Truppen sollte ihm folgen, um gegen den gefährlichsten der feindlichen Heerführer wenigstens die Hauptstadt zu vertheidigen.

Hätte man dem Erzherzog erlaubt, in Tyrol in einer festen Stellung Verstärkungen zu erwarten, so möchte der Angriff des Feindes sich haben abwenden lassen. Statt dessen wurde er gezwungen, mit unzulänglichen Kräften den Franzosen nach Friaul entgegenzugehen, und diese widersinnige Anordnung, die von allen Kriegskundigen mit Recht den härtesten Tadel erfahren hat, entschied im Voraus über das Schicksal des Feldzugs. Am 16. März wurde der Erzherzog am Tagliamento geschlagen, sechs Tage später fiel Triest in französische Gewalt; am 28. stand Bonaparte bereits in Villach, am 30. in Klagenfurt mitten in Kärnthén. Aber dies rasche Vorgehen, wie es ihn der feindlichen Hauptstadt näherte, brachte zugleich ihm selbst nicht geringe Gefahren. Sein Heer war, auch wenn eine durch Tyrol entsandte Abtheilung sich wieder mit der Hauptmacht vereinigte, nicht stark genug, um einen Kampf gegen die Kräfte der gesammten österreichischen Monarchie dauernd auszuhalten. In Tyrol erhob sich die Bevölkerung

1) Vgl. Article additionnel au traité de neutralité du 5. Août 1796 entre la France et la Prusse, signé à Berlin le 29. Novembre 1796, pour consacrer l'accession des princes de la maison de Saxe à la neutralité du Nord de l'Allemagne, unterzeichnet von Haugwitz und Caillard, bei De Clercq, Traité de la France, I, 311.

mit aller Lebhaftigkeit, die diesen Bergbewohnern eigen ist; auch im Venetianischen mußte man einem Aufstande des Landvolkes entgegensehen. Alles dies wäre vielleicht nicht entscheidend gewesen, hätte Bonaparte auf kräftige Unterstützung von Seiten der Rheinarmeen hoffen dürfen. Immer von Neuem hatte er die dringende Nothwendigkeit eines solchen Zusammenwirkens hervorgehoben¹⁾, aber das Directorium, entweder, wie Bonaparte argwohnte, aus Abneigung, alle drei Armeen der Republik in seiner Hand zu vereinigen, oder, wie man nach Carnots Berichten²⁾ glauben muß, weil die Mittel in der That nicht zu beschaffen waren, konnte den Rheinübergang nicht in nahe Aussicht stellen. Bonaparte mußte erwarten, daß die ganze Macht des Feindes sich gegen ihn wendte, und durfte nicht hoffen, mit seinen durch Kampf und Anstrengung geschwächten Truppen den Krieg mit Vortheil an der Donau fortzusetzen. So entschloß er sich, noch einmal den Weg der Unterhandlung einzuschlagen. Am 31. März schrieb er an den Erzherzog jenen berühmten Brief, welcher der Bürgerkrone für das Leben eines geretteten Menschen einen höheren Preis zuerkennt, als dem traurigen Ruhm, den alle kriegerischen Erfolge geben können. Der Erzherzog, wünscht er, möge durch Herstellung des Friedens Wohlthäter der Menschheit und der wahre Retter Deutschlands werden. Der österreichische Prinz antwortete am 2. April, er wünsche den Frieden nicht weniger, als der französische General, seine Stellung berechtere jedoch nicht zu Unterhandlungen, vorerst müsse er Weisungen aus Wien erwarten. Während dessen dauerten die Gefechte fort, immer zum Nachtheil der Oestreicher. Die Franzosen rückten aus Kärnthten in Steyermark ein und besetzten Neumarkt. Vergebens bat der Erzherzog um Waffenstillstand, damit er Bonapartes Brief in Ueberlegung nehmen könne; er erhielt die Antwort, man könne unterhandeln und den Kampf doch fortsetzen. Seitdem zogen die Oestreicher sich eilig zurück, um vor der Hauptstadt alle Kräfte für eine letzte Entscheidung

1) Vgl. Correspondance de Napoléon, II, 394, 410, 418, 420.

2) Carnot, Réponse à Bailleul, Londres 1799, p. 89.

zu sammeln. Ungehindert drangen die Franzosen vor, über Judenburg und Knittelfeld gelangten sie am 7. April nach Leoben. An diesem Tage erschienen im französischen Hauptquartier zu Judenburg der Chef des österreichischen Generalstabs, Graf Bellegarde, und der Generalmajor von Merfeldt als Gesandte. Nach einer Unterredung mit Bonaparte erklärten sie schriftlich, dem Kaiser liege nichts mehr am Herzen, als dem Kriege ein Ende zu machen, er habe sie deshalb auf Veranlassung des Briefes vom 31. März an Bonaparte abgeschickt. Da man überzeugt sein dürfe, daß beide Theile zum Frieden geneigt seien, so wünsche der Erzherzog einen Waffenstillstand von zehn Tagen zur Beschleunigung der Unterhandlungen ¹⁾. Bonaparte bewilligte diesen, nachdem er sich lange hatte bitten lassen, aber nur auf sechs Tage, vom Abend des 7. bis zum Abend des 13. April, und unter der Bedingung, daß ihm Marburg, Graz, Bruck, Leoben und das Drauthal überlassen würden.

Was war bis zu diesem Zeitpunkte in Wien vorgegangen? Die Nachrichten darüber sind weniger ausgiebig, als man wünschen möchte. Lucchesini war nicht mehr anwesend. Er hatte zu Anfang des Jahres Urlaub erbeten, um in seiner Heimat Lucca häusliche Verhältnisse zu ordnen, die durch den italienischen Krieg vielfach berührt und zerrüttet waren. Am 10. Februar reiste er ab, über Triest nach Bologna, wo er zu Ende des Monats Gelegenheit nahm, sich mit Bonaparte in Verbindung zu setzen. Der General kehrte eben von dem Zuge gegen den Papst zurück, in seiner Umgebung befanden sich Clarke, Manfredini, der über die Besatzung von Livorno, und der Marchese von St. Marsan, der über ein Bündniß Sardinien's unterhandelte. Lucchesini wurde zur Tafel gezogen, er schreibt entzückt von der Feinheit, dem Scharf-

1) Vgl. die Note in den Mémoires de Napoléon IV, 84; offenbar unrichtig wird der Erzherzog Altessse impériale genannt, ein Titel, der den österreichischen Prinzen erst durch die Patente vom 11. August 1804 und 27. December 1806 verliehen ist.

blick, dem weitumfassenden Geiste des großen Mannes¹⁾. Gewiß wird er nicht unterlassen haben, die Interessen Preußens zu fördern, seine eigenen Verdienste hervorzuheben und die Absichten des Generals, der jetzt auch die wichtigsten Fäden der Diplomatie in seinen Händen hielt, zu erforschen. Zu einem irgend bedeutenden Ergebniß ist es aber nicht gekommen, obgleich in den nächsten Wochen noch einige Briefe zwischen Beiden gewechselt wurden. Gleichwohl machte, wie man denken kann, diese Zusammenkunft des preußischen Diplomaten mit dem französischen Feldherrn das größte Aufsehen. Es lag schon im Interesse Bonapartes, den Eindruck zu verstärken, um durch den Schein eines Einverständnisses mit Preußen das Wiener Cabinet in neue Besorgniß zu versetzen. Und wie denn Diplomaten selten einen Schritt thun, dem man nicht weitberechnete politische Beweggründe unterlegte, so sollte auch dies Zusammentreffen den eigentlichen Zweck der Reise gebildet haben, und Lucchesini eben deßhalb vom preußischen Ministerium nach Italien geschickt worden sein²⁾. In den Urkunden findet sich dafür nicht die geringste Bestätigung. Als Lucchesini Urlaub forderte — es war am 14. Januar — konnte man die Bedeutung Bonapartes für den Abschluß des Friedens noch gar nicht vorhersehen. Die wirklichen Verhandlungen zwischen Preußen und Frankreich lagen, wie sich bald zeigen wird, damals in ganz anderen Händen; Lucchesinis Unterredung hat darauf, so weit sich erkennen läßt, gar keinen Einfluß ausgeübt; in Bonapartes Briefen an das Directorium wird sie nicht einmal erwähnt. Aber für Lucchesini hatte dies Zusammentreffen allerdings eine Folge. Er, der Gesandte am kaiserlichen Hofe, war mit dem feindlichen Generale, der gegen Wien zog, in eine so auffällige Verbindung getreten. Thugut, welcher schon mehrmals vergebens

1) Vgl. den Brief Lucchesinis an das Ministerium aus Lucca vom 3. März.

2) Besonders die Mémoires d'un homme d'Etat, IV, 214 haben bei dieser Gelegenheit wieder eine Menge von Vermuthungen als Thatfachen mitgetheilt, die dann in zahlreiche andere Bücher, vgl. z. B. Barantes Histoire du Directoire, II, 99, übergegangen sind.

auf Lucchesinis Abberufung angetragen hatte, wiederholte seinen Wunsch, diesmal in so dringender Form, daß das preußische Ministerium ihn nicht wohl ablehnen konnte. Schon am 17. April war in Berlin der Beschluß gefaßt, und als Lucchesini nach Beendigung seines Urlaubs am 12. Mai nach Wien zurückkehrte, hatte er nur noch die Schreiben seiner Abberufung zu übergeben, um dann am 21. den Schauplatz einer so bedeutenden Wirksamkeit zu verlassen. Er hat später sein Benehmen in einer eigenen Denkschrift zu rechtfertigen versucht, und die Minister bemerkten in einem Bericht an den König, daß in der That kein begründeter Vorwurf sich gegen ihn erheben lasse ¹⁾; aber man konnte doch nicht daran denken, dem Wiener Hofe eine so unliebsame Persönlichkeit wieder aufzunöthigen.

Mit seinem Ausscheiden versiegt eine der ergiebigsten Quellen unserer Kenntnisse. Cäsar, der ihn während seines Urlaubs zu vertreten hatte, war ein äußerst fleißiger, sorgfältiger Berichterstatte, er gibt sich alle erdenkliche Mühe, durch ausführliche Mittheilungen die Zufriedenheit seiner Vorgesetzten zu erwerben. Aber er besaß weder den eindringenden Scharfblick, noch die mannichfaltigen Verbindungen Lucchesinis und vermochte also noch weniger als dieser in das Innere des Wiener Cabinets und die eigentlichen Absichten Thuguts einzudringen. Wer am besten hätte Auskunft geben können, war Thuguts Freund, der englische Gesandte Sir Morton Eden; ein Schreiben, das er am 12. April an seinen Bruder nach England richtet, beweist, daß er von dem, was in Wien vorging, sehr genau unterrichtet war. Aber leider ist dies Schreiben das einzige aus jenen Tagen, was in der Brieffammlung des Lord Auckland Aufnahme gefunden hat.

Alle diese Zeugen stimmen nun darin überein, daß, wie schon in früherer Zeit, so insbesondere seit den letzten Monaten des

1) Vgl. das Schreiben von Haugwitz an die übrigen Minister vom 18., und den Bericht des Ministeriums an den König vom 22. Mai im preußischen Staats-Archiv. Lucchesinis Bertheidigungsschrift, die über sein Verhältniß zu Bonaparte interessanten Aufschluß geben müßte, ist leider nicht mehr aufzufinden.

Jahres 1796 eine mächtige Partei in Wien sich zu Gunsten des Friedens und gegen Thugut¹⁾ aussprach. Sie mußte an Stärke gewinnen, als Albinzj geschlagen, Mantua genommen wurde, und vom Heere immer bedenklichere Nachrichten eintrafen. Der Erzherzog, der zu Anfang Februar, ohne Wien zu berühren, sich vom Rheine nach Italien begeben hatte, fand die Armee der Auflösung nahe, Ordnung und Muth besonders unter den neu ausgehobenen Croaten und Galiziern völlig verschwunden, er mußte zu den äußersten Mitteln seine Zuflucht nehmen. Kurz vor dem Beginn des Feldzuges, am 20. Februar, langte er unerwartet, nur von seinem Adjutanten, dem Grafen Bellegarde, begleitet in Wien an, wie Cäsar zu wissen glaubt, mehr in der Weise eines Siegers, der Rechenschaft fordert, als eines Generals, der Befehle erwartet, mit lebhaften Klagen über die Zustände des Heeres und die Art, wie man den Krieg in Italien geführt habe. Thuguts Gegner erwarteten schon seinen Sturz und einen Wechsel des politischen Systems. Aber sei es, daß man die Absichten des Erzherzogs unrichtig aufgefaßt hat, oder daß sie sich veränderten, es gelang Thugut, sowohl Bellegarde als den Erzherzog zu gewinnen und das Verderbliche einer Trennung von England so wie die Nothwendigkeit ausdauernden Widerstandes ihnen begreiflich zu machen. Als Generalissimus der kaiserlichen Heere, mit den ausgedehntesten Vollmachten versehen, reiste der Erzherzog zu Ende des Monats wieder ab. Bald aber häuften sich die bösen Nachrichten, der Krieg wälzte sich von Italien in die deutschen Provinzen, am 27. März kam der Oberst Zach aus dem Hauptquartier nach Wien, mit dem Geständniß, die vorhandenen Kräfte reichten nicht aus, den Andrang des Feindes zurückzuweisen. Mehrere Ministerialcon-

1) Dagegen haben die Mémoires tirés des papiers d'un homme d'Etat, IV, 151 fg., 203 fg., 211 fg. die widersinnige Behauptung ausgesprochen: Thugut in geheimem Einverständnisse mit Bonaparte habe absichtlich den Verlust Mantuas und die fehlerhafte Aufstellung des österreichischen Heeres herbeigeführt, um den Kaiser zum Frieden zu zwingen; der Feldzug von 1797 sei nur zum Scheine geführt und vorher in Wien und Mailand verabredet worden.

ferenzen wurden abgehalten, der alte Graf Starhemberg, der Marschall Laschy und andere hohe Beamte riethen aufs dringendste, den übermächtigen Gegner durch Nachgiebigkeit zum Stillstand zu bewegen. Nur Thugut hielt seine Meinung aufrecht; er zeigte mit der ihm eigenen klaren Beredsamkeit, daß Bonapartes schnelles Fortschreiten diesen selbst in die größte Gefahr versetze, daß er rechts von Croaten und Ungarn, links von dem tiroler Aufstand bedroht, weit und weiter von seinen Hülfquellen sich entferne, während der Erzherzog immer leichter Verstärkungen vom Rheine her an sich ziehen könne. Der geringste Unfall müsse ihm verderblich sein, und man werde ihm dann mit größerem Erfolge als im Herbst Moreau den Rückzug verlegen können. Zugleich drängte er aber auf die entschiedensten Maßregeln des Widerstandes; man müsse die Rüstungen verdoppeln, überall die Bevölkerung zu den Waffen rufen, insbesondere in Ungarn, wie im Jahre 1741 die Insurrection erklären, um den gesammten Adel für die Rettung der Monarchie in Bewegung zu setzen. Der Kaiser pflichtete dieser Ansicht bei, im Uebrigen begegnete sie heftigem Widerstande. Laschy wollte sich von den Leistungen wenig disciplinirter Massen nicht viel versprechen, die anwesenden ungarischen Magnaten, auch der Primas Cardinal Batthyany und der Kanzler Graf Palffy hielten die Insurrection bei der Stimmung des Landes für äußerst bedenklich, selbst die Bevölkerung Wiens ließ wenig Hülf und ausdauernde Festigkeit erwarten. Die letzten Schläge, das unaufhaltfame, rasche Herankommen des Feindes hatten Alles mit lähmendem Schrecken erfüllt. Eden sowohl als Caesar sind der Meinung, die Stadt würde einem plötzlichen Anfall nicht widerstanden haben. Die vornehme Welt zeigte sich ganz muthlos, und die niederen Klassen machten ihrem Unwillen in heftigen Verwünschungen gegen den Minister Luft. Wenn er Abends aus der Staatskanzlei in seine Wohnung zurückkehrte, wurde sein Wagen mit Schimpfworten und Drohungen verfolgt; sein Freund, der Polizeipräsident Graf Saurau, erklärte ihm, es stehe ein Ausbruch der Volkswuth gegen seine Person zu befürchten, man könne für die Aufrechthaltung der Ordnung nicht mehr eintreten.

„Trotz alledem,“ schreibt Caesar, „man muß es aussprechen: sei es nun die festeste Besonnenheit oder die hartnäckigste Verblendung, der Minister hat bei diesem Sturm seine Ruhe nicht verloren“¹⁾.

Inmitten dieser heftig bewegten Verhältnisse empfing man den Brief, welchen Bonaparte am 31. März an den Erzherzog gerichtet hatte. Noch am Abend des 2. April wurde eine Conferenz in die Hofburg berufen. Ueber die Einzelheiten weiß ich Bestimmtes noch nicht anzugeben; indessen es mußte Jedem einleuchten, und selbst Thugut wird kaum widersprochen haben, daß die französische Eröffnung nicht ganz von der Hand zu weisen sei. Denn gelang es nur, einen Waffenstillstand auszuwirken, so wurde jedenfalls die unmittelbare Gefahr für die Hauptstadt entfernt, und Zeit gewonnen, die Kräfte, über die man noch verfügte, zur Vertheidigung zu rüsten. Am 4. April erging ein Aufruf, in welchem der Kaiser zunächst die Versicherung gab, er würde, wie er stets das Ende des Kriegs herbeigewünscht, so auch jetzt sich eifrig mit den Mitteln beschäftigen, die den Frieden beschleunigen könnten. Wenn aber der Feind gegen alle Erwartung jeden Weg zur Ausöhnung ausschläge oder auf unmäßigen, der österreichischen Nation lästigen Forderungen bestünde, so erwarte dann auch der Kaiser, daß Jeder seiner getreuen Unterthanen die Verfügungen, welche im verzweifeltsten Falle nöthig werden könnten, unterstützen, und daß die Bewohner Wiens nicht weniger Muth und Treue zeigen würden, als ihre glorreichen Voreltern, welche unter Ferdinand und Leopold I. die Wälle der Hauptstadt siegreich vertheidigten²⁾.

Am 5. April schrieb dann Thugut, wie man sich erinnert, an Clarke, der Kaiser habe eben die Grafen Bellegarde und Merveldt mit Unterhandlungen beauftragt, und so geschah es, daß beide Generale am 7. April im Hauptquartiere Bonapartes anlangten.

Unterdessen behielt man aber in Wien gar wohl den Fall im Auge, daß die Sendung erfolglos bliebe. Mit der äußersten

1) Caesar am 2. April 1797.

2) Kölnischer Kurier vom 18. April, XIII, 104.

Anstrengung wurde Alles für eine kräftige Vertheidigung vorbereitet, und selbst dann die Rüstungen nicht unterbrochen, als Merweldt am Morgen des 9. April die Erwiederung Bonapartes und die erwünschte Nachricht von der sechstägigen Waffenruhe überbrachte. Und wie es wohl zu geschehen pflegt, daß in aufgeregten Zeiten die Stimmung einer Bevölkerung von einem Aeußersten sich zum Anderen wendet, so hatte auch in Wien die muthlose Verwirrung der letzten Tage beinahe plötzlich einer festen Zuversicht und einer thatkräftigen Hoffnung Raum gegeben. Am Morgen des 10. wurde der Landsturm für Oestreich aufgeboden, und mit einer in Deutschland beispiellosen Begeisterung drängte sich Alles zu den Fahnen. „Die weichliche und üppige Kaiserstadt,“ schreibt Caesar an demselben Tage, „dieser Mittelpunkt der Vergnügungen hat sich mit einem Male in ein gewaltiges Kriegslager verwandelt, die Theater sind geschlossen, die Straßen hallen wieder von dem Geräusch militärischer Zurüstungen. Zahlreiche Schaaren waffnen sich zu Fuß und zu Pferde. Adel, Studenten, Kaufleute eilen zur Vertheidigung ihres väterlichen Heerdes. Der Prinz Ferdinand von Württemberg ist zum Anführer dieses nationalen Heeres ernannt, man schätzt die Zahl der Eingeschriebenen bereits auf 40,000. Feuerwaffen und Pferde werden freiwillig geliefert, die Wälle sollen mit Artillerie besetzt werden, seit Mittag fährt man schon Kanonen auf. Die öffentliche Stimmung hat die glücklichste Wendung genommen und sich aufs Neue der Regierung angeschlossen, um den Mittelpunkt der Monarchie gegen die drohende Gefahr zu vertheidigen.“ Noch lebhafter wirkte die Begeisterung auf dem Lande; der Borrath der Zeughäuser reichte nicht aus, um alle, die kamen, zu bewaffnen; in einzelnen Gemeinden wollte kein Mann zurückbleiben. Auch aus Böhmen und Mähren erfolgte beträchtlicher Zuzug, und in Ungarn wurde Alles vorbereitet, um sogleich, wenn die Unterhandlung nicht zum Ziele führe, die allgemeine Insurrection aufzurufen. Ob freilich alle diese Anstrengungen einem Feldherrn wie Bonaparte gegenüber von Erfolg gewesen wären, könnte man doch bezweifeln, wenn man liest, daß der Erzherzog Karl an den Rhein zurückkehrte, und der Ober-

befehl der bei Wien versammelten Kräfte in die Hände des General Mack gelegt wurde. Spätere Jahre haben gezeigt, wie enge seine Fähigkeiten sich begränzten, in jener Zeit wurde er noch als ein militärisches Genie bewundert, und seine Leistungen fanden in der That bei Freunden und Gegnern zu einstimmige und zu unbedingte Anerkennung, als daß sie sich ganz in Abrede stellen ließen. Das Verdienst muß man ihm für damals zuerkennen, daß er Muth und Selbstvertrauen anzufeuern und zu befestigen verstand. Er ließ vor Wien ein verschanztes Lager errichten und zog dort die Armee und die Volksbewaffnung zusammen. Tag und Nacht wurde geübt und an den Befestigungen gearbeitet, dann, meinte er, solle man nur ruhig warten; wenn die Franzosen die Unvorsichtigkeit begingen, sich bis vor Wien zu wagen, so würden sie dort unfehlbar von allen Seiten umringt ihren Untergang finden¹⁾.

So gerüstet konnte man mit ruhigerem Blicke der Zukunft entgegensehen. Verhandlungen wollte man nicht ablehnen, denn der Erfolg mochte sein, welcher er wollte, sie konnten die Lage nur verbessern. Aber eben so fest stand der Entschluß, keineswegs auf Bedingungen einzugehen, die mit dem Wohl und der Ehre des Staates unvereinbar wären.

Zum Bevollmächtigten wurde der General Merveldt ernannt, ein geschickter Offizier, aber damals in diplomatischen Geschäften noch wenig geübt, so daß er eines erfahrenen Gehülfen bedurfte. Man erkennt hier wieder, wie vereinsamt Thugut und wie gespannt sein Verhältniß zu dem einheimischen Adel war. Ein fremder Gesandter, ein Italiäner, der Marquis de Gallo wurde ausersehen. Freilich entschieden für ihn noch manche Rücksichten. Er war schon von seinem eigenen Hofe zu Unterhandlungen mit der Republik verwendet, seit langer Zeit ich weiß nicht ob der Vertraute, aber doch der dienstfertige Anhänger Thuguts, daneben der einflußreiche Berather der Königin von Neapel, und nicht minder durch die Gunst des Kaisers und der Kaiserin geehrt²⁾.

1) Caesar am 12. und 15. April 1797.

2) Ganz genau wird sich über seine Stellung und seinen Einfluß

Am 11. April wurden die Vollmachten vom Kaiser unterzeichnet, am Morgen des 13., kurz vor dem Ende der Waffenruhe, gelangte Merveldt in das französische Hauptquartier, welches damals zu Göß, einem Schloße des Bischofs von Leoben, aufgeschlagen war. Nach Einsicht der Vollmacht, die zugleich auf de Gallo lautete, weigerte sich der französische General, ihn als Unterhändler zuzulassen; denn dem Gesandten einer so nahe beteiligten Macht gegenüber könne man nicht mit voller Unbefangenheit sich aussprechen und des Geheimnisses nicht versichert sein. Er zeigte sich so entschieden, daß Merveldt, indem er davon Nachricht gibt, den Wunsch ausspricht, Thugut möge doch einen anderen Bevollmächtigten ernennen; nur mit Mühe habe er Bonaparte dahin gebracht, sich mit de Gallo wenigstens zu besprechen; dieser dürfe aber nicht im Auftrage des Kaisers, sondern nur als Gesandter des Königs beider Sicilien sich vorstellen, etwa unter dem Vorwande, für die Reise einer Erzherzogin nach Neapel das Nöthige zu vereinbaren ¹⁾. Im Verlaufe der Unterredung äußerte Bonaparte, er könne die Feindseligkeiten nicht wohl einstellen, wenn er nicht nach den ersten Eröffnungen auf ein glückliches Ergebniß hoffen dürfe. Es biete sich nun folgende Alternative:

entweder der Kaiser erkenne den Rhein als Gränze der Republik, und gebe Mainz sogleich in die Gewalt der Franzosen. Dafür würde Frankreich die italienischen Besitzungen des Kaisers, Mailand und Mantua räumen und nur die cispadanische Republik mit Modena aufrecht halten, ferner zur Entschädigung für Belgien venetianische Besitzungen bis zum Tagliamento mit Dalmatien und Istrien dem Kaiser überliefern;

oder Frankreich verzichte auf das linke Rheinufer und beschränke sich auf die durch die französischen Gesetze festgestellten Gränzen, welche Belgien umfassen, behalte aber die Lombardei

erst urtheilen lassen, wenn seine eigenen Berichte nach Neapel bekannt geworden sind.

1) Vgl. hiefür und für das nächstfolgende Merveldts Bericht an Thugut vom 13. April im Oestr. Staats-Archiv.

und Mailand, um daraus eine Republik zu bilden. Der Kaiser könne wieder durch venetianische Besitzungen entschädigt werden, die sich in diesem Falle bis an die Etsch oder den Mincio ausdehnen, vielleicht noch Bergamo und Brescia umfassen könnten. Merveldt erwiederte darauf vorerst in allgemeinen Ausdrücken, fügte aber hinzu, die Gesinnungen des Wiener Hofes seien ihm bekannt genug, um versichern zu dürfen, der Kaiser würde keinen Frieden schließen, der nicht die Integrität des deutschen Reiches zur Grundlage habe und die Rückgabe der italienischen Besitzungen sowie für die Abtretung Belgiens einen Ersatz in Italien verspräche. Bonaparte erklärte sich mit Heftigkeit gegen diese ganz unmöglichen Bedingungen, ließ sich aber schließlich herbei, den Waffenstillstand bis zur Mitternacht des 16. April zu verlängern ¹⁾.

Am andern Tage, dem 14., langte de Gallo an. Bonaparte erhob zuerst noch Einwendungen; er hat in St. Helena wohl mit Behagen erzählt, wie es ihm gelungen sei, den neapolitanischen Höfling durch die verstellte Drohung, er werde ihn abweisen, einzuschüchtern, nützliche Nachrichten aus ihm herauszulocken und ihn für immer dem Einfluß seiner geistigen Ueberlegenheit zu unterwerfen ²⁾. Spätere Ereignisse scheinen dies einigermaßen zu bestätigen, in Leoben ist noch keine Spur davon bemerkbar. Bonaparte gab sich zufrieden, und man verabredete, die Verhandlungen am folgenden Morgen förmlich anzufangen. In einem Garten bei Leoben, der zu diesem Zwecke für neutral erklärt war, kam man am 15. April zusammen. Ueber die Verhandlungen des Tages gibt ein Brief Bonapartes Auskunft. Die kaiserlichen Gesandten waren danach bereit, auf Belgien zu verzichten und die Gränzen der Republik gemäß dem Beschluß des Convents anzuerkennen, sie forderten aber Rückgabe Mailands und zur Ent-

1) Vgl. Merveldts angeführten Bericht und das Protokoll vom 13. April in der Correspondance de Napoléon, II, 484.

2) Vgl. Las Cases Mémorial de St. Hélène vom 10. October 1816, VI, 348.

schädigung für Belgien einen Theil des venetianischen Gebietes oder die Legationen; in Deutschland wollte der Kaiser keine Entschädigung. Bonaparte ging darauf nicht ein, er bot als Ersatz für Belgien die Räumung der Lombardei; damit waren aber die Gesandten nicht zufrieden. Endlich einigte man sich, drei Entwürfe nach Wien zu senden und die Antwort Thuguts zu erwarten. In Bezug auf Deutschland stimmten alle überein; der Kaiser verzichtete auf Belgien und erkannte die constitutionellen Gränzen an; über die von den Franzosen am linken Rheinufer besetzten Länder sollte der Reichsfriede entscheiden. Für Italien dagegen finden sich drei verschiedene Vorschläge. Nach dem ersten erhielt der Kaiser das venetianische Gebiet zwischen dem Mincio, dem Po und den österreichischen Ländern. Der Herzog von Modena sollte durch Brescia und die venetianischen Besitzungen zwischen Mincio und Oglio entschädigt werden. Bergamo, Crema und Mailand bildeten eine, Modena, Bologna, Ferrara, die Romagna eine andere Republik, Venedig blieb mit den Inseln unabhängig. Nach dem zweiten Vorschlag wurde statt dieser Veränderung von den Franzosen die Räumung Mailands und der Lombardei angeboten; nach dem dritten verzichtete der Kaiser auf die Lombardei, erhielt jedoch für Mailand und Modena vollen Ersatz, der zum Gegenstand einer Verhandlung werden, aber spätestens binnen drei Monaten in seinen Besitz gelangen sollte. Man sieht, wie beträchtlich diese Artikel von früheren Forderungen des Directoriums abweichen. Erst ein Congreß soll über das Schicksal des linken Rheinufers entscheiden. Mainz und die Rheingränze werden gar nicht mehr erwähnt, weder in den Entwürfen, noch in dem Begleitschreiben, welches Bonaparte am folgenden Tage an das Directorium sendet. Bonaparte selbst empfindet diesen Mangel; um sich zu rechtfertigen, klagt er bitter über die Unthätigkeit der Rheinarmeen. Wenn einer der drei Vorschläge in Wien angenommen würde, schreibt er, so könne man bis zum 20. die Präliminarien unterzeichnen, sonst müsse er, weil Moreau noch immer unbeweglich bleibe, einfach einen allgemeinen Waffenstillstand auf drei Monate beantragen. Würde auch dieser verworfen, so müsse man sich schlagen, und es

komme dann Alles auf die Rheinarmeen an. Ein Fluß sei niemals ein wirkliches Hinderniß; wenn Moreau wolle, so könne er ihn überschreiten; die Rheinarmeen müßten kein Blut in den Adern haben. Wenn man ihn verlasse, so werde er nach Italien zurückkehren, und ganz Europa möge dann über das verschiedene Verfahren beider Heere urtheilen¹⁾.

Noch am Abend des 15. schickte de Gallo die drei Entwürfe nach Wien. In einem begleitenden Schreiben Merveldts wird bemerkt, der General Bonaparte sei bereit, unter diesen Bedingungen das Vorrücken gegen Wien einzustellen. Er habe die Waffenruhe bis zum 20. verlängert, fordere aber durchaus bis dahin eine Antwort, weil es ihm schwer werde, sich mit Lebensmitteln zu versorgen. Von den drei Entwürfen stimme zwar keiner mit den von Thugut angegebenen Grundzügen völlig überein, sie scheinen aber doch der Erwägung werth, da der dritte zu Nichts verpflichte und doch die Möglichkeit gewähre, durch einen dreimonatlichen Waffenstillstand die sehr geschwächten Armeen wieder auf besseren Fuß zu bringen. Bonaparte habe nur nach langem Weigern de Gallo als Unterhändler angenommen; im Grunde besitze der französische General selbst keine genügende Vollmacht, man könne aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen davon absehen, um so mehr, als ja der wichtigste Theil des Vertrages, der Waffenstillstand und die Räumung der österreichischen Provinzen, in seinen Händen liege²⁾.

Nach dem, was wir von den Gesinnungen des Wiener Hofes kennen, bleibt es doch zweifelhaft, ob man auf solcher Grundlage zum Abschluß gelangt wäre. Daß die Zukunft des linken Rheinufers ungewiß und ungesichert von der Entscheidung eines Congresses abhängen sollte, würde in Wien schwerlich genügt haben. Man erkennt dies am Bestimmtesten aus den Instructionen, die Thugut gerade am 15. April für die Gesandten ausfertigte³⁾.

1) Vgl. Bonapartes Brief vom 16. April in der Correspondance de Napoléon, II, 489.

2) Vgl. Merveldts Bericht vom 15. April im Oestr. Staats-Archiv.

3) Sie finden sich im Oestr. Staats-Archiv.

Dies merkwürdige Actenstück ist nicht nur als ein Zeugniß für die Gesinnungen des Kaisers von Wichtigkeit, sondern auch für den Inhalt des Friedens von der wesentlichsten Bedeutung. Ich darf nicht unterlassen, es vollständig mitzutheilen.

Die Gesandten, heißt es, sollen zunächst auf die Nothwendigkeit eines Präliminarfriedens hinweisen, damit man Zeit erhalte, den Definitivfrieden vorzubereiten und bis dahin die Verhandlungen, ohne sie zur Kenntniß des gesetzgebenden Körpers zu bringen, geheim halten könne. Als Grundlage dürfe man die folgenden Artikel nehmen:

„I. Der Kaiser tritt aus Liebe zum Frieden die belgischen Provinzen an Frankreich ab, unter folgenden Bedingungen: 1) Frankreich übernimmt alle auf jenen Provinzen ruhenden hypothekarischen Schulden; 2) allen Einwohnern, die das Land verlassen wollen, bleibt ein Zeitraum von drei Jahren, ihre beweglichen und unbeweglichen Besitzungen zu veräußern; 3) der Kaiser erhält eine verhältnißmäßige, oder, wenn dieser Ausdruck zu großen Schwierigkeiten begegnen sollte, wenigstens eine billige Entschädigung.

II. Die Abtretung der Reichsgebiete auf dem linken Rheinufer kann man nicht zugestehen; diese Weigerung gründet sich auf die vom Kaiser bei der Krönung eingegangenen Verpflichtungen, welchen entgegen zu handeln nicht in seiner Macht ist. Uebrigens würden sich auch die Reichsstände mit Recht dieser Abtretung widersetzen, wie es schon die von Preußen unter dem 19. März angebotene Vermittlung genugsam beweist. Man muß deßhalb nothwendig in den Präliminarien feststellen, daß über den Frieden mit dem Reich auf der Basis seiner Integrität verhandelt wird. Aber man kann den Umständen nach sich der Formel „allgemeine Basis“ bedienen, die nicht ausschließt, daß man über eine oder andere Parzelle des Reichsgebietes den Wünschen Frankreichs gemäß sich verständige.

III. Es ist Sache der französischen Bevollmächtigten, die Entschädigungen für die belgischen Provinzen anzugeben. Bieten sie, wie angedeutet ist, Theile des venetianischen Gebietes, so muß man ihnen vorstellen, daß der Kaiser Entschädigungen dieser Art unmög-

lich annehmen könne, ehe sie Frankreich gehören; man müsse also wissen, welche Mittel Frankreich anzuwenden habe, um die Abtretung zu bewirken. Man kann einige Verwunderung äußern, daß Frankreich nicht lieber die vom Papste abgetretenen Provinzen anbiete, die doch wenigstens durch einen förmlichen Friedensvertrag in seinen Besitz gelangten.

Man mag andeuten, die drei Legationen würden eine geeignete Entschädigung für die Republik Venedig sein.

Man soll vorstellen, daß Modena unmöglich als Republik bestehen könne, und daß der Kaiser es zurückfordern müsse als ein Besitztum, welches einmal seinem Onkel gehören würde; zudem habe der Souverain seinen Frieden mit Frankreich theuer erkauft, und man könne nicht voraussetzen, daß der Kaiser jede Verbindung mit Toskana sich wolle absperrn lassen.

IV. Mit Ausnahme der belgischen sind alle österreichischen Provinzen zurückzufordern; dadurch wird aber eine Vereinbarung über Mailand, falls sich eine passende Entschädigung findet, nicht völlig ausgeschlossen. Man muß daher zu erfahren suchen, wie weit die Pläne und Mittel Frankreichs rücksichtlich der Entschädigungen, über die bis jetzt nur Unbestimmtes zur Kenntniß gekommen ist, sich erstrecken. Erst dann lassen genaue Vollmachten und Instructionen sich ausstellen. Man kann darin einen Grund finden, die Waffenruhe zu verlängern, damit Nichts übereilt zu werden braucht.

V. Nach Unterzeichnung der Präliminarien räumen die Franzosen unverzüglich zum wenigsten Tyrol, Kärnthen, Krain und das österreichische Friaul. Man schließt einen Waffenstillstand von drei Monaten als Vorbereitung für den Definitivfrieden einerseits mit dem Kaiser als Inhaber seiner Hausmacht, andererseits mit dem Reiche. Die Ehre des Kaisers verlangt, daß auch seine Verbündeten dazu eingeladen werden. Man kann den Franzosen zu verstehen geben, der Ausgang der Verhandlungen zwischen diesen Verbündeten und Frankreich würde auf die einmal unterzeichneten Präliminarien und den Definitivfrieden keinen Einfluß üben. Als Siz des Congresses könnte man einen neutralen Ort, wie Bern, vorschlagen oder Augsburg, das dann für neutral erklärt würde.

Was die Anerkennung der französischen Republik betrifft, so unterliegt sie keinem Bedenken, vorausgesetzt, daß Frankreich erklärt, diese Anerkennung würde das Ceremoniell nicht verändern, das bisher zwischen dem Kaiser und der vormaligen monarchischen Regierung in Übung war.

Die Kürze der Zeit erlaubt für jetzt nicht, andere als diese allgemeinen Grundsätze aufzustellen; mehr eingehende Instruktionen werden folgen, sobald die Ansichten der Franzosen genauer bekannt sind.“

Am 15. reiste der Baron von St. Vincent mit diesen Instruktionen von Wien ab und kam am folgenden Tage nach Leoben. Die Wirkung auf den Gang der Verhandlungen ist unverkennbar. Bonaparte gab in mehreren Hauptfragen nach. Er verzichtete auf die Rheingränze und die Abtretung von Mainz, nur der österreichische Besitz in den Niederlanden nebst dem, was gemäß der Constitution mit Frankreich vereinigt war, sollte unter den von Thugut gestellten Bedingungen gegen eine billige Entschädigung der Republik verbleiben. Auch in Betreff des Ceremoniells wurde Thuguts Forderung bewilligt. Eine förmliche Anerkennung der Republik sucht man jedoch in dem Vertrag vergebens, nicht als ob der Minister sie abge schlagen hätte, sondern weil Bonaparte, gleich als de Gallo davon redete, sie mit Stolz zurückwies. Die französische Republik, rief er aus, will nicht anerkannt sein; sie ist für Europa, was die Sonne am Horizonte. Um so schlimmer für den, der sie nicht sehen und von ihr nicht Vortheil ziehen will¹⁾. Was Italien angeht, so blieb man dem ersten der nach Wien gesandten Entwürfe zunächst. Mailand und die Lombardei wurden, wie auch Thugut nicht weigerte, von Oestreich abgetreten; dafür erhielt es aber eine reichliche Entschädigung in dem gesammten venetianischen Gebiet zwischen Oglio, Po und dem adriatischen Meere nebst Istrien und Dalmatien. Venedig sollte unabhängig bleiben und ganz nach Thuguts Vorschlag durch die drei Legationen entschädigt

1) Vgl. den Brief vom 16. April in der Correspondance de Napoléon, II, 489.

werden. In dem Entwurfe war das Gebiet zwischen Mincio und Oglio dem Herzog von Modena bestimmt. Nachdem es für den Kaiser gewonnen war, suchten die Gesandten auch für den Herzog Wiedereinsetzung in seine Staaten zu erlangen. Aber hierzu ließ sich Bonaparte nicht bewegen. Er behauptete, der Herzog von Modena verdiene keine Entschädigung; er habe die kaiserliche Armee mit Lebensmitteln versehen, also selbst den Waffenstillstand gebrochen, und sein Land gehöre nach Kriegsrecht der französischen Republik. Höchstens zeigte er sich geneigt, in Zukunft beim allgemeinen oder beim Reichsfrieden dem Herzog eine Entschädigung zuzuwenden. Er kam immer darauf zurück, daß der Kaiser für Belgien eigentlich gar keinen Ersatz in Italien verlangen könne; denn man dürfe nicht übersehen, daß Frankreich auf das linke Rheinufer und auf die übrigen Reichsgebiete, die es im Besiß habe, nicht zu Gunsten der Reichsstände, sondern bloß in der Rücksicht und mit dem Wunsche Verzicht leiste, daß der Friede mit dem Kaiser zum Abschluß komme. Deßhalb sei die Entschädigung für die Niederlande schon in Deutschland gegeben. Wolle der Kaiser aufhören, vom Reich und seiner Integrität zu sprechen, so würde Frankreich in Italien Alles thun, was er verlange. Nun aber, da der Norden schon für den Norden eintrete, brauche auch der Süden nur den Süden zu entschädigen. Ueber die Maßregeln, welche Venedig zur Abtretung eines so großen Gebietes veranlassen sollten, wurde kein besonderer Artikel in die Präliminarien aufgenommen. Bonaparte versprach jedoch, er würde eine Zwistigkeit der französischen Republik mit Venedig benutzen, um den Krieg zu erklären und das gesammte Territorium im Namen Frankreichs zu besetzen. Auf Oestreichs Dazwischenkunft würde man dann Venedig die Legationen, und dem Kaiser als Eigenthum Frankreichs die venetianischen Besitzungen übergeben¹⁾. Auch in den minder wichtigen Fragen zeigte sich Bonaparte durchaus entgegenkommend. Sobald der Kaiser die Präliminarien genehmigt habe, sollten die französischen Truppen Steier-

1) Vgl. den merkwürdigen Bericht Merveldts vom 19. April 1797 im Oestr. Staats-Archiv.

mark, Kärnthén, Tyrol, Krain und das östreichische Friaul räumen, auch die Kriegsgefangenen zurückkehren; die von den Franzosen besetzten Festungen Palmanova, Mantua, Peschiera, Porto-Legnago, die Schlösser von Verona, Osopo und Brescia sogleich nach der Ratification des Definitivfriedens, oder, wenn man sich einigen könne, noch früher übergeben werden, und zwar mit unzerstörten Festungswerken, die venetianischen Plätze mit der Artillerie, die man darin vorgefunden, Mantua mit hundert zwanzig Geschützen. In allen diesen Bestimmungen erkennt man Bonapartes Wunsch, unverweilt zu einem Abschluß zu gelangen. Man wird nicht irre gehen, wenn man annimmt, daß außer den bedeutenden politischen Vortheilen auch persönliche Beweggründe einen wesentlichen Einfluß auf ihn geltend machten. Kam eine Einigung zu Stande, so sah er sich mit dem doppelten Ruhme des Kriegers und des Friedensstifters geschmückt, ihm allein hatte Frankreich alle glücklichen Erfolge zu danken, alle Parteien mußten sich ihm verpflichtet fühlen, und die Entwicklung der Ereignisse beinahe unvermeidlich seine Stellung noch verstärken. Brach dagegen der Krieg von Neuem aus, so konnte er selbst im günstigsten Falle kaum so viel wieder gewinnen, als er aus den Händen gab. Die Armeen am Rheine ließen nach den letzten Depeschen des Directoriums sobald kein Zusammenwirken hoffen. Er sah sich allein in einem fremden Lande, inmitten einer aufgeregten Bevölkerung, den vereinten Angriffen der östreichischen Heere ausgesetzt. Der geringste Unglücksfall drohte ihm den Untergang, aber selbst wenn ein neuer Sieg ihn an die Thore und sogar in die kaiserliche Burg nach Wien führte, konnte er doch allein nichts Entscheidendes unternehmen; wahrscheinlich mußte er den Rückzug nach Italien antreten, jedenfalls die Mitwirkung der Rheinarmeen erwarten. Der Glanz seiner Stellung ging damit zum großen Theile verloren; er mußte aufgeben oder theilen, was er jetzt uneingeschränkt in seinem Alleinbesitze sah. Soll man sich wundern, wenn er auf den Abschluß des Friedens den höchsten Werth legte und den Forderungen Thuguts so weit als irgend möglich entgegen kam? Die kaiserlichen Gesandten durften an dem gün-

ftigen Erfolge der Verhandlung nicht mehr zweifeln. Man bildete aus den Bedingungen, wie sie hier angegeben wurden, einen doppelten Vertrag. Der eine, für die Oeffentlichkeit berechnet, enthielt die Bestimmungen über das Ceremoniell (Art. 2), über den Congreß in Bern (Art. 4), über den Reichsfrieden auf Grundlage der Reichsintegrität (Art. 5), die Abtretung Belgiens und die Anerkennung der gesetzlichen Grenzen Frankreichs (Art. 6), endlich über die Räumung der östreichischen Provinzen und die Auswechslung der Kriegsgefangenen (Art. 7—9); der zweite, geheime Theil in elf Artikeln das, was sich auf Italien bezieht. Um zu unterzeichnen blieb nur die Rückkehr des Couriers zu erwarten, der am 15. die drei Entwürfe nach Wien gebracht hatte. Es trat aber ein Umstand ein, der dem französischen General jeden Tag und jede Stunde kostbar machte. Er selbst war zur Abschließung eines solchen Vertrages eigentlich nicht berechtigt, es war Clarke, der die nöthigen Vollmachten besaß. Bonaparte hatte, als die Friedensverhandlungen in Aussicht standen, einen Eilboten nach Turin abgehen lassen, und Clarke säumte nicht, dem Rufe aufs Schleunigste zu folgen. Kam er noch vor dem Abschluß nach Leoben, so konnte er vielleicht gegen die Bedingungen einen Widerspruch und jedenfalls den Anspruch erheben, in eigenem Namen den Vertrag abzuschließen oder wenigstens mit zu unterzeichnen. Ein wesentlicher Theil des Erfolges ging damit für Bonaparte verloren, vielleicht gerade derjenige, den er selbst am höchsten schätzte. Hat er doch vom ersten Augenblicke seines Auftretens eben so sehr als Staatsmann wie als Feldherr seinen Ruhm gesucht, und jeder weiß, daß hervorragende Menschen eine Eigenschaft, die allenfalls ihnen noch bestritten werden könnte, gerade am eifrigsten in das helle Licht zu setzen geneigt sind. So drängte er unablässig, daß man nicht länger zögere, und die Gesandten, die alle Forderungen Thuguts bis auf eine einzige, und auch diese wenigstens zum Theil erfüllt sahen, thaten ihm den Willen. Am 18. April Nachmittags drei Uhr wurde unterzeichnet¹⁾. Um

1) Ueber Ort und Zeit des Abschlusses sei hier, so vielen sich widersprechenden Angaben gegenüber, eine Bemerkung verstattet. Als Bonapartes Haupt-

die Stunde der Mahlzeit hatte sich eine große Anzahl französischer Generale und Stabsoffiziere im Schloß des Bischofs von Leoben versammelt. Man wußte, es seien Unterhandlungen im Werke, aber Wenige dachten, daß sie schon an diesem Tage beendigt werden könnten. Nach langem Warten öffnete sich die Flügelthür eines Nebenzimmers, Bonaparte trat mit de Gallo und Merveldt herein. „Die Grundlage des Friedens ist unterzeichnet,“ rief er mit lauter Stimme. „Es lebe die Republik! Es lebe der Kaiser!“ Mit Jubel und Händeklatschen von den Anwesenden aufgenommen

quartier diente das Schloß zu Göß, vordem ein Stift von Benedictinerinnen, darauf Residenz der Bischöfe von Leoben, eine halbe Stunde oberhalb der Stadt an der Mur gelegen. Er bezog die Gastzimmer des Bischofs Alexander, Grafen von Engel, mit dem er in freundlichen Verkehr getreten war. Auch Merveldt und de Gallo wohnten in einem Gasthose des anstoßenden Burgfriedens. Zum Zweck der Unterhandlung wählte man eine Besetzung an der Ostseite von Leoben, einem Herrn Joseph Eggenwald gehörig. Es befand sich dabei ein Garten mit einem Pavillon, der für neutral erklärt wurde. Bonapartes Brief vom 16. April spottet mit Recht über diese Neutralität inmitten des französischen Heeres. In dem Pavillon hat man auch am 15. — wie Bonaparte am folgenden Tage schreibt — die Verhandlungen geführt; am 16. und 17. aber nach dem Bericht eines Augenzeugen im Politischen Journal, Jahrgang 1797, S. 747, Göß nicht verlassen, sondern dort im Schlosse die Verhandlungen eigentlich zum Abschluß gebracht. Ein Brief Berthiers an Hoche vom 18. April, der übrigens noch eine Unrichtigkeit enthält — abgedruckt im Moniteur vom 29. April — gibt an, man habe schon um zwei Uhr Morgens unterzeichnet. Dies wird aber nur so zu verstehen sein, daß man bis um jene Zeit sich vollständig geeinigt hatte. Nachmittags begab man sich laut dem Bericht des erwähnten Augenzeugen noch einmal in den Eggenwaldschen Garten, und hat dort, wie der Armeebefehl vom 19. April (*Correspondance de Napoléon*, II, 503) ausdrücklich bemerkt, um drei Uhr die förmliche Unterzeichnung der bis dahin angefertigten Exemplare des Vertrages vorgenommen. Sie führen das Datum: Chateau d'Eckenwald près de Leoben, eine verschönernde Bezeichnung, denn ein Schloß dieses Namens gab es gar nicht (*Polit. Journal*, 1797, S. 629 u. 749). Der Besitzer des Gartens hat die Erinnerung an dies bedeutende Ereigniß durch ein marmornes Denkmal verewigt (*Kölnischer Kurier* vom 12. Mai 1797, XIII, 255).

wurde die Botschaft sogleich im Schlosse verbreitet. Bonaparte blieb auch bei Tische in der heitersten Laune. Der Marschall Marmont, damals sein Adjutant und selbst zugegen, erzählt, daß er sich zu jener Zeit noch in republikanischen Reden gefiel. Scherzend sagte er den kaiserlichen Gesandten: „Sie haben eine schöne Belohnung zu erwarten, meine Herren; Sie werden Kreuze und Ketten bekommen.“ „Und Sie, General,“ erwiderte St. Vincent, „Sie erhalten ein Decret mit der feierlichen Erklärung, Sie hätten sich um das Vaterland verdient gemacht. Jedes Land hat seine Sitte, und jedes Volk seine Steckenpferde.“ Marmont fügt hinzu, der österreichische Offizier habe die Lacher auf seiner Seite gehabt¹⁾.

Noch am Abend beeilte sich St. Vincent, den Wortlaut der Präliminarien nach Wien zu überbringen. Am nächsten Tage setzte Merfeldt in einem besonderen Schreiben die Gründe auseinander, welche die Unterzeichnung des Vertrags noch vor der Rückkehr des Wiener Couriers herbeiführten. Er weist darauf hin, daß die Forderungen der von St. Vincent überbrachten Instruction beinahe sämmtlich erfüllt seien, dann erwähnt er besonders die Ungewißheit der Ereignisse am Rhein, von denen nichts Gutes zu erwarten stehe. Auch aus der Ankunft des General Clarke hätten Hindernisse erwachsen können; denn, setzt Merfeldt hinzu, es wären dann alle die Vortheile verloren gegangen, die sich aus der Eigenliebe des General Bonaparte ziehen ließen, welcher seinen Stolz darin setze, Europa den Frieden zu geben. Endlich habe man noch besorgen müssen, der nächste Courier aus Paris könne weit unbilligere Forderungen überbringen, und aus allen diesen Gründen lieber sogleich unterzeichnet. In Wien fand denn auch die Ratification des Vertrags keinen Anstand. Schon am 20. schreibt Thugut an Merfeldt: über den Inhalt der Präliminarien sei zwar Manches zu bemerken, aber der Kaiser habe sich gleichwohl entschlossen, sie zu genehmigen; der General Bonaparte möge nur Anstalten treffen, sogleich das kaiserliche Gebiet zu räumen²⁾.

1) Kölnischer Kurier vom 13. Mai 1797, XIII, 261, und Mémoires du Maréchal Marmont, Paris 1857, I, 275.

2) Das Schreiben findet sich im Oestr. Staats-Archiv.

Schwieriger waren die Verhältnisse in Frankreich. Am 19. April schickte Bonaparte durch den Generaladjutanten Dessoles den eben abgeschlossenen Vertrag nach Paris und suchte zugleich in einem ausführlichen, höchst merkwürdigen Schreiben das, was er gethan, zu rechtfertigen. Ueber die deutschen Angelegenheiten geht er kurz hinweg, er bemerkt nur, Alles, was durch das Gesetz des Convents zum Departement gemacht sei, verbleibe der Republik. Um so länger verweilt er bei den Bestimmungen über Italien. „Die lombardische Republik,“ schreibt er, „ist nicht nur erhalten, sondern auch bedeutend verstärkt durch Bergamo, Crema, Modena, Reggio, Massa und Carrara. Wir haben also im Herzen von Italien einen Freistaat, mit dem wir durch das Gebiet von Genua und das Meer in Verbindung stehen; für alle künftigen Kriege in Italien sind unsere Verbindungen gesichert, der König von Sardinien völlig von uns abhängig. Was den Verzicht auf Bologna, Ferrara und die Romagna angeht, so bleiben diese Provinzen doch immer in unserer Gewalt; gelingt es uns, in Vereinigung mit dem Kaiser den Senat von Venedig zum Austausch zu bewegen, so wird die venetianische Republik von der lombardischen und dadurch von unserem Willen abhängig. Kommt der Austausch nicht zu Stande, besetzt der Kaiser einen Theil des venetianischen Gebietes, ohne daß der Senat eine Entschädigung annehmen will, die in der That unpassend und ungenügend ist, so bleiben die Legationen in unserer Gewalt, und wir vereinigen Bologna und Ferrara mit der lombardischen Republik. Die Regierung von Venedig ist die unsinnigste und am meisten tyrannische auf der Welt; sie hat offenbar den Augenblick, da wir mitten in Deutschland standen, benutzen wollen, uns zu verderben. Wir haben keinen Feind, der heftiger erbittert, Ludwig der XVIII. und die Emigrirten keinen Freund, der ihnen herzlicher ergeben wäre. Ihr Einfluß wird nun beträchtlich geschwächt, durchaus zu unserem Vortheil. Außerdem wird der Kaiser dadurch an Frankreich gebunden und gezwungen, während der ersten Zeit nach dem Waffenstillstand uns in Allem gefällig zu sein. Dies gemeinschaftliche Interesse zwischen uns und dem Kaiser gibt uns die Wage in die Hand.

Wir stehen zwischen Preußen und Oestreich, mit Beiden durch die wichtigsten Interessen in Verbindung. — Uebrigens dürfen wir uns nicht verhehlen, daß, so glänzend unsere militärische Stellung auch erscheint, wir den Frieden doch nicht dictirt haben. Der Hof hatte Wien geräumt, der Prinz Karl zog sich auf die Rheinarmee zurück, Ungarn und die Erbstaaten erhoben sich in Masse. Schon in diesem Augenblicke bedrohen sie uns von der Seite. Der Rhein war nicht überschritten, der Kaiser stand auf dem Punkte, Wien zu verlassen und sich an die Spitze seines Heeres zu stellen. Hätten sie die Unklugheit begangen, mich zu erwarten, so hätte ich sie geschlagen, aber sie hätten sich immer vor uns zurückgezogen, mit den Truppen vom Rhein sich vereinigt und mich erdrückt. Dann wurde der Rückzug schwierig, und der Untergang der italiänischen Armee hätte den der Republik nach sich ziehen können. Auch war ich fest entschlossen, in den Vorstädten von Wien eine Contribution zu erheben und weiter keinen Schritt zu thun. Ich habe in Allem nicht mehr als 4000 Mann Cavallerie, und statt der 40,000 Mann, die ich gefordert hatte, sind mir nicht 20,000 zugekommen.“

„Hätte ich zu Anfang des Feldzuges nach Turin gehen wollen, so hätte ich den Po niemals überschritten; hätte ich nach Rom gehen wollen, so hätte ich Mailand verloren; hätte ich nach Wien gehen wollen, vielleicht hätte ich die Republik zu Grunde gerichtet. Der richtige Feldzugsplan gegen den Kaiser war der, den ich befolgt habe, aber ich hätte 6000 Mann Reiterei und 20,000 Mann zu Fuß mehr haben, oder man hätte, als ich den Tagliamento überschritt, den Rhein überschreiten müssen. So, dachte ich, würde es geschehen, da zwei Couriere mir die Eröffnung des Feldzuges anbefahlen.“

„Sobald sich voraussehen ließ, daß ernste Unterhandlungen bevorständen, habe ich einen Courier an den General Clarke geschickt. Mit Ihren besonderen Anweisungen betraut, würde er sie besser als ich zur Ausführung gebracht haben. Da er aber nach zehn Tagen noch nicht angekommen war, da der günstige Moment vorbeizugehen drohte, habe ich jede Bedenklichkeit bei Seite setzen

müssen und unterzeichnet. Sie haben mir Vollmacht sogar für alle diplomatischen Geschäfte gegeben, und in dieser Lage der Dinge sind Friedenspräliminarien selbst mit dem Kaiser nicht mehr als eine militärische Angelegenheit.“

„Für die französische Republik wird dieser Vertrag ein Ruhmesdenkmal sein und ein untrügliches Vorzeichen, daß sie in zwei Feldzügen das Festland unterwerfen kann. Ich habe in Deutschland keine einzige Contribution erhoben, es gibt keine einzige Klage gegen uns. Ich werde bei der Räumung ebenso zu Werke gehen, und, ohne Prophet zu sein, fühle ich doch, dies kluge Verfahren wird uns einmal zu Statten kommen. In ganz Ungarn wird es Wurzel schlagen und dem Wiener Hof verderblicher werden, als alle Siege, die den Kampf der Freiheit verherrlichen.“

„Was mich betrifft, so bitte ich um Ruhe. Ich habe das Vertrauen gerechtfertigt, mit dem man mich bekleidet hatte; auf mich selbst habe ich bei allen meinen Unternehmungen niemals Rücksicht genommen. Mit mehr Ruhm als man zum Glücke braucht, und hinter mir die herrlichen Ebenen von Italien, bin ich jetzt gegen Wien gezogen, wie ich zu Anfang des vorigen Feldzuges ausgezogen bin, als ich Brod suchte für die Armee, welche die Republik nicht mehr ernähren konnte.“

„Vergebens wird die Verleumdung mir treulose Absichten unterschieben; meine bürgerliche Laufbahn wird wie die kriegerische sein; nur eine und einfach. Aber Sie werden fühlen, daß ich Italien verlassen muß; ich bitte dringend, mit der Ratification der Präliminarien zugleich Anweisung zu geben, wie man die italiänischen Angelegenheiten vorerst ins Geleise bringt, und mir einen Urlaub zu ertheilen, damit ich nach Frankreich zurückkehren kann“¹⁾.

Um den Eindruck des Briefes zu verstärken, schreibt kurz darauf auch Clarke in demselben Sinne. Durch Bonapartes Eilboten in Turin benachrichtigt, war er nicht säumig gewesen, aber doch erst in der Nacht vom 19. auf den 20. April in Leoben eingetroffen. Er mag nicht eben angenehm überrascht worden sein,

1) Correspondance de Napoléon, II, 500.

als er die lang ersehnte Frucht so eifriger Bemühungen von dem jungen General vorweggenommen sah. Indessen wie er überall als ein verständiger und bescheidener Mann erscheint, so faßte er sich bald, erkannte, daß hier persönliche Rücksichten nicht den Ausschlag geben und was geschehen war nicht mehr ändern könnten. Auch stand er seit seiner Ankunft in Italien zu sehr unter dem Einfluß des gewaltigen Feldherrn, als daß er einen Widerstand hätte wagen mögen. Jemand, der von persönlichen Interessen sich leiten ließe, schreibt er am 22. April an das Directorium, könnte es übel empfinden, daß ein so bedeutender Act wie die Präliminarien ohne ihn vollzogen worden. Aber diese Art zu denken sei ihm fremd, er müsse sich zu Gunsten des Geschehenen erklären. Zunächst finde er in seinen Vollmachten keinen genügenden Grund, um Einspruch zu erheben, dann sei auch der Friede an sich vortheilhaft und ehrenvoll. Wenn man nicht Alles erlangt habe, was man wünschen könne, so sei die bedenkliche Lage des französischen Heeres in Rechnung zu bringen, das vom Rheine her keine Unterstützung habe erwarten dürfen. Er bittet deßhalb dringend, das Directorium möge die Genehmigung nicht versagen¹⁾.

Ob sie erfolgen würde, konnte gleichwohl zweifelhaft erscheinen. Wenn die Präliminarien auch nicht ungünstiger lauteten, als die im Winter an Clarke ertheilten Instructionen, so hatte sich doch seitdem die Lage wesentlich zum Vortheil Frankreichs verändert. Damals waren die kaiserlichen Waffen in Deutschland siegreich und Mantua noch nicht erobert; jetzt stand ein französisches Heer nahe an den Thoren Wiens, und beinahe gleichzeitig mit der Botschaft von Leoben trafen auch vom Rheine Nachrichten ein, die selbst den General Bonaparte, wären sie ihm bekannt gewesen, vom Abschluß des Vertrages wahrscheinlich zurückgehalten, jedenfalls den Inhalt zum Nachtheile des Kaisers verändert hätten. Am 18. April, an demselben Tage, an welchem man in Leoben unterzeichnete, überschritt der General Hoche bei Neuwied den Rhein, schlug die weit schwächere österreichische Armee bei Heddersdorf und trieb sie

1) Der Brief Clarkes findet sich im Ministerium des Auswärtigen.

bis hinter die Nidda zurück. Eine andere Abtheilung zog von Mainz her gegen Frankfurt und bedrängte schon die Thore der Stadt, als gerade rechtzeitig der Courier mit der Botschaft von den Präliminarien am 22. April dem Kampfe ein Ziel setzte. Die französische Armee am Oberrhein hatte in der Nacht vom 19. auf den 20. wenig unterhalb Straßburg den Uebergang gewagt. Auch hier konnten die Oestreicher sich nicht behaupten; Kehl, das im letzten Feldzuge dem Erzherzog so große Mühe verursacht hatte, wurde rasch zur Uebergabe genöthigt. Die Franzosen drangen bis an die Mench und Kinzig vor; eben bereitete man sich zu einer neuen Schlacht, als auch hier die Friedensboten eintrafen. Leider hatte der kurze Feldzug schon mehrere Tausend Mann an Todten und Gefangenen gekostet und den französischen Heeren abermals deutschen Boden für neue unaufhörliche Expropiationen preisgegeben.

Nach so bedeutenden Erfolgen mochte der Inhalt der Präliminarien den Directoren nicht mehr genügen. Schon am 11. Februar, sobald die Nachricht von Mantuas Falle eingetroffen war, hatte man Clarke die Weisung ertheilt, bei den veränderten Verhältnissen auch größere Forderungen zu erheben. Mantua dachte man dem Kaiser auf immer zu entziehen und als Entschädigung für den König von Sardinien zu verwenden, welcher dafür die Insel gleichen Namens an Frankreich überlassen, den Titel eines Königs von Piemont annehmen und das französische Heer durch zwanzig tausend Mann verstärken sollte. Clarke wird angewiesen, auf diese Bedingungen hin einen Vertrag mit Sardinien zum Abschluß zu bringen¹⁾. Jetzt, nach so viel Siegen, hörte man aus Leoben, daß die Festung an den Kaiser, das linke Rheinufer an Deutschland zurückfallen würde. Auch der allgemeine Congreß in Bern war gar nicht was man wünschte. Daneben empfand man aufs bitterste, daß der junge General ohne Vollmacht über die höchsten Angelegenheiten eigenwillig zu ent-

1) Vgl. die Instruction für Clarke vom 11. Februar 1797 im Ministerium des Auswärtigen.

scheiden wagte. Befriedigt waren nur Carnot und der von ihm abhängige Letourneur, die mehr und mehr der Partei der Gemäßigten sich zuwandten. Sie stellten vor, es sei ein Vortheil, daß man den Kaiser nicht zum Aeußersten gebracht habe; man könne unmöglich dem siegreichen Feldherrn mit Undank lohnen und dem allgemeinen Wunsch nach Frieden durch einen neuen Krieg entgegentreten. Aber nur schwer gelangte diese Ansicht zur Geltung. Rewbell war, wie Carnot später erzählt¹⁾, in Verzweiflung, Dorebelliere vor Entrüstung außer sich, Barras tadelte bitter den Vertrag, begriff aber wenigstens, daß er nicht zu ändern sei. So entschied die Mehrheit für Carnot. Am 4. Mai schreibt das Directorium an Bonaparte, es habe den Präliminarien zugestimmt, und lobt die Umsicht, mit welcher die Verhandlungen geführt seien. Es fügt aber die sehr verständliche Bemerkung hinzu: „Europa wird anerkennen, wie mäßig wir verfahren inmitten des Erfolges der drei französischen Armeen, welche Deutschland besetzt halten.“ Das Entlassungsgejuch konnte man nicht als ernstlich gemeint betrachten. Das Directorium antwortet, man sehne sich zwar, den General in Frankreich zu sehen, und bedaure, seinen Wünschen sich widersehen zu müssen, aber seine Anwesenheit in Italien sei unentbehrlich, um die neue Ordnung der Dinge zu begründen, die lombardische Republik zu befestigen und gegen Venedig kriegerische Maßregeln zu ergreifen²⁾.

1) Vgl. Carnot, Réponse au rapport de Bailleul, Londres 1799, S. 93.

2) Correspondance inédite, II, 567.

Viertes Kapitel.

Inhalt und Bedeutung der Präliminarien.

Das Directorium, wenn auch mit dem Inhalt der Präliminarien wenig einverstanden, zögerte doch nicht, ihn in der förderlichsten Weise bekannt zu machen. Am 29. April war Dessoles in Paris angekommen, gleich am folgenden Tage wurde der Abschluß des Vertrags durch eine feierliche Botschaft beiden Räten angezeigt. Als Hauptbedingungen nennt man:

Verzicht des Kaisers auf Belgien,

Anerkennung der Gränzen Frankreichs, so wie sie durch die Gesetze der Republik festgesetzt worden,

Gründung einer unabhängigen Republik in der Lombardei.

Bonapartes wird in dieser Botschaft kaum gedacht, sondern nur im Allgemeinen angegeben, man verdanke jene so mäßigen als rühmlichen Bedingungen der Liebe zur Freiheit, der Tapferkeit der Heere und den Talenten der Generale, die sie seit sechs Jahren zum Siege geführt hätten¹⁾.

Lange Zeit blieb diese Mittheilung beinahe das Einzige, was man auch in Deutschland über den Frieden erfahren konnte. Ein Aufruf des Grafen Saurau machte zwar am 28. April im Auftrage des Kaisers den Abschluß der Präliminarien bekannt, hieß den Landsturm aus einander gehen, und versprach den freiwilligen Landesvertheidigern eine Denkmünze²⁾; von den Bedingungen gibt er aber nicht die leiseste Andeutung. Thugut hielt den Vertrag in Wien vollkommen geheim; man sagte, selbst das Exemplar,

1) Moniteur vom 1. Mai 1797.

2) Kölnischer Courier vom 9. Mai 1797, XIII, 237.

welches dem Kaiser zur Ratification vorlag, habe er durch drei verschiedene Schreiber anfertigen lassen¹⁾. Nicht einmal der Fürst Colloredo hat, wie es scheint, von den geheimen Artikeln Kenntniß erhalten. Nur erging an die kaiserlichen Gesandten im Reich am 23. April die Mittheilung: man dürfe zwar die Friedenspräliminarartikel nicht eher öffentlich machen, als nach erfolgter beiderseitiger Ratification; zur Beruhigung der Reichsstände und zu ihrer Bestärkung in dem auf den kaiserlichen Hof gesetzten Vertrauen könne aber vorläufig mündlich so viel geäußert werden, daß auch bei diesen Unterhandlungen der Kaiser sich von dem Grundsatz, den Reichsfrieden auf dem Fuß der Integrität des Reiches zu gründen, niemals entfernt habe. Auch ferner werde er hierauf zu bestehen durch keine Nebenrücksichten auf bloß eigenen Vortheil abzubringen sein. Zur weiteren Nachricht findet sich noch bemerkt: einstweilen seien alle Feindseligkeiten zwischen dem Reich und Frankreich eingestellt, von den Reichsständen werde aber erwartet, daß sie bis zum Abschluß des Friedens für den Unterhalt der kaiserlich königlichen Armee mit Willfährigkeit alles Thunliche beizutragen fortfahren würden²⁾.

Am 27. April wurde diese Erklärung von dem kurböhmischen und dem erzherzoglich österreichischen Gesandten, Herrn v. Zinker und Herrn v. Fahnenberg, dem Kurfürsten- und Fürsten-Collegium verkündet, und der Reichstag beeilte sich, in überschwänglichen Worten den Empfindungen der Freude und des Dankes für die Erhaltung der Reichsintegrität einen Ausdruck zu geben. Aber nicht nur in Regensburg, im ganzen Reiche, besonders in Süddeutschland, wurde die Nachricht aus Leoben mit der lebhaftesten Freude begrüßt. Bedenkt man, wie viel Elend diese Länder in beinahe sechsjährigem Kriege zu befahren hatten, welches Schicksal gerade im Frühling 1797 in Aussicht stand, so kann man sich

1) Caesars Bericht vom 24. April 1797.

2) Schreiben des Fürsten Colloredo an den kaiserlichen Concommisnar, Freiherrn v. Hügel, in Regensburg vom 24. April mit den Beilagen im Oestr. Staats-Archiv.

vorstellen, mit welchen Gefühlen die Bewohner nun endlich wieder einer besseren Zukunft entgegen sahen. Besondere Genugthuung fand die kaiserliche Partei darin, daß der Friede und die Integrität des Reiches allein durch den Kaiser wieder gewonnen seien. „Es ist der schönste Triumph des durchlauchtigsten Erzhauses Oestreich,“ schreibt Hügel am 6. Mai an den Erzherzog Karl, „ohne preußische Vermittlung zu Friedensverhältnissen mit Frankreich gekommen zu sein und seine gerade Handlungsweise, seine politische Treue und die Tapferkeit seiner Krieger selbst vom Feinde anerkannt und mit Hochachtung und Vertrauen erwiedert zu sehen“¹⁾.

Aber Wochen und Monate vergingen, ohne daß aus Wien über den Inhalt des Vertrages weitere Nachricht eintraf. Dagegen erregte jene Mittheilung des Directoriums nebst Anderem, was in französischen Zeitungen zu lesen war, selbst für die versprochene Reichsintegrität lebhaft Besorgnisse, und die Franzosen hörten nicht auf, sogar das rechte Rheinufer mit allen Uebeln einer feindlichen Besetzung heimzusuchen. So bemächtigte sich mehr und mehr ein dumpfes Mißvergnügen der Gemüther. Hügel, welchen die Mittheilung der Staatskanzlei so Großes hoffen ließ, mußte schon bald nachher dem Fürsten Colloredo von der veränderten Stimmung Nachricht geben. Besonders lebhaft hatte der turmainzische Gesandte v. Steigentesch seine Empfindlichkeit ausgesprochen, daß sogar dem Reichserzkanzler der Inhalt der Präliminarien noch immer nicht bekannt geworden sei²⁾.

Diese andauernde Verheimlichung hat das Urtheil über Inhalt und Bedeutung der Präliminarien lange Zeit verwirrt und bis heute nicht zu vollkommener Klarheit gelangen lassen. Besonders ungünstig wirkte in diesem Sinne der Friede von Campo Formio. Die Präliminarien mußten als Vorbereitung jener späteren Verhandlungen aufgefaßt werden; so lag die Vermuthung

1) Bericht Hügel's an Colloredo vom 6. Mai mit der Beilage im Oestr. Staats-Archiv.

2) Berichte an Colloredo vom 8. und 16. Mai im Oestr. Staats-Archiv.

nahe, sie würden, von denselben Grundsätzen ausgehend, im Wesentlichen auch dasselbe enthalten haben. Man erkennt, es sind die Absichten gegen Venedig, die verheimlicht werden mußten; im Uebrigen hätte es dem kaiserlichen Hofe nur erwünscht sein können, daß Alles, was zu Leoben verhandelt wurde, zur öffentlichen Kenntniß gelangte. Denn weit entfernt, die allgemeine Ungunst zu verdienen, sind die Präliminarien in der That vortheilhafter, als nach den Ereignissen der letzten Jahre sich erwarten ließ. Nur das Zusammentreffen mehrerer besonders günstiger Umstände konnte bewirken, daß keine erhebliche Schmälerung an Macht und Umfang nach einem solchen Kriege von Deutschland gefordert wurde. Allerdings ging Belgien verloren; aber diese Provinz, wenn auch gewiß kein werthloses Besizthum, war doch dem Reiche schon so sehr entfremdet und von dem Sitze der österreichischen Monarchie so weit entfernt, daß sie nicht als ein lebendiges Glied und keineswegs als eine ihrer Größe und Bevölkerung entsprechende Verstärkung anzusehen war. Dagegen wird im fünften Artikel der Präliminarien die Reichsintegrität ausdrücklich gewahrt, und man hat aus dem Vorhergehenden sich überzeugen können, daß sie keineswegs vom Kaiser als ein leeres Wort betrachtet wurde. Aber hatte nicht der sechste Artikel die gesetzlichen Gränzen Frankreichs anerkannt? An das Verhältniß beider Bestimmungen zu einander hat sich allerdings ein heftiger Streit geknüpft. Es ist lohnend genug, ja zum Verständniß des Folgenden unerläßlich, daß wir ein richtiges Urtheil darüber vorerst hier festzustellen suchen ¹⁾.

1) Die beiden Artikel lauten:

Art. 5. Il sera tenu un congrès formé de plénipotentiaires respectifs, pour y traiter et conclure la paix définitive entre les deux puissances sur la base de l'intégrité de l'Empire Germanique.

Art. 6. Sa Majesté l'Empereur et Roi renonce à tous ses droits sur les provinces Belges, connues sous le nom de Pays-Bas Autrichiens, et reconnaît les limites de la France décrétées par les lois de la République Française. La dite renonciation est faite aux conditions suivantes:

1. Que toutes les dettes hypothécaires attachées au sol des pays cédés seront à la charge de la République Française.
2. Que tous les habitans et possesseurs des provinces Belges

Im Laufe der späteren Verhandlungen legten die Franzosen einmal ein langes Verzeichniß der Länder vor, die durch Beschlüsse des Convents, Verträge oder Proclamationen mit Frankreich vereinigt seien. Sie forderten nicht nur die neun belgischen Departements und die vom Elsaß eingeschlossenen Besitzungen verschiedener Reichsstände, sondern auch die Pfalz mit Mainz, Worms und Speier; denn alles dies sei den französischen Grenzen einverleibt, also durch den Wortlaut der Präliminarien an Frankreich abgetreten. Dagegen behaupteten die Oestreicher, jene Anerkennung im sechsten Artikel könne einzig die Besitzungen des Kaisers in Belgien betreffen; denn nur was ihm gehöre, habe der Kaiser abtreten, nicht über die Besitzungen anderer Reichsstände verfügen können. Danach wäre also nicht einmal das Bisthum Lüttich mit den Abteien Stablo und Malmedy und der Grafschaft Logne, die doch den neuen Departements angehörten, in die Abtretung einbegriffen worden. Aber diese Ansprüche gehen nach beiden Seiten zu weit. Ich glaube, trotz der ungenauen Fassung der Artikel läßt die richtige Bedeutung mit Bestimmtheit sich nachweisen.

Schon bis zu Ende des Jahres 1793 war von den gesetzgebenden Versammlungen Frankreichs eine Anzahl von Reunionsdekreten ausgegangen. Sie bezogen sich theils auf größere Gebiete, theils auf einzelne Gemeinden. Die deutschen Besitzungen im Elsaß, das Bisthum Basel, Avignon, Savoyen, Nizza, Monaco, Theile Belgiens und während des vorübergehenden Besizes von Mainz auch diese Stadt und das weite Gebiet der rheinisch-deutschen Republik waren mit Frankreich vereinigt worden ¹⁾. Ein Theil dieser Län-

qui voudront sortir du pays seront tenus de le déclarer trois mois après la publication du traité de paix définitif, et auront le tems de trois ans pour vendre leurs biens meubles et immeubles;

3. Que la République Française fournira à la paix définitive un dédommagement équitable à S. M. J. l'Empereur et Roi qui soit à sa convenance.

1) Die Decrete finden sich im sechsten Bande der Sammlung von Martens, ein Verzeichniß in dem kleinen, aber sehr nützlichen Buche von Cancizolle: Uebersicht der deutschen Reichsstandschafts- und Territorialverhältnisse vor dem französischen Revolutionskriege, Berlin 1830, S. 62.

der, Avignon, Savoyen, die Erwerbungen im Elsaß, war in französische Departements verwandelt und in der französischen Constitution vom 22. August 1795 als integrierender Theil der Republik schon aufgeführt. Dazu kamen später noch das holländische Flandern, die österreichischen Niederlande mit Lüttich und den erwähnten Abteien; sie wurden am 21. September in neun Departements getheilt, am 1. October förmlich mit der Republik vereinigt und am 6. October der französischen Constitution wie allen späteren französischen Gesetzen unterworfen. Der Inbegriff jener in der Constitution genannten 89 und der 9 belgischen Departements ist es, was, außer den Colonien, die gesetzlichen oder constitutionellen Grenzen Frankreichs bestimmte, und über diesen Besitz erklärte die Republik von Anfang an, nicht unterhandeln zu wollen. Auf diese Grenzen bezieht sich auch die Anerkennung, welche im sechsten Artikel der Präliminarien ausgesprochen wird. Allein man hat dabei offenbar nicht die constitutionellen Grenzen überhaupt, sondern ausschließlich den Theil im Sinne gehabt, der sich auf die belgischen Departements erstreckt. Denn nur in dieser Weise ist zu erklären, daß die Anerkennung unmittelbar in demselben Satze an die Abtretung Belgiens sich anschließt, und gleich darauf wieder Bestimmungen folgen, welche einzig Belgien betreffen. Hätte man eine allgemeine Anerkennung der französischen Grenzen aussprechen wollen, so würde man aus einer so wichtigen Bestimmung einen besonderen Artikel gebildet haben. Die Oestreicher machten dies nicht mit Unrecht geltend. Und da nun der fünfte Artikel für den bevorstehenden Frieden die Grundlage der Reichsintegrität ausdrücklich anerkennt, so schlossen sie auch später, als sie die Abtretung Lüttichs und der Abteien schon zugestanden, es müßten wenigstens alle übrigen vormalig deutschen Gebiete, auch wenn sie einem Departement schon einverleibt waren, an das Reich zurückgegeben werden. Allein wenn auch der strenge Wortlaut dafür einige Anhaltspunkte bietet, es hieße die Lage der Dinge und den Geist der Präliminarien verkennen, wollte man diesen Anspruch für begründet erklären. Unmöglich konnte der General Bonaparte daran denken, die vom Elsaß eingeschlossenen deutschen Ge-

bietstheile, welche selbst nach den Ereignissen des Jahres 1815 bei Frankreich verblieben sind, im Jahre 1797 wieder zurückzugeben. Zuverlässig hat man an diese Theile in Leoben gar nicht gedacht, sondern, wie bemerkt, die constitutionellen Gränzen und die Reichsintegrität nur auf Belgien und die übrigen Gebiete des linken Rheinufers bezogen. Dies kann nicht befremden. Der größere Theil des außerdem noch Einverleibten: Savoyen, Nizza, Avignon, war von dem Willen des Kaisers unabhängig, das Uebrige nicht von so großer Bedeutung, daß es besondere Bestimmungen schon in Leoben erfordert hätte. Denn man darf nicht vergessen, daß hier nicht ein langsam mit Wohlbedacht und in den Einzelheiten ausgearbeiteter Friedensschluß, sondern nur in übergroßer Eile abgefaßte Präliminarien vorliegen. Dem Geiste dieses Vertrags war es offenbar gemäß, daß später bei dem Reichsfrieden jene kleineren Gebiete den Franzosen abgetreten wurden. Darauf deutet schon Thugut hin, wenn er in der Instruction vom 15. April zwar im Allgemeinen die deutschen Gebiete am linken Rheinufer zurückfordert, aber doch nicht ausschließt, daß einzelne Parzellen, die den Franzosen besonders gelegen wären, bei der Republik verbleiben könnten. Deutschland erlitt dann immer einige Einbuße, aber doch nicht in dem Maße, daß man nicht mit Fug von der Integrität des Reiches noch hätte reden können, und der fünfte und sechste Artikel nebeneinander einen verständigen Sinn behielten. Dies wäre aber nicht möglich, wollte man, wie später die Franzosen versuchten, unter die constitutionellen Gränzen auch die gesammte rheinisch-deutsche Republik, also das Land von der Nahe bis zum Elsaß mit Mainz, Worms, Speier und so vielen anderen wichtigen Besitzungen einbegreifen. Mit dem Wortlaut und Zusammenhang der Präliminarien ist diese Auffassung unvereinbar. Denn ein solches Zugeständniß — man denke nur an die Auslieferung von Mainz — wäre geradezu der wichtigste Punkt des ganzen Vertrages. Ist es denkbar, daß man ihn nur beiläufig in einem allgemeinen Ausdruck zwischen den besonderen Bestimmungen über Belgien erwähnt haben sollte? Und wie hätte man nach solcher Einbuße noch von der Integrität des Reiches

reden können? Weder die äußere noch die innere ließ sich erhalten. Es war vorauszusehen, daß die weltlichen Fürsten für die auf dem linken Ufer verlorenen Besitzungen einen Ersatz fordern, daß die Reichsverfassung eine wesentliche Veränderung erleiden, kurz gerade das geschehen würde, was Oestreich durch den Vertrag von Leoben am meisten zu verhindern suchte.

Daß diese Auffassung die richtige sei, wird nicht nur durch den Wortlaut des Vertrages bestätigt, sondern demnächst durch die Thatfache, daß man vor dem Frieden von Campo Formio das Land zwischen der Nahe und dem Elsaß gar nicht als einen Theil Frankreichs angesehen und behandelt hat. Es wurde der Constitution und den französischen Gesetzen nicht unterworfen, auch nicht zum Departement gemacht, sondern es behielt seine eigene Gesetzgebung und Verwaltung und theilte durchaus das Schicksal der übrigen deutschen Gebiete am linken Rheinufer, welche nicht zu den mit Frankreich vereinigten, sondern zu den eroberten Ländern (*pays conquis*) gerechnet wurden¹⁾. Selbst die französische Regierung hat dem völlig wirkungslosen Vereinigungsbefret vom 30. März 1793 in den folgenden Jahren keine Bedeutung beigelegt. Damit stimmen denn auch alle Nachrichten überein, welche über die Vorgänge in Leoben, über frühere Verhandlungen und die späteren Streitigkeiten auf uns gekommen sind. Bereits im Frühling des Jahres 1796, in Erwiderung auf die Friedensanträge Englands, hatte das Directorium vor Allem die Anerkennung der constitutionellen Gränzen gefordert. Es wurde schon damals der eigentliche Sinn des Ausdrucks vielfach erörtert; auch im preussischen Ministerium. Haugwitz legt im April 1796 einem Schreiben, das sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt, eine damals viel gelesene Zeitung, den Hamburger unparteiischen Correspondenten vom 19. April 1796 bei. Darin

1) Man vergleiche darüber: Perthes, Politische Zustände und Personen in Deutschland zur Zeit der Fremdherrschaft, Gotha 1862; meine Abhandlung: Die Stadt Bonn unter französischer Herrschaft, in den Annalen des histor. Vereins für den Niederrhein, Köln 1863, XIII, 118; und insbesondere Remling, die Rheinpfalz in der Revolutionszeit, Speyer 1865, II, 333 fg.

ist der Notenwechsel Wickhams und Barthelemy's nebst einigen Stücken ähnlichen Inhalts mitgetheilt, und es folgt dann, dem Anscheine nach, aus einer officiellen Feder die Bemerkung:

„Die Länder, welche nach der französischen Constitution das französische Territorium ausmachen, sind:

- 1) Frankreich, wie es beim Anfange des Krieges war,
- 2—6) die Kolonien,
- 7) Avignon und Venaisin,
- 8) Mömpelgard und Bruntrut,
- 9) Savoyen, Nizza, Monaco,
- 10) Oestreichisch Flandern und Brabant und was sonst dem Kaiser an der linken Seite des Rheins gehört,
- 11) Maastricht, Venlo und das holländische Flandern,
- 12) das Bisthum Lüttich.“

Dieselbe Auffassung kehrt auch in Malmesbury's Berichten über seine Verhandlungen im Jahre 1796 wieder, nicht weniger in Dokumenten französischen Ursprungs. Selbst der Director Barras nennt in der schon angeführten Instruction für Clarke vom 17. Januar 1797 ¹⁾ als die mit der Republik vereinigten Länder außer den östreichischen Besitzungen nur Bruntrut, Mömpelgard, Lüttich, Malmedy und Stablo. Er führt sie zwar nur beispielsweise und nicht ausschließlich als die einzigen an, aber Jeder wird zugestehen, daß ein französischer Director nicht Mömpelgard und Bruntrut nennen würde, wenn er Mainz, Worms und Speier zu nennen sich für berechtigt hielte. Noch entscheidender sind die Aeußerungen des französischen Gesandten in Berlin, Caillard, kurz vor dem Abschluß der Präliminarien. Frankreich wünschte damals, wie man bald ausführlicher lesen wird, daß Preußen die Vermittlung zwischen der Republik und dem deutschen Reich übernehme. Der König erklärte sich dazu bereit, aber nur unter der Bedingung, daß vorerst die Integrität des Reiches gesichert sei, und die Franzosen ihre Absichten auf das linke Rheinufer aufgaben. Darauf erwiederte Caillard in einer Unterredung mit

1) Correspondance inédite, II, 414.

Haugwitz um die Mitte Februars und am 28. im Auftrage des Directoriums auch schriftlich: die französische Regierung würde kein Gebiet wieder aufgeben, das bis dahin gesetzlich mit der Republik vereinigt sei. Dies begreife die österreichischen Niederlande, das vormals holländische Flandern, Lüttich, Savoyen und Nizza. Was die Franzosen sonst noch am linken Rheinufer besetzt hielten, könne Gegenstand der Verhandlung werden. Von eigentlich deutschen Provinzen, meinte Caillard, sei doch bisher allein Lüttich mit Frankreich vereinigt worden, über den Rest würde eine Verständigung sich schon erreichen lassen. Man sieht, alle diese Zeugnisse laufen bei mancher Ungenauigkeit im Einzelnen doch im Wesentlichen auf dasselbe hinaus; und wenn hier Caillard unter den deutschen, mit Frankreich vereinigten Besitzungen Lüttich als die allein wesentliche hervorhebt, so begreift sich, wie man auch in Leoben die constitutionellen Gränzen nur in Bezug auf Belgien besonders zu erwähnen Veranlassung fand.

Wir haben gesehen, daß Thuguts Instruction an der Grundlage der Reichsintegrität strenge festhielt, nur daß er einzelne, besonders gelegene Parzellen des Reichsgebietes den Franzosen nicht verweigerte. Wenn nun Merveldt am 19. April die Antwort gibt, diese Forderung sei zugestanden und in den Präliminarien zur Geltung gekommen, so liegt auch darin der Beweis, daß er unter den gesetzlichen Gränzen das verstand, was er darunter verstehen mußte, und was wir hier als das Richtige nachzuweisen versuchten. Noch bestimmter sprechen die eigenen Aeußerungen Bonapartes. Er stellte, wie wir sahen, die Alternative, daß Frankreich entweder Mainz und die Länder des linken Rheinufer behalte, oder nicht behalte. Er berief sich später auf das Eintreffen dieses zweiten Falles, auf den Verzicht Frankreichs am Rhein, um die Entschädigung des Kaisers in Italien zu vermindern; ja er zeigte sich bereit, alle Wünsche Oestreichs in Italien zu erfüllen, wenn der Kaiser nur aufhören wolle, von dem linken Rheinufer und der Integrität des deutschen Reiches zu sprechen¹⁾.

1) Diese merkwürdigen Worte verdienen hier im Original gelesen zu werden. Le refrain du général Bonaparte, schreibt Merveldt, était tou-

Man wird vielleicht einwenden, daß die constitutionellen Gränzen auch nach der Auslegung der Franzosen nicht das gesammte linke Rheinufer umfaßten, daß also immer ein bedeutender Theil ihrer Eroberungen zurückgegeben wurde, und auf diesen die Ausdrücke Bonapartes sich beziehen konnten. Allein die Abtretung der ganzen Rheinpfalz, des unschätzbaren Besizes von Mainz wäre doch immer von Seiten des Kaisers ein so großes Zugeständniß gewesen, daß er dafür auch in Italien andere Zugeständnisse und gewiß nicht eine Schmälerung seiner Ansprüche hätte erwarten können.

Ebenso deutlich äußert sich Bonaparte in den Briefen an das Directorium. Für mich sind sie gerade das Mittel gewesen, die richtige Bedeutung des Vertrages zu erkennen. Stufenweise sieht man, wie das, was der französische General zu erreichen dachte, sich vermindert. In dem Briefe vom 8. April spricht noch die Hoffnung, der Kaiser würde die Rheingränze mit Mainz abtreten; am 16. werden beide nicht mehr erwähnt, man findet statt dessen Klagen über die Unthätigkeit der Rheinarmee und die schwierige Lage des eigenen Heeres. In dem Briefe vom 19. heißt es ganz ausdrücklich: „Alles, was Departement ist, verbleibt der Republik.“ Es ist denn auch bei den späteren Streitigkeiten selbst von den Franzosen nicht geläugnet worden, daß der Artikel der Präliminarien ursprünglich nur auf die belgischen Departements sich bezogen habe. Man wird sich davon später im Einzelnen über-

jours, que Sa Majesté l'Empereur ne pouvait plus prétendre de dédommagement des Pays-Bas, vu qu'Elle ne pouvait ignorer, que la cession, que faisait la France de la rive gauche du Rhin et des pays qu'elle possédait à l'Empire, n'était due, qu'à la considération et au désir de rétablir la paix avec Sa Majesté l'Empereur et non avec les membres de l'Empire, et que par conséquent les Pays-Bas se trouvaient compensés déjà en Allemagne; que si Sa Majesté l'Empereur voulait se désister de parler de l'Empire et de son intégrité, la France ferait en Italie tout ce que Sa Majesté Impériale pourrait désirer; que donc le Nord ayant compensé le Nord, le Midi ne pouvait plus compenser que le Midi.

zeugen, ich hebe hier nur eine Aeußerung hervor. Merveldt fragte einmal den General Bonaparte ausdrücklich, ob er sich nicht erinnere, daß einer der ersten Punkte, über die man in Leoben sich geeinigt habe, gerade der gewesen sei, es dürfe weder von Mainz noch von dem kleinsten Theile des linken Rheinufers ferner geredet werden. Und Bonaparte hat die Richtigkeit dieser Aussage nicht bestritten.

Selbst die Machthaber in Paris, so sehr sie auch gerade jener Bestimmung widerstrebten, stellten sie doch, wenigstens in erster Zeit, nicht in Abrede. Die Mittheilung des Directoriums an den gesetzgebenden Körper ging allerdings in so weit über den Text der Präliminarien hinaus, als sie die Anerkennung der constitutionellen Gränzen, welche der sechste Artikel nur in Bezug auf die Abtretung Belgiens und die neun belgischen Departements erwähnt, als eine allgemeine in einem besondern Artikel hinstellt. Aber nach der richtigen Bedeutung jenes Ausdrucks wäre dadurch der Geist des Vertrages nicht erheblich verändert, auch für Deutschland nicht gar zu viel verloren worden. Und diese Bedeutung wurde von den Directoren unverhohlen anerkannt. Man ersieht es am bestimmtesten aus den Verhandlungen des preußischen Gesandten, Freiherrn v. Sandoz in Paris, die ich später im Zusammenhange darstellen werde, aber schon hier für die vorliegende Frage zu Hülfe nehmen muß. Unter dem Wenigen, was man Sandoz über den Inhalt der Präliminarien mittheilte, befand sich die Versicherung, daß die Republik durch die Abtretung Belgiens und seiner Dependenz das Ziel des Krieges erreicht und weiter Nichts mehr von Deutschland zu fordern habe. In den Instructionen für Clarke sei das linke Rheinufer zwar noch als ein Gegenstand der Unterhandlung bezeichnet, nun aber, da der General Bonaparte in den Präliminarien beinahe gänzlich verzichtet habe, könne man nicht mehr darauf zurückkommen. Es sei dies ein Beweis von der Mäßigung des Directoriums. So drückten, Sandoz gegenüber, Carnot, Letourneur und sogar Rewbell sich aus, obgleich der letzte sein Mißvergnügen, daß es dahin gekommen, nicht verhalten konnte. Nur der Minister Delacroix war anderer Mei-

nung; er wollte trotz der Präliminarien das linke Rheinufer behaupten und suchte darin sogar einen Vortheil für Preußen nachzuweisen. „Aber“, fügt Sandoz hinzu, „es ist ein Glück, daß er keinen Einfluß hat“¹⁾.

Die Nachrichten des Gesandten lauteten so bestimmt, daß man in Berlin sogar für möglich hielt, ohne Aufschub wieder in den Besitz der preussischen Provinzen am linken Rheinufer zu gelangen²⁾. Aber nur zu bald erlitten die Ansichten oder wenigstens die Absichten der Directoren eine Veränderung. Schon am 15. Mai muß Sandoz mittheilen, sie sprächen über die Rheingrenze mit jedem Tage anders, er wisse nicht, was er davon denken solle. Newbell und Barras äußerten gelegentlich, es stehe noch gar nicht fest, daß Frankreich auf das linke Rheinufer verzichte, und Delacroix versicherte, die Bestimmung darüber hänge ganz von dem Willen des Directoriums ab. Auch in Berlin wurde man unruhig; am 29. Mai gibt das Ministerium Sandoz den Auftrag, sich genau zu erkundigen, was denn unter den gesetzlichen Gränzen zu verstehen sei. Die Zeitungen reden von einem Decret des Convents, welches am 30. März 1793 Mainz, Worms und andere Gebiete mit Frankreich vereinigt habe; Sandoz möge in Erfahrung bringen, ob auch diese in die gesetzlichen Gränzen einbegriffen werden sollten, oder ob, wie Caillards Aeußerungen annehmen ließen, nur von den Niederlanden, Savoyen, Nizza, Lüttich und Kömpelgard die Rede sei. Aber immer mehr entschied man sich in Paris für die erstere Meinung. Am 6. Juni schreibt Sandoz, Tages vorher habe auch Carnot zum ersten Male unbestimmt über die Rückgabe des linken Rheinufers sich ausgelassen. Einige Zeit darauf führte Sandoz eine bestimmtere Erklärung herbei³⁾. „Sie behaupten immer,“ sagte er zu Carnot, „die Gränzen Frankreichs seien noch ungewiß und Gegenstand der Verhandlung, der Kaiser in seiner Eröffnung an den Reichstag

1) Sandoz' Bericht vom 7. Mai 1797.

2) Das Ministerium an Sandoz am 15. Mai.

3) Vgl. Sandoz' Bericht vom 8. Juli.

ipricht von der Reichsintegrität wie von einer feststehenden Thatsache. Wie läßt sich das vereinigen?“ „Das Wiener Cabinet,“ erwiederte der Director, „hat nicht erwogen, daß es durch die Anerkennung der constitutionellen Gränzen zugleich das linke Rheinufer bewilligte. Selbst Mainz könnte, wenn man es ganz genau nehmen wollte, in diese Gränzen einbegriffen werden.“ „Nicht blos der Kaiser,“ versetzte Sandoz, „hat es nicht so verstanden, sondern ebenso wenig der gesetzgebende Körper und kein Politiker in der Welt.“ Carnot erwiederte Nichts darauf, er fing an zu lachen.

Es wird aus diesen Anführungen deutlich genug, wie die Stimmung in Paris sich veränderte. Was in Leoben nicht durchgeführt werden konnte, suchte man auf einem anderen Wege zu erhalten, indem man den Präliminarien eine fremde Bedeutung unterlegte; und leider hatten sich die Verhältnisse während des Sommers in der Weise gestaltet, daß die Franzosen ihren Willen durchsetzten. Aber Nichts berechtigt, diese Auffassung auf die früheren Verhandlungen zu übertragen. Wären die Präliminarien dem wahren Sinne gemäß zur Ausführung gekommen, so hätte Deutschland im Wesentlichen die Gränzen des Jahres 1815 erhalten, immer eine Schmälerung im Vergleich zum früheren Besitz, aber ein großer Vortheil im Vergleich zu dem, was man befürchten mußte, und was später wirklich erfolgt ist. Das deutsche Reich hatte alle Ursache, für einen solchen Frieden, zu dem es selbst so wenig beigetragen, dem Kaiser seine Dankbarkeit zu bezeigen.

Nachtheilig war allerdings, daß Oestreich für den Augenblick von seinen Verbündeten getrennt wurde. Indeß ein Ersatz lag darin, daß Frankreich den Congreß zu Bern mit Zuziehung der Verbündeten, also Englands bewilligte, ein Zugeständniß, zu welchem das Directorium nur äußerst ungerne im Herbst nach den Siegen des Erzherzogs sich entschlossen hatte. Kam der Congreß zu Stande, so trat eine feste, mächtige Vereinigung den französischen Ansprüchen gegenüber, und gewiß ein großer Theil derselben wurde unausführbar. Es ist erklärlich genug, daß die französische Diplomatie sich später bemühte, statt dieses Congresses wieder gesonderte Verhandlungen mit Oestreich herbeizuführen.

Endlich waren auch die italiänischen Angelegenheiten, will man den Maßstab des Nutzens anlegen, günstiger geordnet, als sich erwarten ließ. Oestreich erhielt ein weites, zusammenhängendes Gebiet, durchaus verbunden mit den alten Provinzen, geschützt durch Mantua, Peschiera und die Linien des Oglio und Mincio, in militärischer Beziehung für Oestreich und Deutschland vom höchsten Werth. Dazu kamen die unentbehrlichen Küstenstriche von Istrien und Dalmatien, die Verbindung mit dem adriatischen Meere, die Möglichkeit, sich als Seemacht zu entwickeln. Mailand ging allerdings verloren, es entstand eine neue Republik, voraussichtlich von Frankreich abhängig. Dagegen war die venetianische Aristokratie eben so entschieden an Oestreich gewiesen. Es war ein außerordentlicher Gewinn, wenn Thugut Frankreich betwog, zu Gunsten dieses Staates auf die Legationen zu verzichten. Kamen die Präliminarien zur Ausführung, so behielt der Kaiser, in Verbindung mit Venedig, Rom, Toskana und Neapel, in Italien eine Stellung, welche zum mindesten dem Einfluß der Franzosen die Spitze bot und bei einer neuen Wendung des französischen Staatswesens leicht stärker werden konnte, als sie jemals gewesen war.

Das Verfahren gegen Venedig zu rechtfertigen haben diese Blätter weder die Absicht noch die Fähigkeit. Wer könnte sie auch rechtfertigen, die Beraubung eines kleinen Staats durch zwei große Mächte, die sich auf Kosten des Schwachen zu bereichern suchen? Nur darf man, um billig zu urtheilen, die Anschauungen und Verhältnisse jener früheren Zeit nicht außer Acht lassen. In den letzten fünfzig Jahren hat sich in Italien ein mächtiges Nationalgefühl entwickelt, welches jeden fremden Einfluß schmerzlich empfindet und mit Anstrengung fernzuhalten sucht. Nach langen blutigen Kämpfen scheint dies endlich gelungen; Franzosen und Oestreicher, die damals den italiänischen Boden theilten, haben ihn wieder verlassen müssen, und ich gehöre wahrlich nicht zu denen, die es beklagen. Wenn ich in italiänischen Städten östreichische Fahnen und Soldaten sah und in deutscher Sprache befehligen hörte, ich habe niemals Etwas wie Stolz oder Genugthuung empfunden.

den, sondern eher Scham und ein Gefühl, als müßte ich dem nächsten Italiäner Abbitte thun, daß meine Landsleute sein Hausrecht verletzten. Als Deutschen kann mich die Art, wie die Entscheidung erfolgt ist, nicht erfreuen, und ich muß bedauern, daß Oestreich mit den italiänischen Provinzen beinahe den ganzen Erfaß unendlicher Anstrengung in den Revolutions- und Freiheitskriegen wieder verloren hat. Auch erkenne ich nicht die Gefahren, die das Entstehen eines mächtigen Staates am Fuße der Alpen für Deutschland einmal nach sich ziehen mag. Aber dies Alles kann mich jetzt nicht, und konnte mich niemals wünschen lassen, daß ungerechte, in sich unhaltbare Zustände länger fort dauern sollten. Ich freue mich, daß einer großen, herrlich begabten Nation nach Jahrhunderte langer Unterdrückung endlich wenigstens die Möglichkeit geboten ist, sich frei zu entwickeln und als ein selbstständiges, förderndes Mitglied dem großen Vereine europäischer Staaten und Völker sich zuzugesellen. Wollte Jemand in unserer Zeit einen Vertrag wie die Präliminarien abschließen, so könnte nur das Widersinnige der That den Frevel überbieten. Aber es wäre unbillig und vor Allem der Aufgabe des Historikers entgegen, wollte man diesen Maßstab für das Ende des vorigen Jahrhunderts zur Anwendung bringen. Ein lebendiges Nationalgefühl war damals noch das ausschließliche Eigenthum einzelner hervorragender Männer, im Uebrigen läßt kaum irgendwo ein nationaler Widerstand gegen östreichischen oder französischen Einfluß sich wahrnehmen; ja, nach den Briefen Bonapartes scheint nicht zu bezweifeln, daß die größere Menge der Bevölkerung auf Seiten Oestreichs gegen die Franzosen stand. Man hat die Bestimmungen von Leoben der Theilung Polens gleichgestellt, und beide haben allerdings gemein, daß man ohne Recht über fremde Besitzungen verfügte. Aber noch auffälliger sind die Unterschiede. In Polen wurde eine durch Sprache, Sitten, religiöse Uezeugung und durch eine, wenn auch lockere, doch bildsame Verfassung zu einem Staat vereinigte Nation gewaltjam und treulos aus einander gerissen, drei verschiedenen Herren und allem Elend eines religiösen und politischen Druckes überantwortet. Venedig

befah die Provinzen des Festlandes eben als Provinzen; sie hatten an der Staatsgewalt keinen Antheil; es läßt sich bezweifeln, ob sie die neue Herrschaft viel härter als die alte empfanden. Darin liegt noch keine Rechtfertigung für Thugut, aber wenn man den sittlichen Maßstab der damaligen Zeit anlegt, so darf man fragen, ob irgend ein Staatsmann, dem so außerordentliche Vortheile als Entschädigung für unvermeidlichen Verlust geboten wurden, bloß aus Gewissenhaftigkeit sie von der Hand gewiesen hätte. War es doch nicht einmal der Kaiser, der Venedig beraubte, er empfing die Provinzen aus der Hand der Franzosen als französisches Eigenthum, aber er war es, der wenigstens eine Entschädigung auswirkte, freilich nicht dem Werth der verlorenen Provinzen an sich, aber vielleicht völlig dem Werthe entsprechend, den sie in jenem Augenblick noch für Venedig hatten. Denn man vergesse nicht, daß sie bereits in französischer Gewalt und zum großen Theil von französischen Truppen besetzt waren, daß sich mit Gewißheit voraussehen ließ, sie würden nicht ungeschmäleret unter venetianische Herrschaft zurückkehren. Griff Oestreich nicht zu, so geriethen sie durch Vereinigung mit der lombardischen Republik oder durch Veränderung ihrer Verfassung mittelbar oder unmittelbar unter französischen Einfluß, Oestreichs Stellung in Italien und am adriatischen Meere war vielleicht für immer aufgegeben, und bei einem neuen Kriege die Gefahr um ein Bedeutendes näher gerückt. Auch für Deutschland. Der ungebübetste Blick erkennt, wie enge bei einem Kriege mit Frankreich die Unternehmungen am Rheine und an der Donau mit dem, was in Italien geschieht, zusammenhängen. Alle Kriege Napoleons, vornehmlich das Jahr 1809 haben es bewiesen. Von diesem Gesichtspunkte aus läßt sich nicht in Abrede stellen, daß die Erwerbung der venetianischen Provinzen auch für Deutschland von entschiedenem Vortheil war und in jener Zeit für die Abtretung Belgiens einigermaßen entschädigen konnte.

Haltlos ist die Behauptung, man habe schon zu Leoben die völlige Vernichtung des venetianischen Staatswesens beabsichtigt. Keine Aeußerung, weder der Franzosen, noch der kaiserlichen Ge-

sandten spricht dafür. Dagegen läßt sich der Plan, die venetianischen Besitzungen um ein Beträchtliches zu schmälern, allerdings seit Langem verfolgen. Schon zu Anfang des Jahres 1796 bei Poterats zweitem Aufenthalt in Wien hatte der französische Unterhändler eine Vergrößerung für Oestreich am schwarzen oder adriatischen Meer auf Kosten der Türkei oder Venedigs in Aussicht gestellt. Aber Thugut gab zur Antwort, er könne das eben so gut mit Unterstützung seiner gegenwärtigen Verbündeten erhalten¹⁾. Die Schwäche und Unentschlossenheit der alternden Republik war nur zu sehr geeignet, solche Pläne zu erwecken. Im Frühling desselben Jahres, als Bonaparte nach der Eroberung Mailands gegen Mantua vorrückte, hatte er, ohne die Neutralität zu achten, Brescia in Besitz genommen. Die Folge war, daß die Oestreicher, um nicht umgangen zu werden, Peschiera besetzten. Statt sich einem der beiden Gegner anzuschließen, oder in bewaffneter Neutralität wenigstens den eigenen Boden zu schützen, schwankte der venetianische Senat muthlos und unentschieden, und überließ sein Gebiet als Tummelplatz den feindlichen Heeren. Durch ein Bündniß mit Oestreich fürchtete man in gänzliche Abhängigkeit vom Kaiser zu gerathen, eine Verbindung mit der französischen Republik wäre das Ende der aristokratischen Vorrechte geworden. Bonaparte schrieb schon damals dem Directorium, er werde mit Venedig Streitigkeiten unterhalten, deren man sich bei günstiger Gelegenheit bedienen könne²⁾, und Clarke erhielt, wie man sich erinnert, im November den Auftrag, er solle untersuchen, ob sich wohl die venetianischen Provinzen zum Vortheil der lombardischen Republik verwenden ließen. Einstweilen begnügte man sich, die demokratischen Bewegungen in Venedig und auf dem Festlande zu fördern.

1) Vgl. Poterats Brief an Delacroix vom 4. Januar 1796. Bon Planen des Wohlfahrts-Ausschusses, Venedig wie Holland zu behandeln (*di olandizzare gli stati Veneti*), berichtet der venetianische Geschäftsträger in Basel, Graf Rocco Sanfermo schon zu Anfang des Jahres 1795; vgl. Romanin, *storia documentata di Venezia*, IX, 238, 228, 520, Venedig, 1860.

2) Vgl. den Brief vom 7. Juni 1796 in der *Correspondance de Napoléon*, I, 372.

Ende Dezembers wurde auch Bergamo besetzt, die Klage des venetianischen Proveditors zurückgewiesen, dort sowie in Brescia und Crema Alles für den Abfall von der Hauptstadt vorbereitet. Gleichwohl mochte sich Bonaparte noch nicht zum offenen Kriege entschließen; während er im März gegen Wien zog, bot er noch einmal ein Bündniß an. Aber der Senat gab eine ablehnende Antwort. Wenig später, als eben die Unterhandlung mit dem Kaiser begonnen hatte, kam der Aufstand des Landvolks gegen die französischen Truppen zum Ausbruch, und der Senat, wenn er nicht förderte, that doch Nichts, ihn zu unterdrücken. Seitdem war Bonapartes Entschluß nicht mehr zweifelhaft. Schon am 5. April schreibt der französische Gesandte aus Venedig, der Kaiser könne durch venetianische Besitzungen reichlich für Alles, was er den Franzosen abtreten müsse, entschädigt werden ¹⁾. Wie es scheint, hat Bonaparte gleich bei der ersten Besprechung Gedanken dieser Art das Wort geliehen; in der Thugutschen Instruction werden sie bereits vorausgesetzt. Daß die erste Anregung von den Franzosen ausging, muß ich für wahrscheinlich halten, doch ist darauf kein großes Gewicht zu legen; denn gewiß hat man auch in Wien sich nicht lange dagegen gesträubt. Hatten doch die Streitigkeiten über den Besitz von Dalmatien schon mehr als ein Jahrhundert überdauert; wir sahen, wie dann Joseph II. auf das venetianische Festland begehrlische Blicke warf; endlich ließ Thugut noch in der geheimen Declaration vom 3. Januar 1795 sich die Zustimmung Rußlands versprechen, daß der Kaiser Besitzungen, die von den Venetianern usurpirt sein sollten, wieder an sich nehme.

1) Vgl. Daru, Histoire de Venise, Paris, 1819, VII, 295.

Fünftes Kapitel.

Urtheile neuerer Schriftsteller.

So gewiß ich glaube, daß meine Auffassung der Präliminarien die richtige sei, ich könnte doch daran zweifeln, wenn ich sehe, wie wenig sie mit den Ansichten beinahe aller älteren und neueren Schriftsteller übereinstimmt. Ich erwähne nur einige der bekanntesten, welche für die übrigen den Maßstab geben. Vor Allen den, der selbst für Frankreich die Präliminarien abgeschlossen hat. In Napoleons Denkwürdigkeiten findet man gerade die ersten Jahre seiner Laufbahn ausführlich beschrieben¹⁾, und was er mittheilt ist für alle späteren französischen Schriftsteller die Grundlage geworden. Gewiß sind diese Denkwürdigkeiten von entschiedenem Werthe, schon weil sie zeigen, wie ein so außerordentlicher Mann seine Thaten aufgefaßt und beurtheilt wissen wollte. Nur strenge Genauigkeit der Angaben und Unbefangenheit des Urtheils darf man von ihnen nicht erwarten. Ihr Zweck ist vor Allem, zu rechtfertigen und die Dinge in das vortheilhafteste Licht zu stellen. Da nun die Präliminarien von Leoben in Wahrheit nicht als ein vollkommener Triumph erscheinen, so mußte die Erzählung in eben dem Maße, in welchem sie an glänzenden Farben gewann, an Wahrheit einbüßen. Vorerst soll die bedrängte Lage

1) Vgl. Mémoires de Napoléon, Paris, 1824, IV, 76 fg. Die neue Ausgabe der Commentaires de Napoléon I., Paris, 1867 ist mir, da ich dies schreibe (September 1867), noch nicht zugänglich. Eine dem Grafen Las Cases dictirte Aufzeichnung über den Feldzug und die Verhandlungen in Deutschland (Mémorial de St. Hélène IV, 82 fg.) enthält Nichts von sonderlicher Bedeutung.

des französischen Heeres ausschließlich durch die Unthätigkeit des Directoriums und der Rheinarmee verschuldet sein. Noch in einem Briefe vom 23. März, erzählen die Memoiren, habe die Regierung zu dem Siege am Tagliamento Glück gewünscht und versichert, die Rheinarmee würde sich unverzüglich in Bewegung setzen. Aber wenige Tage später, am 26., habe sie geschrieben, Moreau sei noch nicht bereit, zum Rheinübergang fehlen die Schiffe, die italienische Armee dürfe nur auf ihre eigenen Kräfte zählen. Am 31. März soll diese entscheidende Nachricht in Klagenfurt eingetroffen und zwölf Stunden später der Brief an den Erzherzog abgegangen sein. Daß die ausweichenden Antworten des Directoriums Bonaparte in Verlegenheit setzten und auf seine Entschlüsse von Einfluß gewesen sind, läßt sich nicht bezweifeln; auch Marmont hat es bezeugt und im Einzelnen ausgeführt¹⁾. Aber Napoleons Darstellung scheint, wie er es liebt, wesentlich auf die glänzende Wirkung berechnet. Denn wenn auch eine Depesche vom 26. März bis zum 31. von Paris nach Klagenfurt gelangen konnte, so wird durch Bonapartes eigene Briefe doch sehr unwahrscheinlich, daß er sie am letzteren Tage schon erhalten hatte. Am 1. April kündigt er selbst dem Directorium an, er habe dem Prinzen Karl geschrieben, und werde es auf sich nehmen, geeigneten Falles einen Präliminarfrieden abzuschließen. Von dem Empfang einer Depesche findet sich aber in diesem Briefe gar Nichts, auch wird die Anknüpfung mit dem Erzherzog keineswegs durch die Unthätigkeit der Rheinarmee begründet, sondern es heißt gerade im Gegentheil, der Rhein sei ohne Zweifel bereits überschritten, und die Nachricht werde mit der größten Ungeduld erwartet²⁾.

Gleich in diesem Werke findet sich der Grundirrtum, welcher dann in so viele andere übergegangen ist: die kaiserlichen Gesandten hätten ohne Widerstreben in die Abtretung der Rheingränze gewilligt. Auch an Ungenauigkeiten fehlt es nicht. St. Vin-

1) Vgl. Mémoires du Maréchal Marmont, I, 272.

2) Vgl. Correspondance de Napoléon, II, 440.

cent soll am 17. April Thugutz Antwort auf die drei am 15. aufgezeichneten Entwürfe aus Wien überbracht haben; in Wahrheit überbrachte er die am 15. ausgefertigte Instruction für die Gesandten, und der Abschluß erfolgte noch, bevor man Thugutz Antwort auf die Entwürfe erhalten hatte. Auch der General Dessoles überbrachte nicht, wie wenig später angegeben wird, die Nachricht vom Anfang der Unterhandlungen, sondern den Text der Präliminarien nach Paris ¹⁾.

Die Scene bei der Ankunft de Gallos mag in der Hauptsache richtig erzählt sein, in den Einzelheiten ist offenbar Manches, wie der Zweck erforderte, ausgeschmückt. Sicher wurde Napoleon nicht so leicht mit de Gallo fertig, wie seine Darstellung glauben läßt; denn in Wahrheit haben die kaiserlichen Gesandten nicht nachgegeben, sondern beinahe sämtliche Anforderungen ihrer Instruction durchgesetzt. Ob die oft wiederholte Aeußerung, welche die Anerkennung der Republik zurückweist, richtig nach Leoben verlegt ist, könnte man bezweifeln, da sie später (IV, 216) auch bei den Verhandlungen von Campo Formio sich erzählt findet; aber der Brief Bonapartes vom 16. April beweist, daß sie wirklich nach Leoben gehört ²⁾. Eine förmliche Anerkennung der Republik, erklären die Denkwürdigkeiten, sei gefährlich gewesen; denn wenn einmal das französische Volk eine Monarchie habe errichten wollen, so hätte der Kaiser sagen können, er habe die Republik anerkannt. Neuere Schriftsteller wollen in dieser Aeußerung, vielleicht nicht mit Unrecht, den Beweis eines vorher berechnenden Ehrgeizes erkennen. Uebrigens ist der Gedanke nicht neu, Bonaparte hat ihm nur die glänzende Form gegeben. Schon als Harnier im Januar 1795 mit dem Wohlfahrtsauschuß unterhandelte, wurde in ganz gleicher Weise ihm erwiedert, daß die Republik eine besondere Anerkennung von Seiten Preußens in den Friedensvertrag nicht auf-

1) Vgl. Mémoires de Napoléon IV, 88, 91, 87, 89, und den Moniteur vom 1. Mai 1797.

2) Sie wird auch schon angeführt im Moniteur vom 28. April 1797.

nehmen könne; denn sie bestehe bereits thatsächlich, und wie sie selbst sich nicht in die inneren Angelegenheiten fremder Regierungen mische, so müsse sie auch jede Einmischung in die ihrigen sich verbitten ¹⁾).

Unter den neueren französischen Schriftstellern hat Barante den Vorzug, daß er am nächsten an den Wortlaut des Vertrages sich anschließt. Wo er den Aufzeichnungen Napoleons folgt, hat er auch einige Irrthümer herüber genommen. Weniger Gutes ist von Thiers Geschichte der Revolution zu sagen, wie überhaupt dies Buch nach Darstellung und Forschung dem großen Werke über das Consulat und das Kaiserreich nicht gleichkommt. Ueber deutsche Verhältnisse zeigt er sich, wie die meisten seiner Landsleute, nur ungenügend unterrichtet. Mit völliger Sicherheit spricht er zweimal den Satz aus, der Kaiser habe als Reichsstand den Franzosen die Rheingränze bewilligt, und erzählt dann mit besonderer Genugthuung, wie Napoleon den Artikel über die Anerkennung der Republik zurückgewiesen, auch hinsichtlich des Ceremoniells die Gesandten auf spätere Zeit vertröstet habe. Will man aber solche Einzelheiten der Erwähnung werth achten, so muß man sagen, daß Bonaparte im Wesentlichen den Forderungen der Gesandten sich fügte; denn der zweite Artikel der Präliminarien bestimmt ausdrücklich, daß zwischen dem Kaiser und der Republik das früher beobachtete Ceremoniell gelten, also der Kaiser den Vorrang behaupten solle. Nichts ist zudem unrichtiger, als die Meinung, Napoleon habe dergleichen Dinge als eines Mannes unwerth mit Gleichgültigkeit behandelt. Er hat sein ganzes Leben hindurch und noch in den letzten Jahren auf die Formen des diplomatischen und persönlichen Verkehrs einen beinahe übertriebenen Werth gelegt; auch im Laufe der folgenden Verhandlungen werden sich davon deutliche Spuren finden.

Dann wie viel Ungenaues in der Beurtheilung der Friedens-

1) Vgl. Résultats des explications du comité de Salut publique sur les ouvertures pacifiques préparatoires faites de la part de la Prusse im Ministerium des Auswärtigen.

bedingungen! Der Grund, weshalb der Kaiser lieber in Italien, als in Deutschland eine Entschädigung verlangte, wird darin gesucht, daß die deutschen Staaten ohnehin seinem Einfluß schon unterworfen waren, also ihre Besitznahme seine Macht nicht erheblich vermehrt haben würde. Gegen Rückgabe der Lombardei soll der Kaiser bereit gewesen sein, sogleich den Frieden zu unterzeichnen; aber Frankreich habe einen solchen Gedanken als schmachvoll zurückweisen müssen. In Wahrheit wurde die Rückgabe der Lombardei in dem ersten der drei Entwürfe von Bonaparte angeboten, aber, wie sich aus Thuguts Instructionen schließen läßt, vom Kaiser nicht für genügend erachtet.

Alles Gehässige der Beraubung Venedigs fällt, wie man denken kann, den Oestreichern zur Last. Der Vergleich mit der Theilung Polens wird zwar im Allgemeinen zurückgewiesen, aber doch in Rücksicht auf das östreichische Verfahren für zulässig erklärt. Dagegen muß der Gedanke, Venedig durch die Legationen — und sonderbarer Weise durch Massa, Carrara und die Bucht von Spezia — zu entschädigen, den Franzosen zu Gute kommen, während er in Wahrheit von Thugut ausging. Man wird mir erlassen, kleinere Irrthümer besonders hervorzuheben. Aus französischen Memoiren ist wenig über die Verhandlungen zu lernen, selbst nicht von den Schriftstellern, die zugegen oder in der Nähe waren. Bourrienne traf am Tage nach dem Abschluß in Leoben ein, um dann als erster Sekretär Bonapartes zu arbeiten; er hat Nichts mitgetheilt, was hier von Bedeutung wäre; Lavalette, damals Bonapartes Adjutant, bemerkt nur, die Präliminarien seien von Bonaparte und Clarke am 18. October unterzeichnet worden¹⁾. Marmont gibt werthvolle Bemerkungen über den Feldzug und die Lage des französischen Heeres, aber selbst dieser Schriftsteller, den man zu den scharfsichtigsten und genauesten zählen muß, ist in den Einzelheiten so wenig sorgfältig, daß er den Abschluß des Vertrages auf den 19. April verlegt.

Deutsche Quellen sind bisher über diese Ereignisse nicht be-

1) Vgl. Mémoires du comte Lavalette, Leipzig, 1831, I, 181.

kannt geworden. So haben auch unsere Geschichtschreiber ihr Material und selbst die Darstellung und Beurtheilung zum größten Theile den Franzosen entlehnt. Der Sieg wurde damals mit den Waffen nicht entschiedener errungen, als seitdem mit der Feder, und um so reichlicher von französischer Seite die Quellen flossen, um so mehr hat das Uebergewicht auf jener Seite sich gesteigert.

Der älteste Geschichtschreiber, der hier zu nennen ist, der Berner Karl Ludwig von Haller kannte den Wortlaut der Präliminarien noch nicht, als er im Jahre 1799 seine „Geheime Geschichte der Rastadter Friedensverhandlungen“ herausgab. Hätte er ihn gekannt, so würde er gewiß nicht in die Fehler seiner Nachfolger gefallen sein. Denn soweit es ihm möglich war, urtheilt er richtig, nur geht er nach der anderen Seite zu weit, wenn er die Lage des französischen Heeres als eine ganz verzweifelte schildert ¹⁾. Aber seitdem ist die Ansicht, daß in Leoben das linke Rheinufer abgetreten sei, auch in Deutschland beinahe zum Axiom geworden. Wachsmuth, der Verfasser des „Zeitalters der Revolution“ ²⁾, hatte nicht allein den Wortlaut der Präliminarien vor Augen, sondern faßt ihn auch richtig auf. Denn er bemerkt, der Ausdruck, Oestreich erkenne die durch die Gesetze der Republik decretirten Gränzen an, schein dem Zusammenhange nach nur auf Belgien zu gehen, da die Vereinigung der Landschaften des linken Rheinufers mit Frankreich noch nicht decretirt worden sei. Aber so sehr ist dieser Schriftsteller in dem allgemeinen Vorurtheil befangen, daß er, um es aufrecht zu halten, den Zusatz macht: „aber noch geheimer als die geheimen Artikel hatte Bonaparte die Abtretung des linken Rheinufers zu einem Hauptartikel der Präliminarien gemacht und Oestreich eingewilligt.“ Zum Beweise dieser sonderbaren Entdeckung beruft er sich auf die Correspondance inédite II, 551, wo Bonaparte am 8. April, also zehn Tage vor dem Abschluß der Präliminarien, dem Directorium

1) Vgl. Geheime Geschichte der Rastadter Friedensverhandlungen I, 117.

2) Vgl. Das Zeitalter der Revolution, Leipzig, 1848, II, 458.

schreibt, er habe die Abtretung des linken Rheinuferes als Vorbedingung des Friedens aufgestellt, von den kaiserlichen Gesandten die Antwort erhalten, wenn der Kaiser Alles verlieren solle, so würde er sich aus Wien entfernen und das Neueste wagen. Das zweite Beweismittel bildet die schon erwähnte in Napoleons Memoiren (IV, 91) hingeworfene Aeußerung.

Das Buch, welches am ausführlichsten über die Präliminarien sich verbreitet, ist wieder Häußers deutsche Geschichte. Es gibt aber auch, ich muß es mit Bedauern sagen, kein anderes, das so zahlreiche Irrthümer enthielte und mit solcher Gehässigkeit Alles, was dabei vorgegangen, zum Nachtheile des Kaisers zu wenden suchte. Gleich zu Anfange des Abschnittes, der die Verhandlungen von Leoben und Campo Formio zur Darstellung bringt (II, 97), findet sich der Satz: „Bei denen, die Thugut kannten, galt es als ausgemacht, daß man den Frieden“, d. h. daß Frankreich die Rheingränze „erlangen könne, wenn nur die Entschädigung für Oestreich an der rechten Stelle ausgesucht war, z. B. in Baiern.“ Diese Aeußerung gilt noch dazu der Zeit vor Mantuas Eroberung, als gerade Baiern, wie wir sahen, von Frankreich unablässig dem Kaiser angeboten, aber eben so oft von ihm zurückgewiesen wurde. Ueber Thuguts Absichten auf dieses Land und den Versuch, sie zur Ausführung zu bringen, sind mir die entscheidenden Aktenstücke nicht genugsam bekannt, um eine genaue Darstellung dieser vielbesprochenen und langgedehnten diplomatischen Verwicklung geben zu können. Aber das getraue ich mir mit Bestimmtheit auszusprechen, daß die Erwerbung Baierns nicht in dem Maße, wie Häuffer annimmt, Mittelpunkt und Ziel der österreichischen Politik gewesen ist, und daß man nicht geneigt war, das linke Rheinufer dafür zu opfern. Häuffer hat diese Behauptung bis zum Ueberdruß immer und immer wiederholt, während sie in Wahrheit durch alle Verhandlungen, von denen wir Nachricht haben, durch die Antworten an Theremin, Zwanziger, Clarke und durch das Auftreten des Kaisers in Leoben aufs Bestimmteste widerlegt wird. Und nun bliebe doch die Frage, was berechtigt uns, die Erwerbung Baierns, vorausgesetzt, daß sie nicht durch

Gewalt, sondern auf friedlichem Wege sich vollzog, dem Wiener Cabinet als ein so übergroßes Verbrechen vorzuwerfen? Wenn es gelang, wie allerdings zuweilen nicht ferne schien, den alternen Kurfürsten Karl Theodor zum Tausch gegen Belgien zu bewegen, so erhielt das Kaiserthum eine Verstärkung, welche die längstverlorene Macht und Bedeutung ihm wiedergeben konnte. Nach der Vereinigung mit Baiern war das deutsche Element in Oestreich den übrigen nationalen Bestandtheilen entschieden überlegen. Im Süden Deutschlands bildete sich wohlzusammenhängend ein ausgedehnter Länderbesitz. Die Bedingungen für den Ausgang der folgenden Kriege wurden völlig verändert, der Rheinbund unmöglich, und die Aufrechthaltung des Reichsverbandes nicht unwahrscheinlich. Wenn Jemand, wie die Verhältnisse später zur Entwicklung gekommen sind, sich freut, daß Alles dies nicht geschehen ist, wenn Häusser diesem Gefühle Ausdruck gibt, so ist es erklärlich genug; nur begreife ich nicht, wie man einem deutschen Kaiser des achtzehnten Jahrhunderts zum Vorwurf machen kann, dahin gestrebt zu haben. Ich glaube, weit eher könnte man ihm vorwerfen, daß er nicht Alles, was ihm an Kräften zu Gebote stand, an die Erreichung dieses Zieles gewendet hat.

Wenige Seiten später, wo eine Uebersicht der Verhandlungen gegeben wird, heißt es dann, auch wieder für die Zeit, wo eben Alvinzy zum Entsatze Mantuas sich anschickte: „Selbst Thugut verbarg seinen Vertrauten nicht mehr, daß ihm um den Preis der Rheingränze der Friede nicht zu theuer erkauft scheine; die Integrität des deutschen Reiches war eine gleichgültige Sache, wenn eine tüchtige Entschädigung für Oestreich heraussprang.“ Dann folgt nach Cäsars wenig bestimmten Vermuthungen Manches über das heimliche Wirken einer Friedenspartei in Wien, ohne daß recht deutlich würde, ob Thugut dieser Partei angehört haben soll oder nicht. Wie es scheint im Anschluß an die Mémoires d'un homme d'état wird sogar dem Verdachte Raum gegeben, diese Partei habe durch die fehlerhafte Aufstellung des Heeres in Friaul absichtlich eine Niederlage herbeigeführt. Wo die Bedingungen des Vertrages (II, 109) zusammengestellt werden, lesen wir

zuerst: „Die Präliminarien von Leoben traten an Frankreich, Belgien und die durch die constitutionellen Gesetze der Republik bewilligte Gränze, d. h. die Rheingränze, ab.“ Und wenige Zeilen später: „Man verfügte hier, wie bei der Theilung Polens, über venetianische Gebiete, ohne Venedig selbst zu hören; man bestimmte ihm Entschädigungen, während es doch so gut wie beschlossene Sache war, den ganzen venetianischen Staat aufzulösen und zu vertheilen. Ein Theil des linken Rheinufers ward Frankreich mit unzweideutigen Worten abgetreten und wie zum Hohne die „Integrität des Reiches“ als Basis des Friedens bestimmt; Bonaparte versprach den Oestreichern die Rückgabe von Mantua und Peschiera, und doch war kein Zweifel, daß Frankreich nie geneigt war, dies Versprechen zu erfüllen.“

Von allen diesen Behauptungen ist, soweit ich sehen kann, nur die zweite richtig. Für Venedig wurde eine Entschädigung besonders von Seiten Oestreichs nicht bloß zum Scheine bestimmt. Die Ereignisse waren damals noch gar nicht so weit gediehen, daß die Auflösung des ganzen Staates eine beschlossene Sache hätte sein können. Daß auch nur ein Theil des linken Rheinufers — wenige Zeilen früher hieß es die Rheingränze — mit unzweideutigen Worten den Franzosen abgetreten sei, ist eine Behauptung, die selbst in einem Manifest des Directoriums auffallen mußte. Aber Häuffer versieht die Schmälerung Deutschlands beinahe eben so eifrig, als nur ein französischer Unterhändler sie hätte verfechten können. In einer unbestimmt hingeworfenen Aeußerung des maßlosen Ministers Delacroix, die er dem Directorium zuschreibt, findet er die authentische Interpretation der Präliminarien ¹⁾, während doch aus Sandoz' Mittheilungen sich ergibt, daß die Ansichten dieses Mannes nicht einmal von den Directoren getheilt wurden. Eben so grundlos ist die Behauptung, daß Bonaparte, als er den Vertrag unterzeichnete, Peschiera und Mantua

1) Vgl. Häuffer a. a. O., II, 110 die Anmerkung. Der Brief Delacroix' vom 19. Mai findet sich in der Correspondance inédite, IV, 31. Er nimmt sogar Aachen in Anspruch.

nicht zurückzugeben schon entschlossen war; in seinen Briefen an das Directorium findet sich davon nicht die geringste Andeutung, sondern nur Bemerkungen, wie man den unangenehmen Verlust durch die Befestigung von Pizzighettone ersetzen könne. Als Lucchisini Anfang Mai nach Mantua kam, hörte er von dem General Miollis, der dort befehligte, die Herstellung der Festungswerke sei gerade deshalb aufgegeben, weil die Stadt in den Besitz des Kaisers zurückkehren werde¹⁾. „Aber,“ fährt Häusser fort, „bei beiden Mächten bestand kaum eine Selbsttäuschung. Was beiden als Hauptsache galt, war erreicht, alles Uebrige nur berechnet, die Welt zu täuschen“; und „die Welt ließ sich wirklich eine Zeit lang dupiren; die Vernichtung Venedigs warf das erste grelle Schlaglicht auf den wirklichen Sinn des Vertrages, der Congreß zu Rastatt brachte allmählich auch über die Integrität des Reiches die volle bittere Wahrheit an den Tag.“

In solchem Tone und in solchen Trugschlüssen bewegt sich die Darstellung immer weiter. Die Anerkennung der Reichsintegrität ist für Häusser „eine nichts bedeutende Phrase“, Thugut „hat zu Leoben die Politik von Basel und die Sonderbündnisse von 1796 noch überboten,“ und wenn der Kaiser in Berlin die Unterzeichnung der Präliminarien anzeigen und durch den Fürsten Reuß die Hoffnung auf einen anständigen und rühmlichen Reichsfrieden aussprechen läßt, so erkennt Häusser (II, 121) in dieser ganz wahrheitsgemäßen Mittheilung „eine in der Miene des Biedermanns auftretende Verschlagenheit, gegen welche die Berliner Diplomaten, so schlau sie sich dünkten, doch nur Stümper waren.“

Nicht weniger als für die Grundansicht hat auch für die Beurtheilung der Einzelheiten jene gehässige Stimmung den Standpunkt bezeichnet. Doch es ist gar zu unerfreulich, bei den Schwächen eines Werkes zu verweilen, dessen Vorzügen die deutsche Wissenschaft so vielfach sich verpflichtet fühlt, vor Allem jetzt, da wir das vorzeitige Ende des trefflichen Mannes, der seine beste Kraft darauf verwendet, noch in frischer Erinnerung beklagen. Nur einen

1) Vgl. Lucchisini's Bericht aus Wien vom 12. Mai 1797.

Punkt darf ich nicht übergehen, weil er mit Manchem, was ich früher sagte, unmittelbar zusammenhängt. Schon zu Anfange des Jahres 1794, in einem Commissionsdekret an den Reichstag vom 20. Januar, hatte der Kaiser eine allgemeine Volksbewaffnung in Vorschlag gebracht. In Wien förderte insbesondere der Fürst Colloredo diesen Plan, einerseits in dem Wunsche, die Hülfe Preußens entbehrlich zu machen und den preußischen Forderungen ein Hinderniß entgegenzustellen, andererseits in der richtigen Erkenntniß, daß unter so gefährlichen Verhältnissen, bei dem gewaltfamen Andrang eines leidenschaftlich erregten Volkes nicht die gewöhnlichen, langsam schleppenden Vorschriften der Reichskriegsverfassung, sondern nur eine außerordentliche Anstrengung das erwünschte Ziel erreichen könne. Zu Regensburg in der Sitzung am 1. April sprachen die kaiserlichen Gesandten Freiherr v. Hügel und v. Buol sehr bestimmt in diesem Sinne sich aus. Aber der Antrag begegnete einer kalten, ungünstigen Aufnahme. Mehrere Reichsstände, unter dem Vorgange von Mainz, hätten am liebsten für das Reich schon damals eine vollständige Neutralität erwirkt; von einer Bewaffnung versprochen sie sich Nichts als Aufregung und Gefahren. Preußen konnte schon mit Rücksicht auf seine eigenen Wünschen sich dem Plane nicht günstig zeigen. Auch erklärte der König bereits am 13. März in einem Briefe an den Kurfürsten von Mainz: Unter allen Maßregeln würde wohl keine so unwirksam, gefahrvoll und bedenklich sein, als die Ausbietung und Bewaffnung des ganzen Volkes; sie werde noch besonders durch den Umstand völlig unrathsam, daß sie mit der ferneren Vertheidigung des Reiches durch preußische Truppen sich schlechterdings nicht vereinbaren lasse, vielmehr deren Zurückziehen zur unfehlbaren Folge haben müßte¹⁾.

Was aber beim Reichstage sich nicht durchsetzen ließ, suchte Oestreich wenigstens für seinen Theil zur Ausführung zu bringen, und es waren, wie man aus Lucchesinis Berichten²⁾ erkennt, gerade

1) Vgl. Bivenot a. a. O. I, 22, 27, und das Schreiben des Ministeriums an Lucchesini vom 30. Januar 1794 im preußischen Staats-Archiv.

2) Vgl. den Bericht vom 13. August 1796.

Thugut und Dietrichstein, welche dafür im Gegensatze zum Hofkriegsrath die lebhafteste Theilnahme zeigten. Unter den Flugschriften, die Johannes von Müller damals im Auftrage des österreichischen Ministeriums verfaßte, ist eine, welche auf „die Gefahren der Zeit“, und auf die Volksbewaffnung als das unumgängliche Mittel, ihnen wirksam zu begegnen, in den nachdrücklichsten Worten hinweist¹⁾. Die Denkschrift eines Grafen Fugger, der sich in ähnlichem Sinne aussprach, fand bei Thugut günstige Aufnahme, der Verfasser bald darauf in kaiserlichen

1) Vgl. Die Gefahren der Zeit. Anfangs August 1796, in Müllers Werken, Stuttgart 1835, XL, 102. Es sei gestattet hier nachträglich zu bemerken, daß Müller auch persönlich zu Thugut in dem besten Verhältnisse stand. Thugut war es, dem er im Jahre 1800 die so sehr erwünschte Stellung eines ersten Custos an der Wiener Bibliothek verdankte. „Ich werde dem Baron Thugut,“ schreibt er am 4. October seinem Bruder, „nie vergessen, wie gefällig er sich die Befriedigung meines Wunsches angelegen sein ließ“ (Werke, XXXII, 137). Diese freundlichen Beziehungen überdauerten Thuguts Abwanderung. Noch zu Anfang des Jahres 1802 ging Müller, eigens um den Minister zu besuchen, nach Preßburg. „Diese Reise,“ schreibt er am 4. Januar, „ist ein Opfer, das ich dem Talent gebracht und auf die freundliche Einladung nicht versagen konnte, so gern ich bei meiner Hausarbeit geblieben wäre.“ Und im Juli 1802: „Baron Thugut ist ungemein freundschaftlich, daß, der ihm nie die Cour gemacht, im Unglück sein Freund wurde. Das finden die meisten Kinder dieser Welt unbegreiflich, und ich ganz simpel, weil ich nie den Platz, sondern den Mann von Talent und Beharrlichkeit cultiviren wollte; für alles Große habe ich eine Art abgöttischer Verehrung.“ Als Müller im Mai des folgenden Jahres durch die Einbuße seines Vermögens in Bedrängniß gerieth, war es wieder Thugut, der unaufgefordert ihm zu Hülfe kam. „In einem wunderbaren Unfall,“ liest man in Müllers kurzer Selbstbiographie, „da er um eine sehr beträchtliche Geldsumme betrogen worden, erfuhr er Theilnahme und Gunst auch eines berühmten Mannes, dessen Geist und Kraft gegen den Unstern lange standhaft gekämpft.“ Bei Thugut pflegte er denn auch für seine persönlichen Angelegenheiten sich Rath zu holen. „Morgen gehe ich nach Preßburg,“ schreibt er am 20. Juli 1803, „um über einige Privatsachen mit Baron Thugut mich zu berathen, weil unter den Ministern er derjenige ist, welcher mir doch immer die meiste Freundschaft zeigt.“ Endlich im August desselben Jahres: „Ich habe den Baron Thugut in Preßburg wieder besucht,

Diensten eine Anstellung ¹⁾. Und es blieb nicht bei Worten. In der Noth des Krieges war der Wiener Hof der erste und lange Zeit der einzige nicht nur in Deutschland sondern auf dem europäischen Festlande, welcher gegen das Andringen republikanischer Begeisterung die nationalen Gefühle im eigenen Lande wach zu rufen den Muth und das Verständniß zeigte. Als Jourdan im August 1796 sich den Grenzen Böhmens näherte, wurde sogleich der Landsturm aufgerufen, in Wien bildeten sich Freicorps, denen die Kaiserin selbst die Fahne stückte, und Lucchesini, wie er denn nicht gern eine Billigung ertheilt, findet es äußerst bedenklich, daß man in solcher Weise die französischen Nationalgarden nachzuahmen sich erdreisten könne ²⁾. Als dann feindliche Heere die kaiserlichen Erblande betraten, hat man, wie wir sahen, nicht gesäumt, die nationale Begeisterung sowohl in Ungarn als in den deutschen Provinzen aufzurufen. Und es wirft doch kein schlechtes Licht auf die Regierung, daß dieser Ruf eine Wirkung hatte, Anstrengungen hervorrief, die, hätten sie im übrigen Deutschland Nachahmung gefunden, unser Vaterland bald genug von den fremden Drängern befreit haben würden.

Statt dies anzuerkennen, statt sich zu freuen, daß noch in einem Theile von Deutschland frische Kräfte sich lebendig zeigten, und eine Regierung sie zu nutzen wußte, findet Häuffer auch darin nur den Stoff zu neuen Vorwürfen. Die Erhebung des Volkes hat er allerdings nicht unerwähnt gelassen, aber er entschädigt sich durch die Bemerkung, „daß die officielle Welt, statt so treffliche Mittel zu benutzen, sich schlaff und muthlos gezeigt habe.“ „Solch sittliche Hebel anzuwenden,“ schreibt er, „lag nicht in der Art der Männer, die Oestreich regierten; die Erinnerung an Maria The-

und war sehr zufrieden mit des Empfangs väterlicher Freundlichkeit, mit der rührenden Zärtlichkeit des Abschieds, der vielfachen Einladung. Er ist in seiner Einsamkeit, wo er doch viele Gesellschaft sieht, sehr vergnügt, sieht wohl aus und überläßt, wie ich, der Vorsehung, was auch er nicht ändern kann.“

1) Vgl. Lucchesinis Bericht vom 24. September 1796.

2) Vgl. Lucchesinis Bericht vom 13. August.

refia und an den Aufschwung, womit sie einst die Monarchie gerettet, war für die Leute vom Bureau und von der diplomatischen Routine nicht vorhanden. Dem siegreichen Feinde — soll sich Graf Colloredo ausgelassen haben — stopfe ich mit einer Provinz den Mund, aber das Volk bewaffnen heißt den Thron umstürzen“ (II, 104). Alles, was ich früher mittheilte, was Häusser doch in Luchefinis Berichten finden konnte, läßt er völlig außer Acht, um statt dessen eine durch Nichts verbürgte Aeußerung¹⁾ des Grafen Franz Colloredo anzuführen, eine Aeußerung, die, selbst wenn sie gemacht wäre, nicht einmal große Bedeutung hätte, da dieser Mann auf die kriegerischen Maßregeln gar keinen Einfluß übte. Man sieht, wer mit solcher Willkür die charakteristischen Züge auswählt, kann, selbst ohne im eigentlichen Sinne eine Unwahrheit zu sagen, doch jedes Ereigniß so darstellen, daß von der wahren Beschaffenheit nicht eine Spur mehr übrig bleibt.

1) Sie ist der Biographie des Feldmarschalllieutenants von Hohe entnommen, die ohne Namen des Verfassers in Zürich 1853 erschien.

Sechstes Kapitel.

Der Berliner Vertrag vom 5. August 1796 und die preußische Vermittlung.

Hätte der österreichische Schriftsteller, den ich öfters nennen mußte, einerseits seine Untersuchungen bis auf die Verträge von Leoben und Campo Formio weiter ausgedehnt, andererseits sich darauf beschränkt, die ungerechten Vorwürfe gegen sein Vaterland zurückzuweisen, so hätte er sich, wie mir scheint, jeden Freund der Geschichte, insbesondere aber jeden Deutschen, welcher Partei er auch angehöre, zum Danke verpflichten müssen. Unstreitig war damals in dem Kriege gegen die Revolution Oestreich Haupt und Vorkämpfer des deutschen Reiches, und mir scheint, es könnte für uns Alle nur erfreulich sein, wenn wir erfahren, daß Vorwürfe, die von Oestreich auf unsere ganze Geschichte zurückfallen, sich als unbegründet erweisen, und daß dieser Staat in einer schweren, ereignißvollen Zeit wenn nicht glücklich, doch nicht unehrenvoll deutschen Namen dem Auslande gegenüber vertreten hat. Zunächst ist aber zu bedauern, daß Bivenot durch die leidenschaftliche Heftigkeit seiner Sprache selbst das Wahre und Treffende seiner Ausführungen zweifelhaft, und durch eine beinahe prahlende Ueberhebung auch die wirklichen Verdienste Oestreichs wieder verdächtig macht. Zugleich verfällt er dann in unmäßiges Schmähen gegen das deutsche Reich und die einzelnen Reichsstände, damit der Kaiser als der einzige Gerechte um so glänzender erscheine. Hier ist ihm begegnet, daß er in Wahrheit gegen sich selber spricht. Denn nehmen wir an, daß seine Darstellung der deutschen Zustände begründet sei, daß in dem Chaos der Reichsverfassung weder Energie des Handelns, noch Redlichkeit der Gesinnung, weder Treue

gegen das Oberhaupt, noch Aufopferung für das Allgemeine zu finden waren, was folgt daraus? Sicher kann man diese Eigenschaften dem deutschen Volke, wie es in den Schriften und der Wirksamkeit einer Reihe der ausgezeichnetsten Männer, in der Verfassung und Entwicklung der bedeutenderen Territorien zur Erscheinung kommt, nicht absprechen. Es folgt also, daß die deutsche Nation und das deutsche Reich nicht ein und dasselbe waren. Es folgt weiter, da Oestreich seit Jahrhunderten an der Spitze dieses Reiches stand, daß es — ich lasse dahin gestellt, ob mit oder ohne Schuld — diesen Mängeln durch eigene Kraft nicht abhelfen und der Nation das nicht gewähren konnte, was doch zu ihrem Gedeihen unentbehrlich war. Es folgt endlich, daß man sich nicht wundern darf, wenn ein emporstrebender Staat wie Preußen, der schon eine bedeutende Entwicklung hinter sich und noch höhere Ziele vor sich sah, nicht seine ganze Kraft aufbieten mochte, um mit großen Opfern einen an sich werthlosen, ja für seine eigensten Interessen mehr hemmenden als fördernden Zustand aufrecht zu halten. Darin liegt noch keine Rechtfertigung des baseler Friedens, denn Preußen setzte sich, indem es ihn abschloß, nicht nur in Widerspruch mit den Reichsgesetzen, die doch auch wenigstens in formeller Gültigkeit bestanden, sondern zugleich mit seinen eigenen Interessen und mit den allgemeinen Interessen des deutschen Volkes. Ich glaube aber gezeigt zu haben, daß es, wenn nicht ausreichende doch wenigstens bedeutende, politische Gründe für den baseler Frieden gab. Nach Bivenots Anschauung war es dagegen ausschließlich die persönliche Nichtswürdigkeit der leitenden Staatsmänner in Preußen, die alles Unglück verschuldet hat; auf diese, insbesondere auf den König, häuft er mit steigender Lebhaftigkeit immer neue Vorwürfe. Nicht genug, daß Preußen an der Vertheidigung des Rheins und der Reichsverfassung sich nicht eifrig betheiligte, Bivenot ist überzeugt, daß die preußischen Staatsmänner im Einverständnis mit Frankreich in boshafter Freude selbst an der Erniedrigung Deutschlands arbeiteten, daß sie das linke Rheinufer in französische Gewalt zu bringen und mit französischer Hülfe die Reichsverfassung umzustürzen sich zum Ziele setzten. Hier

mußte er nun in den entschiedensten Widerspruch zu Häuffer gerathen, der eben aus den Documenten des preußischen Staatsarchivs zu beweisen suchte, daß die Verbindung zwischen Preußen und Frankreich auch nach dem baseler Frieden nicht so enge und so freundschaftlich gewesen sei, als man bisher anzunehmen sich gewöhnt hatte. Aber Häuffers Ausführungen waren für Vivenot kein Hinderniß; es kostet ihm wenig Ueberwindung, seinen Gegner auch in diesem Falle der Geschichtsfälschung, wenn nicht der Urkundenfälschung anzuklagen und allen seinen Folgerungen durch einfache Verneinung zu antworten. Welche von beiden Ansichten die Probe hält, kann nicht zweifelhaft sein. Vivenot lagen nur die heftig gereizten Berichte einzelner österreichischen Gesandten vor, während Häuffer im preußischen Archiv die ächten Quellen zu Gebote standen. Einzelheiten ließen sich daraus deutlicher und lebhafter hervorheben; in allem Wesentlichen hat er sie richtig und unbefangen benutzt, wie denn überhaupt die Neigung, preußische Politik über ihr Verdienst zu erheben, gar nicht zu Häuffers Eigenheiten gehört. Preußen hegte in der That in Basel und nach dem baseler Frieden den lebhaften Wunsch, das linke Rheinufer Deutschland zu erhalten; man hat niemals aufgehört, durch alle diplomatischen Mittel und zuweilen nicht ohne gegründete Hoffnung dies Zugeständniß von Frankreich zu verlangen. Der Fehler lag nur darin, daß das Verlangen nicht energischer ausgesprochen wurde, daß man, statt die Franzosen durch Hinweis auf die Waffen zur Nachgiebigkeit zu stimmen, in allen Erklärungen den Satz vorausgehen oder folgen ließ, Preußen würde in keinem Falle, auch nicht wenn das linke Rheinufer darüber verloren gehen sollte, an dem Kriege sich wieder betheiligen. Noch weiter war man aber entfernt, auf ein Bündniß mit der Republik gegen Oestreich sich einzulassen. Kein Mittel, weder Drohung noch Versprechung, blieb von den Franzosen unversucht; aber alle begegneten in Berlin entschiedener Zurückweisung. Insbesondere spricht was von der eigenen Hand des Königs herrührt sich am bestimmtesten in diesem Sinne aus. Um so unerfreulicher empfindet man, daß Vivenot gerade die Person Friedrich Wilhelms II.

zu verunglimpfen liebt, der doch offenbar mehr als seine ganze Umgebung dem Kaiser und einem freundlichen Zusammengehen mit Oestreich geneigt war. Was mir von der eigenen Hand dieses Fürsten bekannt geworden ist, bestätigt überhaupt nicht die ungünstige Meinung, die beinahe allgemein gegen ihn herrschend geworden war, ehe sie durch Sybel und Häusser wieder einigermaßen günstiger sich gestaltete. Es würde nicht gelingen, wollte man ihn als einen großen Charakter oder ausgezeichneten Regenten darstellen, aber noch weniger darf man glauben, daß er den Staatsgeschäften ganz fremd geblieben sei, oder gar kein Verständniß ihnen entgegen gebracht hätte; es zeigt sich im Gegentheil, wo er selbst urtheilt, gewöhnlich ein richtiger Verstand und ein guter Wille, von dem man nur wünschen muß, daß er mit größerer Festigkeit und Ausdauer sich Geltung verschafft hätte. Von allem diesem wird am deutlichsten die folgende Uebersicht der Verhandlungen mit Frankreich überzeugen.

Wir haben schon früher aus dem Briefwechsel Merlins von Thionville ersehen, wie wenig Neigung dieser einflußreiche Volksrepräsentant für Preußen, oder nach seinem Ausdruck für den Preuß, le prussien, im Herzen trug. Barthelemy und Bacher waren allerdings freundlicher gesinnt, sie wünschten eine enge und dauerhafte Verbindung. Als aber der König auf ein Bündniß gegen die Coalition, wie die Franzosen verlangten, sich nicht einlassen wollte, wurden auch sofort die schönen Versprechen und freundlichen Bezeugungen mit Klagen und Drohungen untermischt. Ganz dieselbe Erfahrung machte Gerbinus, der seit dem Mai 1795 in Paris verweilte und am 25. August zum Geschäftsträger ernannt wurde. Seine zu offene Art, über Personen und Verhältnisse sich auszudrücken, brachte ihn sogar bald zu den republikanischen Machthabern in einen entschiedenen Gegensatz. Weder in Paris noch in Basel zeigte sich denn auch Bereitwilligkeit, den preußischen Wünschen nachzukommen. Preußen suchte auszuwirken, daß die Festung Mainz für neutral erklärt und einstweilen etwa durch Reichstruppen besetzt würde. Die Neutralität war den Franzosen nicht zuwider, nur verlangten sie, daß statt der Reichscontingente französische Truppen die Stadt in Ver-

wahrung nähmen, bis der Friede endgültig ihr Schicksal bestimme¹⁾. Man erinnert sich, daß der Reichsschluß vom 3. Juli Preußens Vermittlung angesprochen hatte. In Folge dessen übergab Hardenberg bei seiner Rückkehr aus Berlin am 24. Juli eine Note, welche als Einleitung zum Reichsfrieden zunächst eine Waffenruhe auf Grund des gegenwärtigen Besitzstandes, demnächst einen Congreß der Friedensdeputation mit den französischen Gesandten in Frankfurt vorschlug²⁾. Aber dieser Vorschlag hatte, wie die preussische Politik überhaupt, das Loos, keiner von beiden Parteien genug zu thun. In Wien erregte er das heftige Mißfallen des Fürsten Colloredo, weil Preußen gar nicht berechtigt sei, einseitig für das Reich einen Waffenstillstand vorzuschlagen, und ebenso lautete die französische Antwort ablehnend; ein Waffenstillstand, meinte man, liege nicht im französischen Interesse, auch könne ja das Reich mit der Republik eine directe Verhandlung anknüpfen. Auf ferneres Andringen wurde Gerwinus in Paris bedeutet, man könne überhaupt auf die preussische Vermittlung kein großes Gewicht legen, weil der Reichsschluß vom 3. Juli vorerst dem Kaiser Vollmacht gegeben und Preußen nur zur Beihülfe zugezogen habe³⁾.

Im Herbst wurde dann eine regelmäßige diplomatische Vertretung in beiden Hauptstädten hergestellt. Der König hätte sie lieber vermieden. Noch zu Ende Juli suchte Hardenberg auseinanderzusetzen, daß man besondere Gesandtschaften in Berlin und Paris eigentlich gar nicht bedürfe; das Nöthige lasse sich wie bisher wohl in Basel vereinbaren. Aber diese ausweichende Haltung wurde von Barthelemy und noch mehr im Wohlfahrtsauschuß sehr übel aufgenommen⁴⁾. Schon am 11. Juli war ein Herr

1) Vgl. den Bericht Barthelemys an den Wohlfahrtsauschuß vom 19. Mai im Ministerium des Auswärtigen.

2) Vgl. das Schreiben Hardenbergs vom 24. Juli und Barthelemys Antwort vom 10. August 1795 im politischen Journal, 1795, S. 911 fg.

3) Vgl. Häuffer a. a. O. II, 24.

4) Vgl. Barthelemys Bericht an den Wohlfahrtsauschuß vom 27. Juli und die Antwort des Ausschusses vom 3. August 1795 im Ministerium des Auswärtigen.

Caillard für den Berliner Gesandtschaftsposten ernannt; wollte Preußen nicht ganz abbrechen, so war es unmöglich, den Wünschen der Franzosen sich zu entziehen. So viel Rücksicht nahm man doch in Paris, daß für die preußische Hauptstadt eine Persönlichkeit bestimmt wurde, deren Vergangenheit keine unerfreuliche Erinnerung weckte. Caillard gehörte, wie Barthelemy, der alten französischen Diplomatie an; er hatte früher in Holland gewirkt, freilich den preußischen Interessen entgegen, aber doch nicht so, daß er persönlich mißfällig geworden wäre. Auch in seinen Depeschen, so weit ich sie kenne, äußert er sich mit Ruhe und Verstand als ein Mann, der offenbar, so viel an ihm lag, zu einem aufrichtigen, für beide Theile vortheilhaften Einvernehmen beizutragen wünschte. Am 20. October langte er in Berlin an und wurde am 29. vom König empfangen. Die Bevölkerung, schreibt er einige Wochen später, habe lebhaft den Frieden gewünscht und ihn recht wohl aufgenommen. Der Prinz Heinrich zeige sich als Frankreichs eifrigen Freund, nur der König, unter dem Einfluß der Emigranten, sei der Republik noch immer heftig entgegen. Caillard hofft jedoch, ihn allmählich umzustimmen, und er wäre in der That dafür der geeignete Mann gewesen. Aber gerade seine Besonnenheit und Mäßigung konnten ihm die Zufriedenheit Delacroix' nicht verdienen. Bald nach seiner Ankunft ging schon die Rede, er solle zurückgerufen werden, und das volle Vertrauen des Ministers scheint er niemals, wenigstens nicht ungetheilt besessen zu haben. Vor ihm und nach seiner Ankunft befand sich in Berlin ein französischer Agent, Namens Parandier, ein leidenschaftlich aufgeregter Mann von jacobinischer Gesinnung und von dem bittersten Haß gegen Preußen, vor Allem gegen den preußischen Hof erfüllt. Unablässig ist er bemüht, den Minister gegen Preußen einzunehmen und sein Mißtrauen wach zu halten. Besonders weiß er zu diesem Zwecke die polnischen Angelegenheiten zu benutzen; vielleicht darf er das Verdienst ansprechen, das Wenige, was damals von Seiten der Republik für Polen geschehen ist, nicht zum geringsten Theile angeregt zu haben. Alles, was von Intriguen und anstößigen Geschichten des Hofes und

der Gesellschaft ihm zu Ohren kommt, säumt er nicht, mit schadenfroher Ausführlichkeit zu berichten, während Caillard, wenn er auch dergleichen Vorgänge nicht durchaus übersehen kann, doch einmal die Bemerkung hinzufügt, der Kreis, in dem sie sich bewegen, sei äußerst beschränkt, auf den Gang der großen politischen Ereignisse hätten sie gar keinen Einfluß ¹⁾. Ein Mann, wie Parandier, war der preussischen Regierung, wie man denken kann, sehr unbequem. Man that mehrmals Schritte in Paris, um seiner ledig zu werden, aber Delacroix ging darauf nicht ein. Wie er in Basel lieber Poterat als Barthelemy vertraute, so wollte er auch in Berlin neben Caillard Parandier nicht entbehren. Er führt mit ihm sehr eifrig einen besonderen Briefwechsel, und es ist an nicht wenigen Stellen unverkennbar, daß der Agent bei dem Minister mehr als der Gesandte gegolten und auf den Gang der Verhandlungen wesentlichen Einfluß geübt hat.

Nicht lange nach dem Eintreffen Caillards wurde Hardenberg von Basel zurückgerufen; der frühere Gesandte in Madrid, Freiherr von Sandoz-Rollin aus Neuenburg, war mit der Vertretung Preußens in Paris betraut. Nach einer langen, mühevollen Reise erreichte dieser erste preussische Gesandte bei der französischen Republik am 16. December den Ort seiner Bestimmung, ein schon bejahrter etwas kränklicher Herr, aber voll Zuversicht und Selbstvertrauen, obwohl ihm Luchesinis Scharfblick und Gewandtheit nicht in gleichem Grade eigen waren. Die Geschäfte betrieb er nicht mit übermäßigem Eifer; häufig erhält er von Berlin aus einen Verweis, daß er nicht regelmäßig genug und nicht, wie die meisten übrigen Gesandten, zweimal in der Woche Nachricht gäbe. Seine Depeschen sind zuweilen weitschweifig, seine politischen Urtheile, besonders seine Prophezeihungen treffen selten zu. Gleichwohl ist er für die ihm übertragenen Verhandlungen, dann für manches bedeutende Ereigniß, insbesondere für die Art des diplomatischen Verkehrs in Paris ein Zeuge von entschiedenem Werth. Seine

¹⁾ Vgl. den Bericht vom 13. Juli 1796 im Ministerium des Auswärtigen.

Instructionen lauteten dahin, Frankreich vor dem Wiederanfang des Krieges zu förmlicher Anerkennung der im letzten Feldzug so oft überschrittenen Demarcationslinie zu vermögen und dadurch Norddeutschland und Hannover vor feindlichem Einfall zu sichern. Daneben sollte er für die preußischen Provinzen am linken Rheinufer, welche, wenn auch in französischer Gewalt, doch keineswegs ganz aufgegeben waren, eine weniger rücksichtslose Behandlung erwirken; endlich die etwa eingeleiteten Verhandlungen zwischen der Republik und Oestreich überwachen, insbesondere, ob nicht etwa Baiern ganz oder theilweise dem Kaiser preisgegeben würde. Offenen Widerstand dagegen hätte Preußen in Wien und Petersburg nicht leicht erheben können, weil der russisch-preußische Vertrag vom 23. Januar 1793 als Ersatz für die zweite Theilung Polens dem Kaiser die Erwerbung Baierns versprochen hatte. Nach wie vor wurde aber die Ausführung dieses Planes in Berlin und beinahe noch mehr von den einzelnen preußischen Gesandten als das gefährlichste Unheil für die Monarchie betrachtet. Es sollte daher auch Sandoz nach Kräften dagegen wirken, nur wird ihm dabei Vorsicht und die Vermeidung jeder öffentlichen Aeußerung zur Pflicht gemacht.

Am letzten Tage des Jahres 1795 überreichte der neue Gesandte bei einer feierlichen Vorstellung im Luxembourg dem versammelten Directorium seine Beglaubigungsschreiben; von beiden Seiten ließ man an schönen Worten und Versprechungen nichts fehlen. Aber es fehlte viel, daß ein freundliches oder gar vertrauliches Verhältniß sich entwickelt hätte. In der französischen Regierung befaßten sich Kewbell und Delacroix, wie schon bemerkt, mit den auswärtigen Angelegenheiten, Carnot und der General Aubert Dubayet mit dem Kriegswesen; mit diesen hatte Sandoz vornehmlich wegen der Demarcationslinie zu verhandeln. Die Verletzung während des Herbstfeldzuges hatte schon in Basel und Berlin zu wenig erfreulichen Klagen und Erklärungen Veranlassung gegeben¹⁾. Um so weniger fand Sandoz die Franzosen

1) Vgl. die Note Hardenbergs an Barthélemy vom 12. November und

jetzt zu einem Zugeständniß bereit; sie wünschten vorerst, Preußen zu entschiedenen Schritten gegen Oestreich, zu einem Bündniß mit Frankreich und zu einem vorläufigen Vertrag über die künftige Gestaltung Deutschlands zu drängen, wobei die förmliche Abtretung des linken Rheinufers als unumgänglich betrachtet wurde. Gleich folgt schon hier die Andeutung, man könne nöthigen Falls auch mit Oestreich sich einigen. „Wissen Sie,“ äußerte Desaix am 6. Januar¹⁾, „daß der Kaiser morgen Frieden schließen würde, wenn wir in den Bairischen Tausch einwilligten, und wissen Sie auch noch, daß der Kaiser in demselben Augenblick ohne Umstände die Reichsfürsten ihrem unglücklichen Schicksale überlassen würde? Nichts in der Welt ist gewisser!“ Der Anerkennung der Demarcationslinie suchte man auszuweichen, wiederholten Anträgen Sandoz' traten immer neue Einwürfe entgegen, wahrscheinlich deßhalb, weil der Feldzugsplan noch nicht festgestellt war. In Berlin zeigte sich dagegen eben so wenig Neigung, auf die französischen Anträge einzugehen. „Die Gründe und die Anerbietungen des Herrn Caillard,“ schreibt der König eigenhändig am 6. Februar an die Minister, „sind wenig stichhaltig; es scheint, man will nur Zeit gewinnen und uns mit ganz Europa veruneinigen.“ Diese Sprödigkeit Preußens, von Parandier in den übelsten Farben ausgemalt, erregte wieder großen Unwillen in Paris; man sprach den Verdacht aus, der König wolle zur Coalition zurücktreten; Carnot erging sich in übertriebenen Schilderungen der französischen Hülfquellen, wie zwei große Armeen, jede von 320,000 Mann, in Deutschland und Italien jeden Widerstand vernichten würden. Auf Sandoz' Beschwerden über das Verfahren in Cleve und Geldern erfolgten nur ausweichende Antworten, die Bedrückung des Landes steigerte

Barthelemys Antworten vom 13. und 20. November im Ministerium des Auswärtigen, ferner die Klage Caillards über die Oestreicher vom 21. November und die sehr entschiedene Abfertigung durch das preußische Ministerium vom 25. November 1795 im preußischen Staats-Archiv.

1) Vgl. Sandoz' Bericht vom 7. Januar 1796.

sich sogar; „selbst der Wohlfahrtsausschuß,“ schreibt das Ministerium am 28. März, „sei nicht so willkürlich und rücksichtslos zu Werke gegangen.“ Als der Legationsrath Gervinus sich in seinem Verhalten den Wünschen des Directoriums nicht völlig anbequemte, sollte er, wie kurz vorher der Ritter Carletti, sofort aus Paris verwiesen werden. Das kündigte Delacroix eines Tages ohne Umstände dem Gesandten an; nur mit Mühe erwirkte Sandoz einigen Aufschub, so daß Gervinus wenigstens ein Abberufungsschreiben erwarten und in üblicher Form überreichen konnte¹⁾. Beinahe drei Monate vergingen unter diesem erfolglosen Hin- und Herreden; endlich als man aus den Briefen Poterats und den Noten Wickhams ersehen hatte, daß zunächst von Oestreich und England nichts zu hoffen sei, äußerte Delacroix am 24. März, unmittelbar nach jener Eröffnung über Gervinus, man sei jetzt geneigt, auf Sandoz' Wünsche einzugehen. Er sprach heftig gegen die beiden verbündeten Mächte; das Directorium wolle dagegen Preußen groß machen und biete dem König — diese Idee stammte eigentlich aus Parandiers Kopfe — Mecklenburg, das er entweder mit seinen Staaten vereinigen, oder zu einem Kurfürstenthum erheben und zur Entschädigung für den Prinzen von Oranien benutzen könne. Noch vor Mitternacht traf denn auch die von Delacroix versprochene Antwortsnote ein, die Sandoz eiligst nach Berlin schickte, in der Hoffnung, jetzt er hinzu, daß sie dort in jeder Beziehung genügen würde. Aber in Berlin erregte sie gerade im Gegentheil das äußerste Mißfallen, und sieht man sie an, so begreift man kaum, wie der Gesandte so leicht sich befriedigen oder täuschen lassen konnte. Denn unter dem gewöhnlichen Wortschwall von französischer Uneigennützigkeit und Loyalität spricht sie nur in allgemeinen Ausdrücken die Geneigtheit aus, demnächst über die Feststellung der Demarcationslinie, aber in Anschluß daran über ein Bündniß zwischen Frankreich und Preußen zu unterhandeln. Sehr ungehalten läßt der König am 8. April an Sandoz schreiben: „Man hört nicht

1) Sandoz am 24. März und 12. April 1796.

auf, Ihnen Freundschaftsversicherungen für Preußen zu geben, aber man sollte sie lieber bei Seite lassen, wenn man sie nicht besser als durch ein so absurdes Anerbieten, wie die Erwerbung Mecklenburgs, beweisen mag. Wie kann man, von allem Andern abgesehen, sich einbilden, ich würde mich entschließen, in solcher Weise ein Fürstenhaus zu berauben, das mit mir aufs Engste verbunden ist und mir niemals den geringsten Anlaß zum Mißvergnügen gegeben hat. Sie haben dem Herrn Delacroix sehr gut auf diesen lächerlichen Vorschlag geantwortet, und ich hoffe, man wird nicht wieder auf diesen Plan und auf keinen andern derselben Art zurückkommen. Ich wiederhole, es ist die schleunige, unbedingte Annahme der Demarcationslinie, wodurch mir Frankreich seine guten Gesinnungen hätte beweisen können und beweisen kann. Aber ich gestehe, ich kann Ihr Vertrauen in diesem Punkte nicht theilen. Die ewigen Winkelzüge dieser Regierung müssen nothwendig den Verdacht bestärken, sie wolle nur Zeit gewinnen und sich für den Fall eines Feldzugs die Freiheit vorbehalten, den Umständen und ihren militärischen Entwürfen gemäß zu verfahren.“

Das Mißvergnügen des Königs steigerte noch ein Bericht, der wenige Tage später eintraf. Bei einer Zusammenkunft am 4. April hatte Delacroix dem erstaunten Gesandten plötzlich zwei fertige Verträge vorgelegt, mit der Anmuthung, sie sogleich zu unterschreiben. Der eine betraf die Demarcationslinie, der andere enthielt eine Reihe höchst wichtiger geheimer Artikel über die künftige Gestaltung Deutschlands. Sandoz entschuldigte sich, daß er dazu gar keine Ermächtigung besitze, besonders rücksichtlich der geheimen Artikel. Aber der Minister entgegnete heftig, beide Verträge gehörten untrennbar zusammen. Man konnte sich nicht einigen und ging nicht in der freundlichsten Stimmung auseinander. Sandoz gibt sogleich durch einen Courier von diesen Vorfällen Nachricht; er klagt bitter über die Unzuverlässigkeit, über den Hochmuth und die Eitelkeit der Franzosen, meint aber doch, sie seien im Grunde Preußen freundlich gesinnt ¹⁾. In

1) Sandoz am 5. April 1796.

Berlin erregte dies Verfahren den äußersten Unwillen, man lobte Sandoz, daß er sich nicht habe überraschen lassen, doch fand der König es unverzeihlich, daß er gar nichts, nicht einmal aus dem Gedächtniß über den Inhalt der Aktenstücke, die er doch gelesen habe, mittheile ¹⁾. Allerdings wurde man bald aufgeklärt. Am Abend des 20. legte Caillard Haugwitz den Vertrag über die Demarcationslinie und die geheimen Artikel vor. Der erstere ging im Allgemeinen auf die preußischen Wünsche ein, enthielt aber doch mehrere Abweichungen, die nachtheilig werden konnten, insbesondere die Bestimmung, Preußen solle zum Schutz von Ansbach und Baireuth ein Corps von 10,000 Mann aufstellen und sich verpflichten, Oestreich, wenn es die Demarcationslinie verlege, sogleich den Krieg zu erklären. In den geheimen Artikeln wurde zuerst das linke Rheinufer an Frankreich abgetreten, und der Grundsatz der Säcularisationen anerkannt. Dafür sollte Preußen das Bisthum Paderborn und das Herzogthum Westphalen erhalten, um es nach Belieben gegen Mecklenburg zu vertauschen. Der Erbstatthalter von Oranien sollte durch Würzburg und Bamberg eine Entschädigung finden, den Hessischen Häusern waren kirchliche Besitzungen, Hessen-Kassel zudem die Kurwürde zugebracht. Für alle deutschen Fürsten, welche mit der Abtretung des linken Rheinufers sich einverstanden erklärten, wurde die preußische Vermittlung angenommen ²⁾.

In Berlin waren die Minister einer Ansicht, daß man auf solche Bedingungen nicht eingehen könne. In dem Bericht, welchen sie am 21. April an das Cabinet senden, bemerken sie, der König werde die Artikel sogleich als unannehmbar erkennen, da man die preußischen Provinzen jenseits des Rheines abtreten und durch Säcularisationen die Verfassung Deutschlands zerstören solle. Auch dem Vertrag über die Demarcationslinie sei nicht zuzustim-

1) Das Ministerium am 15. und 18. April an den König, der König eigenhändig am 18.

2) Vgl. Haugwitz' Bericht an das Ministerium vom 20. April; der beiliegende Vertrag ist von den Directoren am 12. Germinal IV (1. April 1796) unterzeichnet.

men, da er mehrere Theile des preußischen Gebietes unbesetzt lasse und das Versprechen fordere, Oestreich, falls es die Linie verlege, den Krieg zu erklären. Zudem würde die Aufstellung eines Corps von 10,000 Mann in Franken Norddeutschland nur noch mehr entblößen. Besonders unangenehm empfand man, daß Preußen der Verzicht auf das linke Rheinufer zugemuthet würde, während noch vor wenigen Tagen, am 26. März, das französische Ministerium in der Antwort an Wickham erklärt habe, die nicht gesetzlich mit Frankreich vereinigten Länder könnten Gegenstand der Verhandlung sein. Die Minister schlugen vor, man solle ausweichend antworten und Zeit gewinnen, bis Dohm, der eben mit Hannover und anderen norddeutschen Staaten wegen eines Vertheidigungsbündnisses unterhandelte, nähere Nachricht gegeben habe.

Dieser Ansicht war auch der König. „Ganz gewiß“, schreibt er schon am 22. April eigenhändig zurück, „man muß auf die französischen Vorschläge, in denen eben so viel Arglist als Unwissenheit in politischen Dingen hervortritt, eine hinhaltende Antwort geben. Ich hoffe, Herr von Dohm empfängt von dem hannoverschen Ministerium bald einen Bescheid, wonach man die geeigneten Maßregeln schleunig in Vollzug setzen kann. — Auch müssen wir so bald als möglich die Gränzberichtigung im Palatinate Krakau zum Abschluß bringen; wir erlangen dadurch den doppelten Vortheil, die Kosten für die Truppen zu sparen, die wir dort auf Kriegsfuß unterhalten müssen, und könnten ihrer, so weit die durch Herrn Caillard eingereichten Depeschen urtheilen lassen, sehr leicht nach anderer Seite hin benöthigt sein.“

Als nun Sandoz in diesem Sinne in Paris antwortete und eine besondere Denkschrift einreichte¹⁾, war wieder der Unwille auf Seiten der Franzosen. Vornehmlich erbitterte, daß Preußen die Demarcationslinie durch ein Observationscorps decken wollte. Der glückliche Anfang des italiänischen Feldzugs steigerte den

1) Vgl. die Schreiben des Ministeriums an Sandoz vom 9. und 10. Mai 1796.

Uebermuth. Carnot erging sich aufs Neue in prahlenden Schilderungen der französischen Heeresmacht; in Deutschland behauptete er über nicht weniger als 450,000 Mann zu verfügen. Sogleich ließ sich auch wieder die alte Drohung vernehmen, man werde mit Oestreich ein Abkommen treffen und ihm Baiern überlassen. „Wir lieben den König von Preußen,“ äußerte Rewbell Anfangs Mai in seiner barschen Weise, „und wir verabscheuen Oestreich. Aber wenn man unsere Freundschaft nur als Nothbehelf gebrauchen will, wenn man uns mit Verachtung behandelt, so müssen wir uns anderswo umsehen; Andere werden auf unsere Freundschaft größeres Gewicht legen, und wir werden uns an sie wenden, so wenig wir sie auch achten können.“ „Nach meiner Meinung,“ bemerkte er einige Tage später, „kommt Alles auf die folgende Alternative hinaus: will der König von Preußen mit Frankreich Freundschaft halten, so sind wir entschlossen, dem Kaiser geringe oder gar keine Entschädigung zuzugestehen, also jeden Gedanken an den Bairischen Tausch zurückzuweisen. Will aber der König von Preußen sich darauf nicht einlassen, so sind wir gezwungen, dem Tausche Baierns gegen Belgien zuzustimmen und dann die Interessen Sr. Preussischen Majestät außer Acht zu lassen¹⁾.“

Auch Sandoz schrieb in diesem Sinne. Er meinte, Preußen müsse mit Frankreich sich einigen, um die österreichischen Entwürfe zu verhindern. Oestreich könne Preußen den Baseler Frieden nie vergessen und werde gewiß eine Entfremdung zwischen Frankreich und Preußen sogleich benutzen, um den über Alles gefährlichen Tausch durchzusetzen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Ansichten und Befürchtungen des Gesandten auch auf das Ministerium Einfluß übten; größeres Gewicht hatten wohl die unerwarteten Erfolge Bonapartes in Italien, welche den Frieden mit Sardinien alsbald herbeiführten und auch den Kaiser in heftige Bedrängniß versetzten. Vor Ende Mai gibt sich in den Gesinnungen der preussischen Regierung ein Wechsel kund. Eine Depesche an Sandoz vom 23.

1) Sandoz am 6. und 10. Mai 1796.

enthält zunächst die Bethuerung, daß Preußen in keiner Weise mit Oestreich oder England sich wieder einlassen oder den Interessen Frankreichs entgegentreten werde; man sei sogar nicht abgeneigt, über die Grundlage des künftigen Friedens in Erörterungen einzugehen; nur dürfe nicht von dem König verlangt werden, daß er zuerst öffentlich für Maßregeln sich ausspreche, die der gegenwärtigen Verfassung des Reiches zuwiderliefen. Nachdem Sandoz noch mehrmals das Kriegsglück und die großen Hülfquellen der Franzosen hervorgehoben und von ihrem beständigen Drängen Nachricht gegeben hat, erfolgt am 6. Juni die Antwort: „Sie wissen, daß es keineswegs meine Absicht ist, einer Vereinbarung mit der französischen Regierung auszuweichen; nur muß diese ihrerseits anerkennen, daß es nicht anders, als in einer eventuellen Weise geschehen kann, die von den Bedingungen und Grundsätzen des künftigen Friedens abhängt.“ Während dieser Zeit wurde denn auch lebhaft in Berlin zwischen Haugwitz und Caillard verhandelt, und man wäre wohl schon damals zum Abschluß gekommen, hätte nicht plötzlich eine Depesche Sandoz' in erwünschter Weise die Lage verändert.

Am 21. Mai wurde, wie erwähnt, von Seiten Oestreichs der Waffenstillstand am Rheine gekündigt. In Paris war die Aufregung über diesen Schritt sehr groß; sie bewog auch Sandoz zu entschiedenem Vorgehen. Statt an Delacroix, von dem doch Nichts zu erlangen war, wandte er sich unmittelbar an Rewbell und Carnot, überzeugte sie aus den Depeschen des preußischen Ministeriums, daß man keinerlei feindliche Absicht gegen Holland hege, und drang dann abermals auf Anerkennung der Demarcationslinie. Es gebe kein anderes Mittel, fügte er hinzu, einen großen Theil des Reiches zu beruhigen und den Weg zum Frieden zu ebnen; zur Vorberathung der geheimen Artikel sei keine Zeit mehr, so müsse man wenigstens über die Demarcationslinie ungesäumt sich einigen. Er fand diesmal für seine Vorschläge besseres Gehör, hauptsächlich aus dem Grunde, weil der Feldzugsplan der zwei französischen Heere gegen Süddeutschland schon festgestellt, und dafür die preußischen Forderungen

kein Hinderniß waren. „Wir können“, erwiderte Carnot, „keinen öffentlichen Vertrag über die Demarcationslinie schließen, ohne ihn mit einer geheimen Uebereinkunft zu verbinden, die uns wenigstens Preußen gegenüber sicher stellt. Wir können auch nicht auf die Gelegenheit verzichten, unsern erbittertsten Feind, den König von England, durch vorgebliche Entwürfe auf Hannover einzuschüchtern; aber wir können dem König von Preußen gegenüber die heimliche Verpflichtung eingehen, während dieses Krieges Nichts gegen Norddeutschland und insbesondere gegen Hannover zu unternehmen; es war dies ohnehin unser Plan, und der König darf versichert sein, daß das Directorium aufs gewissenhafteste sich daran halten wird. Ist diese Uebereinkunft dem Könige genehm, so können wir die Einigung über die geheimen Artikel bis auf den Frieden verschieben; wir geben einander eine stillschweigende Versicherung: der König, daß er die Observationsarmee innerhalb der Gränzen des neutralen Gebietes halten, die Franzosen, daß sie die Demarcationslinie nicht verletzen werden. 1)

In Berlin griff man mit beiden Händen zu. Finkenstein und Haugwitz sprechen am 11. Juni dem König ihre lebhafteste Freude aus, daß man mit Caillard noch nicht abgeschlossen habe und die schwierige Verhandlung über die geheimen Artikel bis zum Frieden vertagen könne. Aber man war im Irrthum, wenn man so leicht der Zudringlichkeit des Directoriums sich überhoben glaubte. Es bezeichnet Sandoz' schwierige und zweifelhafte Stellung, daß er längere Zeit gar nicht wagte, dem Minister Delacroix von dem Vorgefallenen Kenntniß zu geben. Er fürchtete, dieser sehr reizbare, hochfahrende Mann werde später Rache nehmen, daß Sandoz sich unmittelbar an die Directoren gewendet habe. Während dessen hatte Caillard zu Anfang Juni den günstigen Fortgang der Verhandlungen in Berlin gemeldet, und als Sandoz endlich am 11. Muth faßte, mit dem Minister über die Demarcationslinie zu reden, kam ihm dieser mit der

1) Sandoz' Bericht vom 1. Juni 1796; am Abend des 30. Mai hatte die Unterredung stattgefunden.

Nachricht entgegen, so eben sei ein Schreiben Caillards eingetroffen; man stehe auf dem Punkte, die beiden Verträge in Berlin zu unterzeichnen ¹⁾. Um so heftigeren Unwillen zeigte er, als er bald darauf erfuhr oder erfahren haben wollte, er sei übergangen, und die Verhandlung in Berlin kurz vor dem Abschlusse wieder ausgesetzt; dringend verlangte er, man müsse wenigstens jetzt sich unverzüglich einigen. In demselben Sinne sprach Carnot, und noch entschiedener Kewbell. Auf's Neue wurde hervorgehoben, daß Frankreich zwischen Oestreich und Preußen zu wählen habe, daß man für jetzt noch günstige Bedingungen anbieten, aber später den bairischen Tausch schwerlich würde verhindern können. „Warum wollen Sie nicht Hannover nehmen?“ fragte Carnot. „Wir wollen die Beschützer Deutschlands sein, nicht die Eroberer,“ war Sandoz' Antwort. Im Uebrigen theilte er den Wunsch der Directoren; ohne Unterlaß drängt er, man solle im Voraus mit Frankreich sich einigen, nicht erst den allgemeinen Frieden erwarten, bei welchem Oestreichs Widerstand zu befürchten stehe. Nach der Wendung des Feldzuges sei das linke Rheinufer doch nicht mehr zu retten, der Zeitpunkt, Preußen zu vergrößern, einzig in seiner Art und vielleicht für immer verloren, wenn man ihn nicht schleunig benutze ²⁾.

Es läßt sich nicht verkennen, daß bei der damaligen Stellung Preußens diese Gründe von Gewicht sein mußten; sie erhielten noch besondere Verstärkung durch die außerordentlichen Erfolge der französischen Heere, die in Italien Wurmsfer nach Tyrol, in Deutschland den Erzherzog Karl bis nach Baiern zurückdrängten. Man hatte zu eben dieser Zeit das unerfreuliche Schauspiel, daß ein so mächtiger Reichsstand wie Preußen die äußerste Bedrängniß des Reiches benutzte, um in Franken zweifelhafte und verjährte Rechtsansprüche, angebliche Pertinenzen der Fürstenthümer Ansbach und Baireuth, gegen die schwachen geist-

1) Vgl. Sandoz' Bericht vom 11. Juni. Am selbigen Tage schreibt Delacroix in sehr aufgeregtem Tone an Caillard.

2) Vgl. den Bericht vom 20. Juni 1796.

lichen und weltlichen Reichsstände der Nachbarschaft geltend zu machen. Selbst zwei Nürnberger Vorstädte wurden auf diesen Grund am 4. Juli von preußischen Truppen förmlich in Besitz genommen. Ein solches Verfahren mußte die bevorstehende Auflösung der Reichsverfassung voraussetzen, und Nichts schien dringender, als sich für diesen Fall des französischen Beistands zu versichern. Eine Denkschrift des Ministers Alvensleben, vom 6. Juli datirt, ist denn auch durchaus in diesem Sinne abgefaßt. Er meint, schon in Basel hätte man sich mit Frankreich einigen sollen; unter den vorliegenden Verhältnissen müsse jede Zögerung verderblich sein. Als Entschädigungen für Preußen faßt er Münster, Heddinghausen, Osnabrück, Werden, Essen, Herford, Dortmund, Gehrden und andere kleine Gebiete ins Auge. Finken-stein urtheilt an demselben Tage, durch solche übertriebene Forderungen könne man sich in Gefahr setzen, Nichts zu erhalten; auch müsse man den Unwillen fürchten, der im Reiche besonders gegen die Besitznahme von Osnabrück und Herford sich erheben werde; im Uebrigen wünscht er doch auch mit den Franzosen zum Abschluß zu kommen. Nur der König war, wie es scheint, allen diesen Plänen abgeneigt. Noch am 9. Juli schreibt er eigenhändig an Haugwitz: „Nach meiner Ansicht ist Zeit gewinnen, Alles gewinnen. Der Charakter und die Absichten Delacroix' scheinen deutlich unter dem Schleier hervor, mit welchem er sie bedecken möchte; es kommt ihm vor Allem darauf an, mich völlig mit dem Wiener Hofe zu entzweien. Die Gründe, die mich zum Abschluß eines Vertrages veranlassen sollen, sind mit Sophismen untermischt. Wenn das Directorium sich nicht stark genug fühlt, um beim Frieden den Absichten des Wiener Hofes in einer so wichtigen Angelegenheit [als die bairische] entgegenzutreten, wie will es verhindern, daß auch die Entschädigungen, die man uns jetzt verspricht, später erschwert und bestritten werden? Wenn die Franzosen die Offenheit Preußens rühmen, warum ist sie nicht gegenseitig? warum machen sie uns ein Geheimniß aus ihren Verhandlungen mit dem Kaiser, damit wir unsere Interessen in Einklang bringen könnten? Die Franzosen

sind es, welche allein bei der jetzigen Krise gewinnen wollen, und deßhalb bleibe ich fest bei der Meinung, die ich ausgesprochen habe.“

Gleichwohl scheint beinahe unmittelbar nachher ein Umschlag eingetreten zu sein. Denn schon am 10. Juli berichtet Caillard äußerst befriedigt nach Paris, Haugwitz zeige sich sehr entgegenkommend, und am folgenden Tage ergeht auch an Sandoz die Mittheilung, man sei nicht gewillt, die Unterhandlungen mit Caillard abzubrechen; das Kriegsglück der Franzosen werde auch den Kaiser bald zum Frieden nöthigen. Die Entfernung des Königs, der sich am 13. in das Bad von Pyrmont begab, möchte den Abschluß noch erleichtern; schon am 16. war man über beide Verträge einig; nur der Umstand, daß Caillard eine fehlende Ermächtigung bis zum 4. August erwarten mußte, war Ursache, daß der förmliche Abschluß bis zum 5. verzögert wurde.

Ganz so weit, wie die Franzosen verlangten, kam man ihnen doch nicht entgegen. Die Demarcationslinie wurde im Wesentlichen den Vorschlägen Preußens gemäß gezogen; auch das Versprechen einer Kriegserklärung gegen Oestreich, wenn es die Linie verletze, war weggefallen. Dagegen nähert sich der geheime Vertrag nur zu sehr dem Entwurfe, welchen Caillard schon im April übergeben hatte. Die Entschädigung für Oranien und die hessischen Fürstenhäuser bleibt dieselbe. Preußen verspricht, sich beim Frieden der Abtretung des linken Rheinufers nicht zu widersetzen, und das Prinzip der Säcularisationen anzuerkennen, sofern auch das Reich sich in diesem Sinne entscheide. Und wie lärglich war der Ersatz für dieses Zugeständniß! Außer dem kleinen Gebiet Recklinghausen sollte Preußen nur den größeren Theil des Bisthums Münster erhalten, der Rest — so weit war es mit Deutschland gekommen! — zur Entschädigung der batavischen Republik für ihre Verluste an Frankreich dienen. 1)

1) Vgl. den Vertrag über die Demarcationslinie und die geheimen Artikel bei De Cercq a. a. O. I, 275 fg. Die wichtigste Stelle lautet: Sa Majesté Prussienne pour donner à la République Française une

Preußen war also in diesem Vertrage einen wichtigen Schritt weiter als in Basel gegangen; nicht nur vorläufig blieb das linke Rheinufer der Gewalt der Franzosen überlassen, sondern auch für die Zukunft versprach Preußen seinerseits sich der Erwerbung durch Frankreich nicht zu widersetzen. Zu einer förmlichen Abtretung der preußischen Provinzen ließ man aber auch jetzt sich nicht herbei; man betrachtete, wie sich später noch deutlicher zeigen wird, den Vertrag nur als einen eventuellen, der erst beim Reichsfrieden zur Gültigkeit gelangen könne.

Unterdessen verlebte Sandoz schwere Tage in Paris; unaufhörlich wurde er bedrängt, den Abschluß der Verträge zu beschleunigen. Versprechen wechselten mit Drohungen; man stellte den Frieden mit dem Kaiser in nächste Aussicht, bald sollte Baiern erhalten werden, bald als ein unvermeidliches Opfer fallen. Der arme Gesandte wußte oft selbst nicht, was er zu glauben habe. Sagten Delacroix oder Carnot einmal im Aerger die Wahrheit, daß Oestreich auf eigentliche Verhandlungen sich noch gar nicht habe einlassen wollen, so fürchtete er erst recht, getäuscht zu werden. Auch wäre es ein Irrthum, anzunehmen, nun, nach Unterzeichnung der Verträge, sei das Verhältniß ein freundliches geworden. Keiner von beiden Theilen war befriedigt. Preußen empfand bald, daß es ein sehr bedeutendes Zugeständniß um einen verhältnißmäßig geringen Preis sich habe entwinden lassen;

preuve de ses sentiments d'amitié, déclare que lorsqu'il sera question de la cession de la rive gauche du Rhin à la France, elle ne s'y opposera pas, et comme alors pour dédommager les Princes séculiers, qui perdront à cet arrangement, le principe des sécularisations devient absolument indispensable, S. M. consent à accepter le dit principe et elle recevra en dédommagement desdites provinces transrhénanes, y compris l'enclave de Sevenaer, lesquelles dans ce cas seront cédées à la France, le reste de l'évêché de Munster avec le pays de Recklinghausen, déduction faite de la partie énoncée ci-dessus et moyennant leur sécularisation préalable; se réservant toutefois S. M. d'y ajouter ce qui pourrait être de sa convenance pour compléter son indemnisation, objet sur lequel les deux puissances s'entendront amicalement.

es suchte deshalb, seine Erwerbungen weiter auszudehnen. Da schon der erste unter den geheimen Artikeln einen vollständigeren Ersatz in Aussicht genommen hatte, so wurde Sandoz beauftragt, Osnabrück, Hildesheim und Paderborn in Vorschlag zu bringen¹⁾. Andererseits glaubten die Franzosen kaum des linken Rheinufer sich versichert, als sie schon auf das rechte hinübergriffen. Im Frieden mit Baden am 22. August ließen sie sich Kehl und den Brückenkopf gegenüber Hüningen abtreten²⁾, in einem Gespräche mit Sandoz (am 20. August) verlangte Carnot nicht bloß die Mitte des Rheins als Gränze, sondern auch einen Strich auf dem rechten Ufer, um dort Festungen anzulegen; der Gesandte wußte dagegen keinen besseren Einwand, als daß ein so bedrohliches Vorgehen Frankreichs die deutschen Fürsten dem Kaiser in die Arme treiben würde. Wenn Sandoz zu Gunsten von Regensburg oder für das mit schweren Contributionen heimgesuchte Frankfurt, für das Gebiet der Prinzen von Hohenlohe und Hohenzollern oder für einzelne Emigranten seine Verwendung eintreten ließ, so erhielt er entweder abschlägige oder gar keine Antwort³⁾. Sogar die Ratification des Vertrages ließ in Paris auf sich warten; man wußte allerhand Ausstellungen zu machen, unter Anderem, daß der König den Titel eines Herzogs von Oranien noch fortgeführt habe. Dazwischen äußerte man von Zeit zu Zeit den Argwohn, Preußen wolle in die Coalition wieder eintreten, besonders nachdem zwei brittische Diplomaten, Hammond und Lord Elgin, freilich ohne das Geringste zu erreichen, Ende August in Berlin sich gezeigt hatten. Das Hauptaugenmerk ging aber dahin, Preußen zu einem feindlichen Schritt gegen Oestreich zu drängen. Ohne Unterlaß wurden dafür die oft

1) Vgl. die Schreiben des Ministeriums vom 25. Juli u. 5. August.

2) Vgl. Sandoz' Bericht vom 31. August 1796, und die geheimen Artikel des Friedens mit Baden bei De Clercq a. a. O. I, 296.

3) Vgl. die Schreiben des Ministeriums vom 19. Juli, 26. Juli, 19. August, und Sandoz' vom 12. August im preußischen Staatsarchiv, ferner Barthelemy's Schreiben an Delacroix vom 28. Juli, und Sandoz' an das Directorium vom 2. August 1796 im Ministerium des Auswärtigen.

benutzten Mittel in Anwendung gebracht. Ueber eine merkwürdige Unterredung mit Carnot berichtet Sandoz am 17. August. Nachdem er noch vor Kurzem aus demselben Munde gehört hatte, der Kaiser solle für den Verlust Belgiens nur durch die Rückgabe der italienischen Provinzen und in keinem Falle durch Baiern entschädigt werden, hieß es jetzt, der Drang nach Freiheit in Italien sei zu mächtig, als daß man daran denken könne, dies Land dem Kaiser wieder zu unterwerfen. Auch Belgien und den Breisgau müsse der Kaiser verlieren, und so bleibe zur Entschädigung Nichts, als ein Theil von Baiern. Das Directorium habe nur mit äußerstem Widerstreben an diesen Gedanken sich gewöhnt, aber wenn man nicht den Krieg bis ins Unendliche fortsetzen wolle, so bleibe nichts Anderes übrig; das Directorium bedürfe des Friedens und müsse sich zu dem schweren Opfer entschließen. „Gleichwohl“, fügte er hinzu, „gibt es ein Mittel, über die Schwierigkeit hinwegzukommen. Wenn der König von Preußen ein beträchtliches Truppencorps an der österreichischen Gränze versammelt und eine drohende Stellung gegen Oestreich annimmt, so wird dies sogleich seine Wirkung thun; der Kaiser ist zum Abschluß gedrängt, und wir können ihm dann jede bedeutende Entschädigung verweigern. Der König von Preußen mag nur ermessen, ob er einen solchen Schritt vornehmen will, der ihn in der That in keiner Weise bloßstellt“. Die Reichsverfassung, meinte er weiter, sei ein Chaos, das sich überlebt habe; sie bedürfe durchaus der Veränderung, und das Directorium wünsche nichts mehr, als sie für den König von Preußen recht vortheilhaft zu gestalten. Dagegen könne der König das Directorium lebhaft verpflichten, wenn er ohne Verzug, noch vor dem Frieden, die Republik Holland anerkenne. Preußen würde dafür Handelsvorthelle erhalten, welche die besondere Aufmerksamkeit eines so erleuchteten und wohlthätigen Monarchen verdienten.

Aber Friedrich Wilhelm war gar nicht geneigt, des ihm gespendeten Lobes sich würdig zu machen; er zeigte sich im Gegentheil äußerst ungehalten über die beständigen Schwankungen des Directoriums und die immer wechselnden Pläne für Italien und

Deutschland. „Der batavischen Republik,“ erwiederte man Sandoz am 9. September, „wird Preußen beim künftigen Frieden, sobald das Haus Oranien entschädigt ist, die Anerkennung nicht weigern; damit können die Franzosen, wenn sie ehrlich sind, zufrieden sein. Der Vorschlag, die österreichische Gränze zu bedrohen, bedarf keiner Antwort; Sandoz wird sich selbst sagen, daß der König dazu nicht die geringste Neigung fühlt.“ Uebel empfand man auch, daß die Franzosen, wo es auf die Vergrößerung Preußens ankam, sich keineswegs eifrig zeigten. Bei dem Vorgehen der preußischen Truppen in Franken, bei der Besitznahme Nürnbergs äußerten Delacroix und Carnot große Besorgniß, ob solche Schritte auch mit den Reichsgesetzen sich vereinigen ließen, und der König, wiewohl er schon am 11. September, wahrscheinlich in Folge der Siege des Erzherzogs, den Unterwerfungsantrag der Nürnberger Bürger abgelehnt hatte, fand es doch eigenthümlich, daß dieselben Leute, die eben erst das ganze Reich umstürzen wollten, plötzlich den Reichsgesetzen eine so zärtliche Sorgfalt widmeten¹⁾. Noch weniger Vertrauen konnte es einflößen, daß über die Verhandlungen mit dem Kaiser sich gar Nichts erfahren ließ, nicht einmal über die Sendung jenes Couriers, dessen Ankunft in Wien so großes Aufsehen erregt hatte; Carnot läugnete sogar, daß das Directorium nur im Geringsten dabei betheiliget sei²⁾. Von dem Anerbieten Englands hörte man nicht viel eher, als Malmesbury in Paris eingetroffen war; über Clarke's Aufträge nur, was Luchefini aus Wien berichtete. Erregte schon diese Verschlossenheit tiefe Mißstimmung, so war durch die Siege des Erzherzogs auch die Furcht vor dem Andrang der französischen Heere wesentlich gemindert. Hoffnung und Wunsch, das linke Rheinufer für Deutschland zurück zu erwerben, erwachten mit neuer Stärke, und um so lebhafter auch die Erinnerung, daß Cleve und Geldern nicht förmlich abgetreten, sondern in Wahrheit noch Eigenthum Preußens seien. Eine ganze Reihe von

1) Vgl. die Schreiben des Ministeriums vom 12. und 26. September, und Sandoz' vom 17. September 1796.

2) Vgl. den Bericht Sandoz' vom 8. November 1796.

Noten ging darüber in den letzten Monaten des Jahres an das Directorium: Klagen und Beschwerden über das verderbliche Verfahren der französischen Commissare, über die Einziehung der geistlichen Güter, das Auferlegen großer Contributionen, die Verwüstung der Waldungen. Insbesondere war es eine Lindenallee in der Nähe von Cleve, deren Beschädigung beinahe den Krieg wieder entzündet hätte. Sandoz berichtet am 12. Januar 1797, Newbell und Carnot seien aufs Aeußerste entrüstet. In der Weise, wie bisher, könne man den Schriftwechsel nicht mehr fortsetzen, wenn man nicht jede Verbindung abbrechen wolle; man möge doch nicht wegen so miserabler Streitigkeiten die großen Interessen der Monarchie gefährden. Wie aber ein festes Auftreten den Franzosen gegenüber gewöhnlich zum Ziel führte, so konnte er doch schon einige Tage später, am 17. Januar, berichten, daß wenigstens die ärgsten Beschwerden ungefähr so, wie man wünschte beseitigt seien.

Es war damals der günstige Zeitpunkt, mit Frankreich zu unterhandeln. Trotz der außerordentlichen Erfolge Bonapartes war Oestreich selbst in Italien noch keineswegs besiegt; die Niederlage der französischen Heere in Deutschland hatte einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen; die inneren Zustände Frankreichs, die unsichere Stellung des Directoriums machten den Frieden dringend wünschenswerth. Wir haben gesehen, wie viel zu eben dieser Zeit Clarke Oestreich anzubieten beauftragt war; für die preussischen Verhandlungen wurde auch der Tod der Kaiserin Katharina ein günstiger Umstand, indem die lebhaft ausgesprochene Freundschaft Pauls I. den König aus seiner vereinsamten Stellung befreite und allen seinen Schritten größere Bedeutung gab. Mitte Decembers, kurz nachdem das Ereigniß in Paris bekannt geworden war, hatte Sandoz darüber mit Carnot eine Unterredung. Der Director hob die Nachtheile hervor, die dieser Todesfall für den Kaiser, die günstigen Folgen, die er für Frankreich haben müsse; die Möglichkeit freundlicher Beziehungen mit Rußland sei jetzt gegeben, man würde dem König besonders verpflichtet sein, wenn er seinen Einfluß auf den neuen Czaren benutzen und die ersten Worte der

Annäherung ihm übermitteln wolle ¹⁾. Wenige Tage später wurde ein Gegenstand von noch größerer Bedeutung angeregt. Carnot klagte über die Unzugänglichkeit des Kaisers: man habe den neapolitanischen Gesandten, Prinzen Belmonte bei seiner Abreise ersucht, in Wien für den Frieden zu wirken, aber der Erfolg sei ungewiß; eine Note könne das Directorium nicht mehr übergeben lassen, weil Oestreich gegen französische Schriftstücke zu große Gleichgültigkeit an den Tag lege. Er kam dann auf die deutschen Verhältnisse, äußerte aufs Neue den Wunsch, daß Preußen durch eine Bewegung gegen die österreichische Gränze sein Gewicht zu Gunsten des Friedens in die Wagschale werfe, und knüpfte daran den Vorschlag, der König möge zwischen dem deutschen Reich und der Republik als Vermittler auftreten. Er sei dann in der Lage, dem Einfluß des Kaisers gegenüber die Friedensbedingungen zu seinen Gunsten zu gestalten. Sandoz geht mit Lebhaftigkeit auf diesen Gedanken ein. Die Zurückhaltung Oestreichs, meint er, werde nur so lange dauern, bis Frankreich Baiern anbiete; dann werde der Kaiser zugreifen, sogleich die Sprache gegen Preußen in eine hochfahrend herrische verwandeln und Preußens Einfluß im Reich zu vernichten suchen. Dies könne nicht wirksamer verhindert werden, als wenn der König sich zum Vermittler des Friedens erkläre und in Verbindung mit den deutschen Fürsten die Bedingungen vorschreibe. Der Besitznahme Baierns durch Oestreich müsse man nöthigenfalls mit bewaffneter Hand sich widersetzen. „Ich fühle,“ fährt er fort, „daß sich viel dagegen sagen läßt; der stärkste Einwand ist, daß wir dem Kaiser versprochen haben, in den bairischen Tausch zu willigen. Man hegt sogar hier einigen Argwohn nach dieser Seite, und ich habe den Erstaunten und Ungläubigen gespielt, als man mir davon hat reden wollen. Gibt es ein Mittel, die Besitznahme zu verhindern, ohne förmlich unserem Versprechen untreu zu werden, so besteht es darin, sich des Friedens zu bemächtigen und unter der Hand den Widerwillen des Directoriums und beider Rätthe gegen die

1) Vgl. Sandoz' Bericht vom 16. December 1796.

Preisgebung Baierns zu unterstützen. „„Helfen Sie uns den Kaiser schwächen,““ sagte mir noch vorgestern der Herr Boissy d'Anglas, „„indem Sie verhindern, daß man ihm Baiern überläßt 1).““

In Berlin war gleichwohl wenig Neigung, diesem Anfinnen leichtthin Folge zu geben. Eine Vermittlung Preußens, erwiderte das Ministerium, verspreche keinen Vortheil, so lange die Absichten der streitenden Mächte so weit auseinander gingen. Es sei an Frankreich, den Weg zu ebnen, indem es seine Forderungen beschränke und so viel als möglich dem Besitzstand vor dem Kriege annähere. Für Deutschland könne der König in keinem Falle als Vermittler auftreten, wosern nicht die Integrität des Reiches vorher gesichert sei. Von einer Bewegung gegen Oestreich wollte man gar Nichts wissen; der König war schon sehr ungehalten, daß die Franzosen an verschiedenen Orten, insbesondere in Turin, das Gerücht ausstreuten, sie stünden mit Preußen im Bündniß 2). „Ich weiß nicht,“ läßt er am 15. Januar 1797 schreiben, „auf welchen Grund hin der Herr Carnot Oestreich meinen Feind nennt. Ich habe doch sehr bestimmt für das System der genauesten Neutralität mich ausgesprochen, und Nichts berechtigt zu der Annahme, ich beabsichtige, mich davon zu entfernen.“ Die Franzosen ließen sich dadurch nicht abschrecken; sie brachten zunächst wieder die gewöhnlichen Mittel zur Anwendung, als diese erfolglos blieben, kamen sie wirklich einen Schritt entgegen. In einer Unterredung mit Haugwitz am 15. Februar eröffnete Caillard im Auftrage des Directoriums: wenn Preußen die Vermittlung übernehmen wolle, so würde Frankreich dem Grundsatz seine Zustimmung geben, daß mit Ausnahme der durch Gesetz mit der Republik schon vereinigten Länder das Uebrige, was die Franzosen besetzt hielten, Gegenstand einer Verhandlung werden könne. Als Haugwitz erwiderte, der König müsse vorerst sicher sein, daß das Reich bei dem künftigen Frieden seine Integrität bewahre, gab

1) Vgl. Sandoz' Berichte vom 25. December 1796 und 12. Januar 1797.

2) Das Ministerium am 13. Januar 1797.

Caillard zu verstehen, von eigentlich deutschen Gebieten sei doch einzig das Bisthum Lüttich durch Gesetz mit der Republik vereinigt worden, in Betreff der übrigen würde man sich schon verständigen. Haugwitz machte noch den Einwand, daß in den Reichsfrieden auch der Kaiser einbegriffen sei, daß aber die preußische Vermittlung ganz gewiß erfolglos bleiben würde, wenn man nicht alle kriegführenden Theile, insbesondere auch England, hinzuziehen könne. Caillard schien von der Nothwendigkeit eines solchen Verfahrens, wenigstens wie Haugwitz meinte, überzeugt; er versprach, darüber an das Directorium zu berichten und neue Instruktionen zu erbitten. „Immer ist es,“ schreibt Haugwitz am nächsten Tage an den König, „ein großer Fortschritt und ein unzweideutiger Beweis, wie nöthig Frankreich des Friedens bedarf, daß wir von seiner Seite das stillschweigende Zugeständniß erhalten, alle Eroberungen mit Ausnahme Lüttichs dem Reiche zurückzugeben¹⁾.“ Der König war ganz dieser Ansicht. „Ich bin sehr zufrieden“, schreibt er eigenhändig zurück, „mit der festen Antwort, die Sie Caillard gegeben haben. Das ist der einzige Weg, auf dem man hoffen darf, zum Ziel zu gelangen.“

Einige Zeit darauf, am 28. Februar, sprach Caillard seine Vorschläge auch schriftlich aus. Er klagt über England und den Kaiser, welche übermäßige Forderungen gestellt, alle Anerbietungen Frankreichs zurückgewiesen und dadurch den Frieden vereitelt hätten. Um den Preis Baierns würde Oestreich allerdings bald zu gewinnen sein; das Directorium habe lange gezögert und zögere noch, ein solches Zugeständniß zu machen; indessen um den Krieg nicht zu verewigen, werde endlich doch nichts Anderes übrig bleiben. Nur Preußen könne dies verhindern, wenn es, etwa in Verbindung mit Sachsen, durch energische Schritte in Wien den Kaiser zum Frieden bestimme. Er sei ermächtigt, zu erklären, daß Frankreich zwar die mit der Republik schon vereinigten Gebiete, die Niederlande, Lüttich, Savoyen und Nizza nicht wieder aufgeben könne,

1) Vgl. die Schreiben des Ministeriums an Sandoz vom 17. Februar, und Haugwitz' an den König vom 16. Februar 1797.

das Uebrige aber als Gegenstand einer Verhandlung betrachte. Wie die französische Aufforderung, so hielt sich auch die preussische Antwort in den Gränzen des früher Besprochenen. Der König, schreibt man am 18. März zurück, nehme zwar die Erklärung des Directoriums mit Vergnügen auf, vermöge sie aber nicht für ausreichend zu halten. Nur wenn die Integrität des Reiches nicht bloß Gegenstand der Verhandlung, sondern fest gesichert sei, werde er Friedensvorschläge, die von dieser Grundlage ausgingen, übermitteln. Bis dahin könne er allerdings in Wien, Petersburg und London die friedlichen Absichten der Republik und die Bedingungen, an welche die preussische Vermittlung geknüpft sei, zur Kenntniß bringen, müsse sich dabei aber auf allgemeine Ausdrücke beschränken.

So weitgehend diese Forderungen sind, man mochte doch in Berlin einen günstigen Erfolg erwarten, wenn man Sandoz' Berichte, die eben eingelaufen waren, vor Augen sah. Die öffentliche Meinung, schreibt er am 20. Februar, neige durchaus zum Frieden und zu mäßigen Bedingungen; selbst in der Regierung gewinne sie das Uebergewicht. Carnot und Letourneur, dazu sämtliche Minister, mit Ausnahme Delacroixs und des Marineministers Truguet, seien bereit auf das linke Rheinufer zu verzichten. Auch Kewbell, heißt es einige Tage später¹⁾, und somit die Mehrheit des Directoriums sei jetzt für diese Ansicht gewonnen; wolle nur Preußen ohne Verzug die Vermittlung übernehmen, so werde man in Paris jeder Vergrößerung auf Kosten des Reiches entsagen. „Der Vortheil, die bedeutendsten Mitglieder des Directoriums so gestimmt zu wissen, schien mir,“ fährt Sandoz fort, „noch nicht genügend. Ich habe mich auch an die einflussreichsten Mitglieder beider Rätze gewandt, an Portalis im Rath der Alten, an Cambaceres unter den Fünfhundert. Alle Beide waren vollkommen einig über dies Prinzip. Der erstere hat mir offen erklärt, wenn mein Vorschlag Schwierigkeiten oder Widerspruch erführe, so möge ich mich an ihn wenden; er werde dann,

1) Vgl. den Bericht vom 25. Februar 1797.

indem er mir das strengste Geheimniß bewahre, in beiden Rätthen einen Antrag stellen und die Frage im bejahenden Sinn entscheiden lassen. „„Es koste, was es wolle,““ fügte er wörtlich hinzu, „„wir wollen einen edelmüthigen und dauerhaften Frieden, und die Vereinigung Belgiens mit Frankreich ist mehr als hinreichende Entschädigung für uns.““ Sandoz ist denn auch durchaus der Ansicht, der König möge auf die Vermittlung eingehen und etwa in einem offenen Briefe dem Directorium davon Kenntniß geben. Dieser würde in Frankreich den besten Eindruck machen und den Kaiser in die Lage versetzen, daß er nicht ohne großen Nachtheil die preußische Vermittlung zurückweisen könne.

In Berlin wurden diese Berichte mit lebhafter Freude aufgenommen; sie erregten sogar die Hoffnung, der Erbstatthalter könne in Holland wieder eingesetzt werden. Nur war man doch vorsichtig genug, den von Sandoz angerathenen offenen Brief zu verschieben, bis erst bestimmtere Anträge aus Paris eingetroffen seien¹⁾. Und diese Vorsicht war wohl angebracht. Es scheint, daß Sandoz' Berichte mehr seinen Wünschen, als den wirklichen Verhältnissen entsprachen, oder daß man ihn durch schöne Worte zu gewinnen suchte. Für die Franzosen blieb immer das wesentliche Ziel, Preußen zunächst in eine vermittelnde, dann in eine gegen Oestreich feindliche Stellung zu bringen, gerade so, wie sie von anderer Seite her den Sultan zu einer Vermittlung und einem Druck auf den Kaiser zu bestimmen suchten. Das linke Rheinufer zurückzugeben, war die herrschende Partei, insbesondere Newbell, schwerlich geneigt, wenigstens nicht anders, als unter dem Drucke der äußersten Noth.

Nun trafen aber aus Italien, bald auch aus den deutschen Provinzen Oestreichs ununterbrochen die Nachrichten von neuen glänzenden Erfolgen Bonapartes ein. Man kann denken, daß sie die Nachgiebigkeit der Franzosen nicht erhöhten und ihre Ansprüche nicht verminderten. Die preußische Antwort an Caillard erregte großes Mißvergnügen; man begriff nicht, warum der König so

1) Vgl. das Schreiben des Ministeriums an Sandoz vom 6. März 1797.

lange zögere, die Vermittlung zu übernehmen ¹⁾. Von den Bedingungen Preußens redete man nicht, nur immer heftiger drängte Carnot, daß endlich eine energische Bewegung gegen die österreichische Gränze vorgenommen würde.

Zu diesem Zweck wußte man einen an sich geringfügigen Vorgang in französischer Weise auszubeuten. Bei dem Vordringen nach Kärnthén waren dem General Bonaparte einige Briefe in die Hände gefallen, die von neapolitanischen Diplomaten aus Petersburg an ihren Hof gerichtet wurden. Es war darin von einer Veränderung in der Stimmung des Kaisers Paul die Rede; er sei gegen Preußen erbittert, mit Oestreich wieder aufs engste verbunden, und die Tripelallianz zwischen beiden Mächten und England bestehe noch in voller Kraft. Dem preußischen Ministerium waren Schwäche und Hinneigung zu Frankreich vorgeworfen, auch insbesondere gegen Sandoz einige Ausfälle beigefügt. Kaum hat Delacroix die Briefe erhalten, als er Sandoz zu einer Conferenz einladen läßt, um Dinge von der höchsten Wichtigkeit ihm mitzutheilen. Er legt die Briefe vor; jetzt, meint er, werde der König nicht mehr anstehen, geeignete Maßregeln für die Ruhe und Sicherheit seiner Staaten zu ergreifen. Denn die beiden Kaiserhöfe seien eben so sehr gegen ihn, als gegen Frankreich verschworen. Niemals, setzte er hinzu, gab es für Preußen eine so günstige Gelegenheit, sich zu erklären. Der König von Preußen dictirt den Frieden, ja, ich sage mehr im Namen des Directoriums: es steht bei ihm, den ersten Platz in Deutschland einzunehmen, sich Hannovers zu bemächtigen und die Kaiserkrone aufzusetzen ²⁾.

Sogleich wurden die Briefe nach Berlin geschickt, Caillard wollte sie in besonderer Audienz dem König überreichen und wurde nur mit Mühe von Häugwitz zurückgehalten. Dagegen ließ er sich nicht nehmen, mit pomphaften Worten in einer eigenen Note auseinander zu setzen, was Delacroix schon dem Gesandten vor-

1) Vgl. Sandoz' Bericht vom 3. April 1797.

2) Vgl. Sandoz' Bericht vom 7. April.

getragen hatte¹⁾. Er knüpfte daran die Aufforderung, der König solle einen Theil seines Heeres mit der französischen Armee vereinigen und gemeinsam mit Frankreich dem Kaiser den Frieden vorschreiben.

Wäre es nur auf Sandoz angekommen, vielleicht daß die Franzosen ihren Willen erhalten hätten. Denn dieser leicht bewegliche Mann hörte nicht auf, unter allen Bedingungen eine enge Verbindung mit Frankreich zu empfehlen. Selbst das Aufgeben des linken Rheinufers würde ihm keine große Sorge gemacht haben; er wünschte vor Allem, daß die Uebereinkunft vom 5. August zur Ausführung gelange. Aber in Berlin war man anderer Ansicht. „Ich komme“, läßt der König am 10. April ihm antworten, „von Neuem auf die Rückgabe des linken Rheinufers, welche ich zur wesentlichen Vorbedingung meiner Vermittlung für den Frieden gemacht habe. Auffällig war mir, daß Sie den Wunsch aussprechen, die geheime Uebereinkunft vom 5. August möchte zur Ausführung kommen. Ich weiß, es ist Ihr Eifer für die Größe meiner Monarchie, der Ihnen dies Gefühl eingibt, aber ich bin weit entfernt, es zu theilen, und wünsche Nichts, als die Herstellung des Friedens auf der Grundlage der Reichsintegrität, der Erhaltung Baierns für seine rechtmäßigen Herren und der Wiedereinsetzung des Hauses Oranien in Holland. Ganz abgesehen von den endlosen Schwierigkeiten, welche die Ausführung der geheimen Artikel dem Frieden in den Weg legen würde, abgesehen von der gefährlichen Umwälzung, welche in Deutschland daraus erfolgen müßte, sogar die Rücksicht auf das gute Einvernehmen zwischen mir und der Republik flößt mir den lebhaften Wunsch ein, daß sie meinen Grenzen nicht zu nahe komme. Ich kann mir die Gefahren nicht verbergen, die unumgänglich aus der Nachbarschaft einer so unruhigen und furchtbaren Macht entstehen müßten. Ich betrachte deshalb die Zulassung jener Prinzipien

1) Vgl. Haugwitz' Aeußerungen am 15. April bei Uebersendung der Briefe an die übrigen Minister und den Bericht der Minister an den König vom 22. April. Dazu das Schreiben Delacroix' an Caillard vom 6. April und Caillards Note vom 16. April 1797. im preußischen Staats-Archiv.

als ein großes Unglück, und obgleich ich mich ihr nicht widersetzen kann, so erfordern doch meine wesentlichsten Interessen, alle Mittel der Unterhandlung und Ueberredung anzuwenden, um wo möglich Frankreich selbst davon abzubringen.“

Den von Bonaparte aufgefangenen Briefen legte man gar kein Gewicht bei; Haugwitz bemerkt schon, als er sie den übrigen Ministern zuschickt, sie scheinen sehr stark aufzutragen und bringen nicht einmal etwas Neues. Dagegen konnte man nur zu leicht sich überzeugen, was von der französischen Aufrichtigkeit zu halten sei. Aus Paris hörte man, daß Delacroix ohne Anstand verschiedenen Gesandten zu verstehen gab, Frankreich habe sich mit Preußen völlig geeinigt; von anderer Seite lief aus Turin die Nachricht ein, daß Clarke und sein Secretär Berret in der Unterhandlung mit Gherardini wiederholt sich dahin aussprächen, das Directorium könne nur mit Abneigung und Besorgniß die preußische Macht in Deutschland sich vergrößern sehen. Sehr unwillig empfand man auch, daß die Franzosen noch immer nicht abließen, Preußen zum Krieg gegen Oestreich zu reizen und das Aufgeben Baierns als ein unumgängliches Zugeständniß zu bezeichnen, da doch nach den Erfolgen des letzten Feldzuges die Bedingungen des Friedens in ihrer Hand lägen und die Verhandlungen mit dem Kaiser vielleicht schon dem Abschluß sich näherten ¹⁾.

Zu diesen Verhandlungen müssen wir uns zurückwenden.

Preußen hatte das in der Note vom 18. März gegebene Versprechen erfüllt. Schon am folgenden Tage war an Caesar ein Schreiben abgegangen, das ihm und Thugut von den Wünschen des Directoriums und von den Bedingungen, an welche der König seine Vermittlung knüpfte, Nachricht gab. Es ist unzweifelhaft, daß der östreichische Minister nichts weniger wünschte, als eine Einmischung Preußens in die Friedensverhandlungen; hatte doch schon vor zwei Jahren der Kaiser nur mit Widerstreben dem Verlangen des Reichstags sich gefügt. Gleichwohl meinte Caesar

1) Vgl. das Schreiben des Ministeriums an Sandoz vom 24. April.

zu bemerken, daß die entschiedene Erklärung des Königs zu Gunsten der Reichsintegrität einen sehr guten Eindruck hervorgerufen habe. Als er am 26. März von dem preußischen Anerbieten Kenntniß gab, erbat der Minister sich zunächst einige Zeit, um eine so wichtige Angelegenheit in Erwägung zu ziehen und dem Kaiser Mittheilung zu machen; wenige Tage später, am 2. April, sprach er die Absicht aus, mit Oestreichs Verbündeten Rath zu nehmen, wies übrigens die Sache nicht von der Hand. In Wien war bei der bedrängten Lage die allgemeine Stimme für die preußische Vermittlung; selbst Thugut, berichtet Caesar, habe dem englischen Gesandten gesagt, man sehe nun doch, daß der König rücksichtlich der Rheingränze Frankreich gegenüber nicht gebunden sei und seinem Vortheil gemäß für oder gegen die Integrität des Reiches sich aussprechen könne. Wäre das eigentliche Verhältniß Preußens zum Directorium bekannt gewesen, vielleicht daß die deutschen Mächte sich geeinigt und großes Unheil unserem Vaterlande erspart hätten. Leider ging die Entscheidung doch wieder nach der entgegengesetzten Seite, wenn man Caesars Berichten glauben dürfte, in Folge eines eigenthümlichen Zwischenfalls.

Es ist erinnerlich, wie nach dem Tode der Kaiserin Katharina die Gesinnungen des russischen Hofes zu Gunsten Preußens sich veränderten. Paul I. ließ dem Könige sogleich die wärmsten Freundschaftsversicherungen übermitteln und schien seine Politik durchaus mit der preußischen vereinigen zu wollen. Dies entschiedene Entgegenkommen blieb von Seiten des Königs nicht unerwidert; als ein Beweis des engsten Vertrauens wurden sogar die geheimen Artikel des Vertrages vom 5. August dem Czaren mitgetheilt. Aber dieser Schritt hatte ganz andere Folgen, als man erwartete. Paul nahm die Mittheilung sehr unfreundlich auf, fand in dem Vertrage einen Beweis der Schwäche und Treulosigkeit und wandte sich, seinem leidenschaftlichen Charakter entsprechend, gerade nach der entgegengesetzten Seite. Seine Mißstimmung gegen Preußen wurde unverkennbar; sie ist es, die eben jene von Bonaparte aufgefangenen Briefe veranlaßt hatte;

der Graf von Dietrichstein, damals als außerordentlicher Gesandter in Petersburg, sah sich augenscheinlich bevorzugt, und wie man ihn kennt, ist anzunehmen, daß er Pauls Unwillen gegen Preußen nicht gemildert habe. Es kam dahin, daß auch ihm und Cobenzl von den geheimen Artikeln Kenntniß gegeben wurde, und sie beeilten sich, durch einen Courier Thugut davon zu benachrichtigen. Am Palmsonntag, dem 9. April, als eben Merveldt und Bellegarde aus dem französischen Lager zurückkehrten, soll auch diese Botschaft nach Wien gelangt sein und in Bezug auf die preußische Vermittlung den Ausschlag gegeben haben. Ein Mitglied der englischen Gesandtschaft suchte einige Tage später Caesarn auf und beklagte aufs lebhafteste die plötzlich eingetretene üble Wendung. Der günstige Eindruck, welchen die preußische Erklärung hervorgerufen habe, sei verwischt; man glaube, Preußen beabsichtige nichts Anderes, als den Umsturz der Reichsverfassung und die Schmälerung der Reichsgrenzen; das ganze Mißtrauen des Wiener Hofes, der schon die Vermittlung Preußens unter den gegenwärtigen Verhältnissen habe anrufen wollen, sei in alter Stärke wieder erwacht ¹⁾.

Ich wiederhole, das war der Lauf der Ereignisse, wie Caesarn ihn darstellt. Er findet einige Bestätigung in dem Umstande, daß Thugut gerade am 9. April eine entscheidende Antwort an den Grafen Cobenzl abgehen ließ. Gleichwohl kann Caesars Bericht zum Beweise dienen, wie vorsichtig auch die scheinbar sichersten Zeugnisse aufzunehmen sind. Immerhin mag Cobenzls Courier am Palmsonntage eine Mittheilung über den Augustvertrag und dessen Aufnahme in Petersburg überbracht haben. Aber die erste Nachricht von diesen Ereignissen hat er nicht überbracht, Thugut war davon bereits unterrichtet, ehe nur der preußische Vermittlungsvorschlag von Berlin abgehen konnte. Es erhellt dies mit Sicherheit aus einem Briefe Sir Morton Edens an

1) Vgl. Caesars Berichte an das Ministerium vom 28. März, 3. April, 12. April und das Schreiben des Ministeriums an Caesarn vom 17. März 1797.

Lord Grenville vom 15. März. Schon an diesem Tage gibt der englische Gesandte seinem Minister in Thuguts Auftrage von den Vorgängen in Petersburg genaue Nachricht ¹⁾. Thuguts Stellung zu dem preußischen Anerbieten hat also durch die Kenntniß des Augustvertrages gar nicht verändert werden können. Daß sie dadurch im Voraus bestimmt oder wenigstens befestigt sei, unterliegt freilich keinem Zweifel, nur würde man doch zu weit gehen, wollte man darin, wie Caesar, das einzig entscheidende Moment erblicken. Thugut hatte ohnehin Gründe genug, jede Einmischung Preußens in die Friedensverhandlungen zu scheuen. Auch wird in jener Depesche vom 9. April, welche Cobenzl das preußische Anerbieten zur Kenntniß bringt und es zugleich mit heftigen Worten zurückweist, der Vertrag vom 5. August, so weit ich mich erinnere, nicht besonders hervorgehoben. Thugut meint, die Vermittlung des Königs sei nur angeboten, um vor England und Deutschland in besserem Lichte zu erscheinen. Die Reichsintegrität werde Preußen allein in der Wiederherstellung der äußeren Grenzen suchen, nicht in der Fortdauer der Verfassung. Unbedingt vertraue der Kaiser der Gerechtigkeit und Freundschaft seines russischen Verbündeten, er werde gern jedes Mittel der Versöhnung zur Anwendung bringen, das der russische Hof mit dem Ruhm und den Interessen des Kaisers für vereinbar erachte; aber nichts könne betrübender sein, als wenn das Berliner Cabinet sich durch Einmischung in die Verhandlungen wirksame Mittel sichere, seinem eingewurzelten Haß gegen Oestreich Raum zu geben und seine Ländergier durch neue Erwerbungen zu befriedigen. Am Besten sei es, der Petersburger Hof biete seine Vermittlung an; dadurch werde der zudringlichen Einmischung Preußens ein Niegel vorgelegt, oder sein Einfluß, wenn man es nicht ausschließen könne, wenigstens in Schranken gehalten.

Auch eine folgende Depesche vom 30. April, welche den

1) Die Kenntniß dieser Depesche verdanke ich der zuvorkommenden Güte E. Herrmanns, eben da ich diesen Bogen der letzten Verbesserung zu unterwerfen habe.

Inhalt der Präliminarien mittheilt und zu rechtfertigen sucht, schließt mit der Bemerkung: vornehmlich müsse man jetzt gegen Preußen und die Türkei auf der Hut bleiben. Der Kaiser Paul möge doch in Berlin wie in Constantinopel ankündigen, daß er jeder gegen Oestreich gerichteten Maßregel sich widersetzen würde; sehr wünschenswerth sei die Aufstellung eines Hülfscorps in Böhmen oder Mähren, um Preußen und Franzosen in Achtung zu halten und auf den Abschluß des Friedens günstig einzuwirken. Durchaus müsse Preußen den Unterhandlungen fern bleiben, denn es beabsichtige nichts Anderes, als die Zertheilung des Reichs¹⁾.

Nach dem, was in den letzten Jahren vorgegangen, nach der Ansicht, die über das Verhältniß Preußens zu Frankreich sich gebildet hatte, ist Thuguts Stimmung zu erklären, aber deshalb nicht minder zu bedauern. Denn es begegnet eben hier der seltene Fall, daß die wahren Absichten beider Staaten sich mit einander vereinigen ließen. Preußen wünschte wie Oestreich die Integrität des Reiches zu behaupten, auch gegen die Entschädigung des Kaisers in Italien hätte es schwerlich etwas eingewendet, weil dadurch die lästige Verbindlichkeit in Bezug auf den bairischen Tausch gehoben wäre²⁾. Beide Staaten vereinigt hätten damals unzweifelhaft die deutsche Gränze behaupten und die Präliminarien von Leoben zur Ausführung bringen können. Daß sie getrennt und mißtrauisch einander gegenüberstanden, wurde noch

1) Vgl. die Depeschen vom 9. und 30. April im Oestr. Staats-Archiv. Bruchstücke finden sich bei Danilefski-Miliutin, Der Krieg von 1799, I, 319 und 321. Der Depesche vom 30. April gehört auch das Bruchstück an, das Miliutin oder sein Uebersetzer irrig vom 11. Mai (30. April alten Styls) datirt. Eine Depesche Thuguts an Cobenzl vom 11. Mai 1797 findet sich nicht.

2) Bei Daru (Histoire de Venise, V, 264) findet sich ein Bericht des venetianischen Gesandten Querini aus Paris vom 23. December 1796: Sandoz habe ihm in beinahe aufdringlicher Weise den Beistand Preußens und eine Garantie des venetianischen Gebietes gegen die gefährlichen Gelüste Oestreichs angeboten; die Mémoires d'un homme d'Etat, IV, 222, lassen ihn sogar für eine Hülfarmee von 20,000 Mann 20 Millionen fordern. Ein solches

für viele Jahre das Unheil Deutschlands und zunächst das Unheil der Verhandlungen, welche im folgenden Buche darzustellen sind.

Anerbieten widerspricht aber durchaus dem Geiste der preussischen Politik, auch wird es, soweit ich mich erinnere, in Sandoz' Briefwechsel gar nicht erwähnt. Sollte der Gesandte derartige Reden geführt haben, so handelte er gewiß nicht im Auftrage seines Ministeriums.